



85. Sitzung

Mittwoch, 29. November 2000

Vorsitzende: Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt und Erster Vizepräsident Berndt Röder

Inhalt

Mitteilungen der Präsidentin

Abwicklung und Änderung der **Tagesordnung** 4179 A

Aktuelle Stunde

4179 A

Fraktion der GAL:

Keine CDU-Bundesratsblockade gegen Schwule und Lesben: Hamburg sagt ja zum Lebenspartnerschaftsgesetz 4179 B

Farid Müller GAL 4179 B

Lutz Kretschmann SPD 4180 B

Dietrich Wersich CDU 4180 D, 4184 A

Julia Kopcke REGENBOGEN – für eine neue Linke 4181 C

Krista Sager, Zweite Bürgermeisterin 4182 C

Jan Ehlers SPD 4183 B

Dr. Martin Schmidt GAL 4183 C

Dr. Lore Maria Peschel-Gutzeit, Senatorin 4184 C

Fraktion der SPD:

BSE: Verbraucherschutz steht an erster Stelle 4185 C

mit

Fraktion der CDU:

BSE – Wie schützen wir die Verbraucher in Hamburg? 4185 C

Jürgen Schmidt SPD 4185 C

Vera Jürs CDU 4186 C, 4189 C

Peter Zamory GAL 4187 B

Lutz Jobs REGENBOGEN – für eine neue Linke 4188 A

Karin Roth, Senatorin 4188 D

Norbert Hackbusch REGENBOGEN – für eine neue Linke 4189 D

Bericht des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses:

„Vergabe und Kontrolle von Aufträgen und Zuwendungen durch die Freie und Hansestadt Hamburg“
– Drs 16/5000 – 4190 C

mit

Antrag der Fraktion der CDU:

Ergänzung des Petitums zum Bericht des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses
– Drs 16/5136 – 4190 C

Günter Frank SPD 4190 D

Antje Blumenthal CDU 4193 A

Dr. Dorothee Freudenberg GAL 4195 B

Norbert Hackbusch REGENBOGEN – für eine neue Linke 4196 C, 4208 A

Ortwin Runde, Erster Bürgermeister 4198 D

Ole von Beust CDU 4202 B

Dr. Holger Christier SPD 4203 D

Dr. Bettina Kähler GAL 4206 B

Dietrich Wersich CDU 4208 C

Wolfgang Marx SPD 4209 D

Dr. Martin Schmidt GAL	4211 A	Antrag der Fraktion der CDU:	
Beschlüsse	4212 A	Wiedereinführung des Berufsschulsports	
		– Drs 16/4929 –	4219 A
Antrag der Fraktion der CDU:		Klaus-Peter Hesse CDU	4219 B
Volle Beteiligung der EU-Bürger an kommunalen Entscheidungen in Hamburg		Elisabeth Schilling SPD	4220 A
– Drs 16/4965 –	4212 A	Dr. Hans-Peter de Lorent GAL	4220 D
Rolf Kruse CDU	4212 A	Volker Okun CDU	4222 B
Rolf-Dieter Klooß SPD	4212 C	Beschlüsse	4223 C
Dr. Martin Schmidt GAL	4213 B	Antrag der Fraktion der GAL:	
Beschluß	4213 D	Erprobung und Einführung neuer Lehrerarbeitszeitmodelle	
		– Drs 16/4993 –	4223 C
Senatsmitteilung:		mit	
Einführung einer Festbetragsfinanzierung und Steueroptimierung bei der Förderung arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen		Antrag der Gruppe REGENBOGEN – für eine neue Linke	
– Drs 16/4996 –	4213 D	über dieselbe Thematik	
Beschluß	4213 D	– Drs 16/5139 –	4223 D
		Christa Goetsch GAL	4223 D
Antrag der Gruppe REGENBOGEN – für eine neue Linke:		Jens Rocksien SPD	4225 A
Beitrag der Hamburger öffentlichen Unternehmen zur NS-Zwangsarbeiter/innenentschädigung		Hartmut Engels CDU	4226 C
– Drs 16/5046 –	4213 D	Julia Koppke REGENBOGEN – für eine neue Linke	4227 B
Julia Koppke REGENBOGEN – für eine neue Linke	4214 A	Beschlüsse	4227 D
Dr. Franklin Kopitzsch SPD	4215 A	Antrag der Fraktionen der SPD und der GAL:	
Frank-Thorsten Schira CDU	4215 C	Europäische Charta der Grundrechte	
Peter Zamory GAL	4216 A	– Drs 16/5077 (Neufassung) –	4227 D
Heike Sudmann REGENBOGEN – für eine neue Linke	4216 B	mit	
Beschluß	4216 C	Antrag der Fraktion der CDU	
		über dieselbe Thematik	
Antrag der Fraktionen der SPD und der GAL:		– Drs 16/5137 –	4228 A
Auswandererhalle auf der Veddel		Michael Dose SPD	4228 A
– Drs 16/5074 –	4216 D	Bettina Machaczek CDU	4228 D
Monika Gawron SPD	4216 D	Heide Simon GAL	4229 B
Henning Tants CDU	4217 D	Susanne Uhl REGENBOGEN – für eine neue Linke	4229 D
Antje Möller GAL	4218 B	Beschlüsse	4230 B
Heike Sudmann REGENBOGEN – für eine neue Linke	4218 D	Bericht des Haushaltsausschusses:	
Beschlüsse	4219 A	Controlling in der Hamburger Verwaltung	
		– Drs 16/5040 –	4230 C
Antrag der Fraktion der CDU:		Michael Waldhelm CDU	4230 C
Sportunterricht an Hamburger Schulen		Jan Peter Riecken SPD	4231 C
– Drs 16/4924 –	4219 A	Anja Hajduk GAL	4231 D
mit		Dr. Ingrid Nümann-Seidewinkel, Senatorin	4233 A
		Beschluß	4233 D

A **Beginn: 15.00 Uhr**

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Meine Damen und Herren! Die Sitzung ist eröffnet.

Abweichend von den Empfehlungen des Ältestenrats haben die Fraktionen sich darauf verständigt, den Tagesordnungspunkt 3 und abweichend von der Geschäftsordnung auch den Tagesordnungspunkt 10 zu vertagen. Außerdem wurde vereinbart, daß die Debatten zu den Tagesordnungspunkten 55 und 68 gegeneinander ausgetauscht werden sollen. Die Debatte zu TOP 68 findet nunmehr heute statt und die Debatte zu TOP 55 morgen. Der Tagesordnungspunkt 71 soll abweichend von der Empfehlung des Ältestenrats gemeinsam mit den Tagesordnungspunkten 19 und 51 debattiert werden.

(Unruhe im ganzen Hause – Glocke)

Können Sie die Gespräche bitte einstellen und etwas ruhiger sein? – Danke schön. Das gilt nicht nur für die Abgeordneten, sondern auch für die übrigen hier im Plenarsaal Versammelten.

Wir kommen dann zur

Aktuellen Stunde

Dazu sind drei Themen angemeldet worden, und zwar von der GAL-Fraktion

Keine CDU-Bundesratsblockade gegen Schwule und Lesben: Hamburg sagt ja zum Lebenspartnerschaftsgesetz

von der SPD-Fraktion

B BSE: Verbraucherschutz steht an erster Stelle
sowie von der CDU-Fraktion

BSE – Wie schützen wir die Verbraucher in Hamburg?

Die Fraktionen haben sich darauf verständigt, die von der SPD und der CDU angemeldeten Themen gemeinsam aufzurufen.

Das Wort zum ersten angemeldeten Thema hat Herr Müller.

Farid Müller GAL:* Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Stellen Sie sich vor, am 23. September 2001 würde die First Lady des neuen Hamburger Bürgermeisters ein Mann sein. Wie immer Sie diese Möglichkeit einschätzen, das Lebenspartnerschaftsgesetz, das am 1. Dezember zur Abstimmung im Bundesrat steht, wird genau dies bereits im nächsten Sommer ermöglichen. Es bleibt nur noch die Frage, ob diese First Lady oder der First Gentleman vergleichbare Rechte und Pflichten haben wird wie seine Vorgänger und Vorgängerinnen.

Ich will ganz kurz etwas über die Ziele des Gesetzes verlieren, damit klar wird, worüber wir hier sprechen. Der Gesetzentwurf ist am 10. November im Bundestag verabschiedet worden.

(Unruhe im ganzen Hause – Glocke)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt (unterbrechend): Herr Müller, warten Sie eine Sekunde.

Meine Damen und Herren! Zunächst einmal muß es etwas leiser werden, und dann bitte ich noch einmal die Technik,

die Anlage so auszusteuern, daß sowohl ich als auch die Redner zu verstehen sind.

Farid Müller (fortfahrend): Der Gesetzentwurf wird am 1. Dezember im Bundesrat sein, und er wurde am 10. November bereits im Bundestag verabschiedet. Er sieht nahezu gleiche Rechte und Pflichten für schwule und lesbische Lebensgemeinschaften vor und schafft damit endlich gleiche Bürgerrechte für Lesben und Schwule in diesem Land, und das in einer Zeit von 18 Monaten nach der Hamburger Ehe, über die wir hier ausführlich debattiert haben.

Das ist ein großer Erfolg von Rotgrün in Hamburg, und es ist ein großer Erfolg der Bundesregierung in Berlin.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Deutschland findet mit diesem Reformvorhaben endlich Anschluß an die europäische Entwicklung in Staaten wie Dänemark, Schweden, Norwegen. Die sogenannte Gleichheit unter Menschen, die wir immer in anderen Zusammenhängen beschwören, wird jetzt endlich auch im bürgerrechtlichen Sinne Wirklichkeit. Selbst die Schweiz, eher nicht für besonders liberale bürgerrechtliche Ansätze bekannt, hat beschlossen, die registrierte Partnerschaft einzuführen. Es steht uns gut an, daß Deutschland folgt.

Es gibt aber noch einen weiteren Grund – es geht nicht nur um gleiche Bürgerrechte –, warum SPD und Grüne diese Gesetzesreform unterstützen. Es ist gerade in einer Zeit wie dieser ein ganz wichtiger Grund, nämlich der Abbau von gesellschaftlicher Diskriminierung. Es hat sich in allen Ländern, in Dänemark, in den Niederlanden, gezeigt, daß die Akzeptanzwerte für Schwule und Lesben in der Gesellschaft enorm gestiegen sind. Allein das rechtfertigt dieses gesellschaftspolitische Vorhaben, und es ist trotz vieler Fortschritte in diesem Bereich in diesem Land dringend notwendig. Wer weiß, wie schnell wir in Hamburg das Klima für einen schwulen Bürgermeister oder eine lesbische Bürgermeisterin bekommen werden. In anderen Staaten wie den USA hat bei den letzten Senatswahlen eine offen lesbische Kandidatin den Sitz und den Sprung in den Senat geschafft; dies ist möglich, selbst in den USA hat man das hinbekommen.

(Dr. Holger Christier SPD: Da haben die falsch gezählt!)

Dort haben schon ganz andere Personen Bürgermeisterämter erreicht.

Ich möchte mit einigen Sätzen noch etwas zu den Gegenargumenten sagen, die von der CDU ins Feld geführt wurden. Das Hauptargument ist, dieses Gesetzesvorhaben sei nicht verfassungsgemäß – das Gegenteil ist der Fall. In der einzigen Entscheidung, die das Bundesverfassungsgericht zu diesem Thema jemals verfaßt hat, 1993, hat es gesagt, Schwule und Lesben haben keinen Anspruch auf die Ehe, aber der Gesetzgeber ist gefordert, ein vergleichbares Rechtsinstitut zu schaffen, und nichts anderes haben wir hier gemacht. Drohen Sie nicht mit Klagen und wenn, dann machen Sie sie lieber.

Das zweite Argument der CDU, Gleiches gleichzustellen, Ungleiches nicht gleichzustellen, ist immer wieder gefallen. Ich sage ganz deutlich: Lesben und Schwule sind anders als Heterosexuelle, darüber gibt es keine Diskussion, aber Mann und Frau sind auch anders. Und käme in diesem Hause jemand auf die Idee, die Gleichstellung von Frau und Mann in Frage zu stellen? Nein, denn sie ist politisch ge-

(Farid Müller GAL)

- A wollte, und das gleiche gilt jetzt auch für die heterosexuellen, die schwulen und lesbischen Lebensgemeinschaften.

Sie merken also, es bleibt nicht viel von der Ablehnungsfront, die da aufgebaut wurde. Ich halte von diesen Argumenten nichts, denn es sind vordergründige Argumente, die die Menschen verwirren sollen. Die wahren Gründe der CDU sind in einem Papier der CDU-Bundestagsfraktion nachzulesen, das im Sommer erschienen ist.

(Glocke)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt (unterbrechend): Herr Abgeordneter, Sie müssen zum Schluß kommen.

Farid Müller (fortfahrend): Ja. – Dort wird nämlich gesagt, daß diese gesetzliche Form eine Werbung auf bisexuelle Männer und Jugendliche ausstrahlen soll. Sie wollen keine Gleichstellung von Homosexuellen und Heterosexuellen in diesem Land. Sie haben Angst davor, Sie sagen es nur nicht laut, aber das ist der wahre Grund. – Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der GAL und bei Dr. Andrea Hilgers SPD)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort hat Herr Kretschmann.

Lutz Kretschmann SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Farid Müller hat eben gesagt, der Bürgermeister oder die Bürgermeisterin könnte ja schwul oder lesbisch sein. Das kann sein, aber dann muß er oder sie auch bekenndend sein und nicht nur heimlich – wenn schon, denn schon.

- B (Vereinzelter Beifall bei der SPD und der GAL)

Jetzt zu meiner eigentlichen Rede: Warten nicht viele Menschen auf die Frage ihres Lebens „Willst du mich heiraten?“. „Willst du dich mit mir eintragen lassen?“ ist zwar weniger romantisch, aber immerhin dürfen Lesben und Schwule in Hamburg sich wenigstens das fragen.

(Beifall bei Tanja Bestmann SPD)

Demnächst soll dieser Antrag bundesweit für Lesben und Schwule an Bedeutung gewinnen, jedenfalls nach dem Willen von SPD und Grünen, nicht aber nach dem Willen von CDU und der katholischen Kirche. Aber was bitte wäre daran so schlecht, zwei Menschen, die füreinander eintreten, staatliche Anerkennung zuteil werden zu lassen? Das ist in Ordnung, und wir haben dazu seit 1999 ein Gesetz in Hamburg, mit dem alle Beteiligten gute Erfahrungen gemacht haben. Nun aber, wo es bundesweit gelten soll, finden wir die gleichen Vorurteile, werden die gleichen Stammtischparolen und Argumente gegen die gesetzliche Anerkennung vorgebracht, die wir 1999 in Hamburg schon erlebt haben.

Lassen Sie mich nicht quasi gebetsmühlenartig die Argumente wiederholen. Zwar wäre es wohl für einige Teile dieses Hauses angebracht, den Grundkurs „Schwule und Lesben haben auch Rechte“ zu wiederholen, schon damit sie ihren Parteifreunden und Mitblockierern im Bund einmal näherbringen können, was wir in Hamburg erreicht haben. Ich denke da insbesondere an Herrn Bosbach, Herrn Geis und Herrn Gerhard. Der sollte einmal lernen, wie man die Worte Lesben und Schwule buchstabiert. Wenn Sie die Debatte im Bund verfolgt haben, konnte er noch nicht einmal Homosexuelle sagen, er sagte: diese Menschen. Wie geht

es da den Abgeordneten in seiner Fraktion, die schwul sind, wie müssen die sich fühlen?

C

Jeder Fraktion im Bund oder in den Landtagen würde es gut anstehen, offen Schwule und Lesben in ihre Reihen aufzunehmen, da würde sich inhaltlich vieles relativieren. Wir haben gesehen, was wir in Hamburg erreicht haben und wie weit wir gekommen sind.

Die Situation ist kurz folgendermaßen beschrieben: Es gibt ein Gesetz im Bundesrat, über das am Freitag abgestimmt werden soll. Im Bundesrat zeichnet sich leider keine Mehrheit für das Gesetz ab. Zur Zeit ist die Lage aber eher ungeordnet. Die CDU-geführten Landesregierungen wollen dem Gesetz im Bundesrat nicht zustimmen. Das Bundesland Bremen, in dem Konservative mitregieren, wird sich wohl enthalten, und im Land Berlin wird noch nach einem Weg gesucht. Herr Diepgen weiß, daß ungefähr 300 000 Lesben und Schwule in seiner Stadt leben; das ist natürlich auch ein Stimmenpotential für die nächsten Wahlen.

Außerdem zeichnet sich ab, daß die Bundestagsfraktionen von SPD und Grünen den Vermittlungsausschuß anrufen werden. Meine Damen und Herren von der CDU, die Blockadepolitik der CDU wird vielleicht den Lauf der Dinge etwas verzögern, ein bißchen Sand ins Getriebe streuen. Sie werden alle Lesben und Schwule landauf, landab verprellen, aber aufhalten werden Sie die Fortschritte nicht.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Das zeigt übrigens ein Blick in unser Nachbarland Holland. Dort begann es mit der Anerkennung von lesbischen und schwulen Partnerschaften auf der kommunalen Ebene. Mittlerweile ist die Eintragung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften der Ehe völlig gleichgestellt; das ist gut so.

Das im Bundestag am 10. November verabschiedete Gesetz wird jedenfalls Geltung erlangen. Dies ist zwar nach 15 Jahren, die die Lesben und Schwulen schon über die rechtliche Anerkennung debattieren, nicht gerade der große Entwurf, aber bei vielen Widerständen und Vorbehalten gegen eine derartige Regelung ist es ein Anfang. Nun ist schon in vielen Diskussionen zu hören, daß für den Fall des Inkrafttretens das Bundesverfassungsgericht angerufen werden soll. Machen Sie nur, lassen Sie uns vom Bundesverfassungsgericht sagen, daß Steuerprivilegien an Kindererziehung zu binden sind und nicht an sonstige Formen des Zusammenlebens.

D

Ich appelliere an die Damen und Herren der Opposition, auch wenn ich vermutlich nicht gehört werde. Greifen Sie zum Telefon und überzeugen Sie Ihre Parteifreunde, am Freitag dem Gesetz im Bundesrat zuzustimmen. Wir fordern Rechte und Pflichten, wie sie die Heteropaare haben, und nicht mehr und nicht weniger. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort hat Herr Wersich.

Dietrich Wersich CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Als ich zuerst Ihr Thema „Keine CDU-Bundratsblockade gegen Schwule und Lesben“ gelesen habe, habe ich gedacht, das ist gar nicht so schlecht, die GAL hat es begriffen, es gibt keine CDU-Blockade gegen Menschen.

(Dr. Hans-Peter de Lorent GAL: Das Ausrufungszeichen fehlt!)

(Dietrich Wersich CDU)

- A Und dann sagen Sie weiter: „Hamburg sagt ja zum Lebenspartnerschaftsgesetz“, das heißt auf gut Deutsch, der rotgrüne Senat stimmt einem rotgrünen Gesetzentwurf im Bundesrat zu; auch das ist nicht besonders revolutionär.

Wenn ich dann aber Ihre Wortbeiträge höre, habe ich doch den Eindruck, daß Sie ein bißchen mehr Provokation im Sinn hatten mit Ihrem Vorwurf, daß die CDU Menschen blockiere; das ist Schwachsinn und Polemik.

(Beifall bei der CDU)

Homosexuelle Menschen und Lebensgemeinschaften haben in unserer Gesellschaft Anspruch auf Nichtdiskriminierung, Achtung und Nichtausgrenzung. Wo insofern Defizite bestehen, sind dies in aller Regel nicht Fragen des Rechts, sondern des alltäglichen Umgangs in der Gesellschaft. Die Gesellschaft selber, ihre Mitglieder und ihre Institutionen sind es, die primär aufgerufen sind, Zurücksetzung und Benachteiligung im Alltag entgegenzutreten. Hier liegt eine Aufgabe nicht nur für den einzelnen in der Nachbarschaft, am Arbeitsplatz, in der Familie, sondern auch für Vereine, Kirchen und Medien. Daß nicht etwa die sexuelle Orientierung, sondern nur die menschlichen Qualitäten, Leistung und Beiträge zum gesellschaftlichen Ganzen Kriterien für die Bewertung von Personen sein können, muß im ökonomischen, kulturellen und politischen Bereich selbstverständlich sein.

Das habe ich abgelesen, das ist nämlich nicht von mir,

(Ingrid Cords SPD: Genau!)

das ist von Wolfgang Bosbach, dem stellvertretenden Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, und das macht deutlich, daß Ihre Vorwürfe völlig haltlos sind.

- B (Beifall bei der CDU – Farid Müller GAL: Dann lesen Sie mal weiter!)

Und wo wir gerade dabei sind, meine Damen und Herren: Natürlich sind wir für die rechtliche Besserstellung beziehungsweise sehen wir Regelungsbedarfe in Mietverhältnissen, im Zeugnisverweigerungsrecht, beim Besuchsrecht im Strafvollzug, im Bestattungsrecht, bei Auskunfts- und Besuchsrechten im Krankenhaus. Vieles kann aber auch notariell oder vertraglich geregelt werden über Vollmachten, über Erb-Verträge, über testamentarische Verfügungen und so weiter.

Auf der anderen Seite steht der besondere Schutz von Ehe und Familie im Grundgesetz als verfassungsrechtliche Pflicht, die Familie als Keimzelle der Gesellschaft zu schützen. Deshalb sagen wir ganz klar, ohne eine Verfassungsänderung können Sie kein Ehe-imitierendes Rechtsinstitut, eine Ehe light, schaffen. Es ist nicht vernünftig, Sozialleistungen zu verteilen, sondern wir müssen gucken, daß sie zu den Bedürftigen kommen, wir müssen Familien mit Kindern stärker fördern und zum Beispiel die Mitversicherung in der gesetzlichen Krankenversicherung bei Verheirateten in Frage stellen, aber nicht auf andere ausweiten, denn wir haben ein Finanzierungsproblem; das gleiche gilt auch für steuerliche Privilegien.

(Farid Müller GAL: Machen Sie doch einen Gesetzentwurf!)

Meine Damen und Herren! Es gibt keine Bundesratsblockade gegen Schwule und Lesben. Die CDU will einem für sie verfassungswidrigen Gesetzentwurf von Rotgrün nicht zustimmen. Die Hamburger CDU befürwortet ganz klar ein Gesetz zur Regelung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften, das aber den Abstand und die besondere Förderung

von Ehe und Familie bewahrt und deshalb auch verfassungsrechtlich Bestand haben kann. C

Um im übrigen auf Ihre Bürgermeister-Diskussion zu kommen: Wir brauchen einen guten, wir brauchen einen besseren Bürgermeister, wir brauchen Ole von Beust.

(Beifall bei der CDU und Lachen bei der SPD und der GAL)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort hat Frau Koppke.

Julia Koppke REGENBOGEN – für eine neue Linke: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ob wir nun Herrn von Beust brauchen, ist wahrscheinlich fraglich. In jedem Fall, Herr Müller und Herr Kretschmann, ist es mir schnurzpiegal, ob ein zukünftiger Bürgermeister schwul oder eine zukünftige Bürgermeisterin lesbisch ist, Hauptsache sie oder er machen keine schwulen- oder lesbenfeindliche Politik.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke, vereinzelt bei der SPD und bei Karen Koop CDU)

In der Überschrift zur Debattenanmeldung heißt es: „Hamburg sagt ja zum Lebenspartnerschaftsgesetz“. REGENBOGEN schließt sich dem an, fügt aber ein ebenso deutliches „Aber“ hinzu, natürlich aus ganz anderen Gründen als die CDU.

Was sowohl bei der sogenannten Hamburger Ehe als auch im Bundesgesetz zu gleichgeschlechtlichen Lebenspartnerschaften gemacht wurde, ist nicht nur begrüßenswert, sondern auch überaus kritikwürdig, denn aus unserer Sicht verbirgt sich dahinter ein völlig falscher Ansatz. Richtig am Bundesgesetz ist natürlich, daß Eheprivilegien, so es sie denn gibt, nicht nur für heterosexuelle Paare gelten dürfen, denn wenn Menschen aufgrund ihrer sexuellen Orientierung von Rechten ausgeschlossen bleiben, die andere haben, ist das nichts anderes als Diskriminierung, und das gehört selbstverständlich abgeschafft. D

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Insofern lehnen wir auch die Blockadehaltung der Christdemokraten in bezug auf das Bundesgesetz ab, da es natürlich ganz real ein Stück gesellschaftlicher Diskriminierung fortschreibt.

Wir finden es ziemlich beachtlich, mit welcher Inbrunst die Parteien mit dem „C“ sich weigern, in der gesellschaftlichen Gegenwart anzukommen. Selbst Teile der evangelischen Kirche haben schließlich schon längst das Gesetz wohlwollend begrüßt. Die CDU hat einfach Probleme, über ihren konservativen Schatten in die gesellschaftliche Realität zu springen.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke und bei Lutz Kretschmann SPD)

Die Kritik aus der christlich-katholischen Ecke, wie sie etwa durch das Stadtpastorat der Hamburger Katholiken geäußert wurde, die in diesem Zusammenhang für den Erhalt der Sonderstellung von Ehe, Familie und Kindererziehung in die Bresche springen, kann man natürlich allein schon deswegen nicht akzeptieren und auch nicht für voll nehmen, als natürlich eine Hetero-Ehe weder automatisch noch alleinig Kinder mit sich bringt. Das Wohl des Kindes gilt es für uns, unabhängig vom Trauschein, zentral zu machen. Die Ehe ist schließlich per se nicht verlässlicher, ver-

(Julia Koppke REGENBOGEN – für eine neue Linke)

- A antwortlicher oder für Kinder förderlicher als andere Lebensformen.

Wir haben ein kräftiges „Aber“ am Anfang formuliert, und das liegt an drei Punkten. Zum ersten enthält das Bundesgesetz nur eingeschränkte Rechte für homosexuelle Ehen. Zum Beispiel wird es eine gemeinschaftliche Adoptionsregelung, auch ein wesentlicher Kern jeder rechtlichen Gleichstellung, in Zukunft nicht geben. Zum zweiten wird mit dem Gesetz erstmals seit Abschaffung des Paragraphen 175 wieder ein Sondergesetz für Homosexuelle eingeführt. Allein aus diesem Grund hat es übrigens im Juli diesen Jahres einen bundesweiten Protest von Lesben- und Schwulenverbänden, Mitgliedern in verschiedenen Stadträten, studentischen Gruppen, Einzelpersonen und so weiter gegeben, die die Bundesregierung aufgefordert haben, den Gesetzentwurf zurückzuziehen, um in eine Diskussion über tatsächliche Gleichstellung einzusteigen.

Der dritte Punkt ist für mich allerdings der zentralste; aber auch diese Kritik wird von Teilen der Schwulen- und Lesben-Bewegung lautstark vertreten, zum Beispiel in ihrer Aktion „Nein-Wort“, die unter dem Motto „Wahlverwandtschaften statt Ehe und Homo-Ehe“ läuft, wo sie das Homo-Ehegesetz grundsätzlich kritisieren. Die Ehe an sich ist überhaupt nicht mehr zeitgemäß,

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

und das Gesetz zur Homo-Ehe trägt einen Teil dazu bei, Eheprivilegien weiter zu forcieren. Da für uns aber die Ehe ein grundsätzlich überholtes und reaktionäres Modell ist

(Unruhe im ganzen Hause)

- B – in Großstädten wie Hamburg ist sie nicht einmal mehr das dominierende Lebens- und Partnerschaftsmodell –, ist die oberste Forderung, die Institution Ehe als solche schlicht abzuschaffen und damit auch alle Privilegien gegenüber unverheirateten Paaren.

(Dr. Hans-Peter de Lorent GAL: Man versteht nichts!)

Ich sage deswegen noch einmal ganz deutlich – Herr de Lorent kann mich nicht verstehen, vielleicht könnte etwas weniger Tumult im Saal herrschen –, so, wie wir die Ehe als Institution für der Vergangenheit angehörig halten, halten wir natürlich auch die Homo-Ehe letztendlich für ein Ergebnis spießiger und nicht fortschrittlicher Politik.

(Glocke)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt (unterbrechend): Frau Koppke, Ihre Redezeit ist abgelaufen, Sie müssen zum Schluß kommen.

Julia Koppke (fortfahrend): Gut, noch einen letzten Satz. – Fazit für den REGENBOGEN: Wenn schon Ehe, dann klar für heterosexuelle wie für homosexuelle Menschen. Aber es gilt, die Rechte von Kindern unabhängig von Eheverträgen zu stärken und die Eheprivilegien abzuschaffen, gleiche Rechte für alle Beziehungsformen.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Meine Damen und Herren! Es ist mir immer noch zu laut im Raum, und ich möchte die Technik noch einmal bitten, diese Anlage so auszusteuern, daß wir uns alle verstehen können.

(Ole von Beust CDU: Aber leiser wird es hier auch nicht!)

Das Wort hat jetzt die Zweite Bürgermeisterin Frau Senatorin Sager.

C

Zweite Bürgermeisterin Krista Sager: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Mit dem vom Deutschen Bundestag beschlossenen Lebenspartnerschaftsgesetz wird die alltägliche Diskriminierung gleichgeschlechtlicher Paare zwar nicht beendet, aber es wird ein großer Schritt in diese Richtung getan. Ich bin ganz sicher, daß von diesem Gesetz auch diejenigen Lesben und Schwulen profitieren werden, die selber gar nicht diese Partnerschaft eingehen wollen. Entscheidend ist nämlich, daß mit diesem Gesetz der politische Wille unterstrichen wird, daß Lesben und Schwule in dieser Gesellschaft in Zukunft gleichberechtigt leben sollen. Angesichts der traurigen und langen Geschichte der Verfolgung, Verachtung und Benachteiligung in diesem Land, die diese Menschen erlitten haben, ist das eine historische Zäsur.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Erfreulich ist aus meiner Sicht, daß es für ein solches Gesetz inzwischen nicht nur eine politische Mehrheit im Bundestag gibt, sondern auch eine Mehrheit in der Gesellschaft. Die Bevölkerung akzeptiert mehrheitlich die Beendigung der Diskriminierung, und dies tut ganz besonders die junge Generation.

Um so bedauerlicher ist es aus meiner Sicht, daß der zustimmungspflichtige Teil des Gesetzes, das Lebenspartnerschaftsergänzungsgesetz, an den CDU-regierten Ländern im Bundesrat scheitern wird. Die CDU wird es sehr schwer haben, der Mehrheit der Bevölkerung und vor allen Dingen den jungen Menschen zu erklären, warum sie die Diskriminierung in wesentlichen Fragen für Schwule und Lesben aufrechterhalten will.

D

(Wolfhard Ploog CDU: Wie kommen Sie darauf? – Karl-Heinz Ehlers CDU: Das ist Unsinn!)

Natürlich neigen Sie als Opposition dazu, zu glauben, etwas wäre schlecht, weil es von der Regierung kommt, und zu glauben, eine Antihaltung gegen ein rotgrünes Projekt käme bei Ihrer Wählerschaft gut an. Ich glaube aber, daß Sie sich gründlich irren, weil die Menschen erkennen, daß es darum geht, daß Sie zahlreichen Menschen in diesem Lande elementare Bürgerrechte vorenthalten wollen.

(Beifall bei der GAL und der SPD – Karl-Heinz Ehlers CDU: Das ist doch unglaublich, dummes Zeug!)

Es ist kein Zufall, daß eine CDU-Abgeordnete des Deutschen Bundestags auf einer Podiumsdiskussion in Berlin zu mir gesagt hat, sie sei in dieser Frage wirklich froh, daß es in Berlin inzwischen andere Mehrheiten gebe.

(Beifall bei der GAL und der SPD – Wolfhard Ploog CDU: Das nehmen Sie mal zurück!)

Es geht in der Tat um Bürgerrechte, und dabei geht es nicht vorrangig um materielle Dinge, aber auch um solche. Sie müssen doch den Menschen in diesem Land erklären, warum ein Mann, der mit seinem männlichen Lebenspartner jahrelang zusammenlebt, die sich gemeinsam etwas aufgebaut haben, gemeinsam ihr Leben eingerichtet haben und wenn der Partner stirbt, dann bei der Erbschaftsteuer vom Staat genauso abkassiert wird, als wenn er ein völlig Fremder wäre, noch schlechter gestellt ist als ein Neffe.

(Antje Blumenthal CDU: Das Wort Abkassieren ist eine Unverschämtheit!)

Und das können Sie nicht notariell regeln.

(Zweite Bürgermeisterin Krista Sager)

- A Zweite Frage: Warum soll eine Frau, die mit einer weiblichen Lebensgefährtin zusammenlebt und vorrangig den gemeinsamen Lebensunterhalt alleine bestreitet, weil zum Beispiel die Lebenspartnerin krank ist, arbeitslos ist oder ein Kind zu versorgen hat, bei der Einkommensteuer genauso abkassiert werden wie ein Mensch, der nur für sich selber einzustehen hat? Diese Frage müssen Sie beantworten, und dafür haben Sie keine schlüssige Antwort.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Gerade eine Politik, die für ein solidarisches Einstehen füreinander ist, müßte ein solches Lebenspartnerschaftsgesetz besonders unterstützen.

(Karl-Heinz Warnholz CDU: Aufhören! – Gegenruf von Dr. Andrea Hilgers SPD: Hinterbänkler!)

Es ist typisch für Sie, daß Sie nicht darüber reden wollen, was in diesem Gesetz geregelt wird, nämlich das, was man nicht notariell, sondern nur gesetzlich regeln kann, sondern sich hinter verfassungsrechtlichen Bedenken verstecken. Erstens wissen Sie ganz genau, daß der Abstand zur Ehe in diesem Gesetz durchaus gewahrt ist. Man ist nicht den einfachen Weg gegangen wie in Skandinavien und den Niederlanden.

(Glocke)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt (unterbrechend): Frau Bürgermeisterin, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

(Zweite Bürgermeisterin Krista Sager: Wenn das von meiner Redezeit abgeht, nicht.)

Der Senat hat hier leider keine Redezeitbegrenzung.

- B (Ole von Beust CDU: Sie haben endlos! – Zweite Bürgermeisterin Krista Sager: Ach so, ich darf ja weiterreden. Herr Ehlers, bitte schön.)

Herr Ehlers, Sie haben das Wort.

Zwischenfrage von Jan Ehlers SPD: Frau Senatorin, könnte es sein, daß die Einkommensteuer gar nicht erhoben wird, um abzukassieren, sondern um öffentliche Aufgaben, auch zum Beispiel die, für die Sie verantwortlich sind, zu finanzieren?

(Beifall bei der SPD und der CDU)

Zweite Bürgermeisterin Krista Sager (fortfahrend): Herr Ehlers, die Tatsache, daß man aus der Einkommensteuer öffentliche Ausgaben bestreitet, ändert aber nichts daran, daß die Menschen bei der Einkommensteuer unterschiedlich behandelt werden und auch umgangssprachlich das Gefühl haben, sie werden von der Steuer zur Kasse gegeben, und das sollte möglichst gerecht geschehen.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Die entscheidende Frage ist doch, warum es gerecht sein soll, jemanden, der heiraten kann und aus einer Lebensgemeinschaft als heterosexueller Partner überlebt, besser zu behandeln als jemanden, der nicht heiraten kann, aber auch in einer langjährigen Gemeinschaft mit einem homosexuellen Partner gelebt hat. Das ist nicht gerecht, und es geht in Wirklichkeit um viel mehr. Es geht darum, daß man den gleichgeschlechtlich lebenden Menschen in dieser Gesellschaft ein Recht einräumt, frei zu wählen. Es geht darum, daß Sie ihnen dieses Recht vorenthalten wollen und damit die Diskriminierung aufrechterhalten wollen. Ihre verfassungsrechtlichen Bedenken sind ein Kaiser ohne

C Kleider. Niemandem in Dänemark oder den Niederlanden können Sie sagen, daß seine Ehe weniger wert ist, weil gleichgeschlechtliche Paare die gleichen Rechte haben; das glaubt Ihnen dort kein Mensch.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Etwas anderes steckt hinter Ihren verfassungsrechtlichen Bedenken doch gar nicht. Solange Sie Ihre Ablehnung des Lebenspartnerschaftsgesetzes aufrechterhalten, sind Sie in der Mitte der Gesellschaft noch lange nicht angekommen, sondern dackeln hinterher. Von einem solchen Gesetz würden nicht nur die Schwulen und Lesben profitieren, sondern wir alle, und zwar deswegen, weil unsere Gesellschaft dadurch toleranter und menschlicher würde, sie würde ein besseres menschliches Gesicht bekommen.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Hamburg sagt deswegen ja zu diesem Gesetz, und die CDU sollte das auch tun.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort hat Herr Dr. Schmidt.

Dr. Martin Schmidt GAL: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Reden wir von der Verfassung und von dem, was die CDU daran hindert, die verfassungsmäßigen Rechte der Schwulen und Lesben anzuerkennen. Zu unseren Lebzeiten haben sich die Rechte der Menschen in Deutschland gegenüber dem Staat gewaltig geändert. Zwar hat schon im Grundgesetz – beinahe muß man „zufällig“ sagen, weil es gerade noch gelungen ist – die Gleichberechtigung von Mann und Frau gestanden, aber ihre Verwirklichung hat sehr, sehr lange gedauert. Ich habe nicht gehört, daß die Partei, die sich jetzt auf die Verfassung beruft, um die Rechte von Schwulen und Lesben zu mindern, in den letzten 50 Jahren dafür besonders bekannt wurde, daß sie an dieser Stelle die Verfassungsrechte von Frauen eingeklagt hat.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

In unserer Verfassungswirklichkeit haben Kinder nach wie vor wenig Rechte. Bis vor kurzem war es selbstverständlich nach aller Ansicht gültig, daß Kinder von ihren Eltern verprügelt werden dürfen. Das steht nicht in der Verfassung, aber jeder hielt es für ein Verfassungsrecht von Eltern. Es ist aber kein Verfassungsrecht, weil es sich an den einfachen Menschenrechten bricht.

(Hartmut Engels CDU: Da steht auch was von körperlicher Unversehrtheit!)

Wir haben in diesem Land und wahrscheinlich in fast allen Ländern Europas bis vor 200 Jahren das selbstverständliche Recht der Staaten gehabt, über die Religion ihrer Untertanen zu bestimmen. Daß dieses Recht nicht mehr gilt, wird wahrscheinlich auch die CDU anerkennen. Dennoch versucht die CDU an diesem Punkt so etwas wie einen christlichen Staat herbeizureden, der in der Verfassung stünde. Als bekennendes Mitglied einer christlichen Kirche bin ich der festen Überzeugung, daß das grundsätzlich falsch ist. Es kann keinen christlichen Staat geben. Er wäre unchristlich, und es wäre ein Vergehen gegen die Rechte aller Menschen. Die Gleichheit aller vor dem Gesetz ist ein Recht, das über allen Verfassungen steht. Und damit kommen wir zum eigentlichen Punkt.

(Dr. Martin Schmidt GAL)

- A Es kann ein Staat in seiner Verfassung sagen, wir wollen die Ehe – gemeint zwischen Mann und Frau – besonders fördern. Aber es kann unter keinen Umständen der Staat glauben, er dürfe mit einer solchen Bestimmung die freie Entscheidung anderer Menschen, sich anders für ein Leben zu verbinden, diskriminieren und nicht fördern. Das ist das eigentliche Geheimnis Ihrer Verfassungsprobleme. Sie haben nicht erkannt, daß die Verfassung nur das ausdrückt, was jeder von uns als Menschenrecht an sich trägt, nämlich das Recht, sein Leben frei zu entscheiden, und auch das Recht, sich mit jedem anderen Menschen zu einer Lebensgemeinschaft zu verbünden. Deswegen werden Ihre Verfassungsprobleme noch gelöst werden: Entweder indem wir darin übereinstimmen, daß das jetzige Grundgesetz diese allgemeinen Menschenrechte für alle erlaubt oder daß Sie mit uns gemeinsam den Antrag stellen, die Verfassung schnell so deutlich zu machen, daß es für alle sichtbar wird.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort hat Herr Wersich.

Dietrich Wersich CDU: Frau Senatorin Sager, mit Ihrer geistvollen Rede

(Na-, na-, na-Rufe bei der GAL und Beifall bei der CDU – Glocke)

haben Sie der Toleranz ...

- B **Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt** (unterbrechend): Herr Abgeordneter, wenn ich klinge, hören Sie bitte auf zu reden. Ich bitte Sie, sich an den parlamentarischen Sprachgebrauch zu halten. Sie haben vorhin auch schon – fast – einen Verstoß dagegen gehabt. Persönliche Verunglimpfungen gehören nicht zu unserem Sprachgebrauch.

(Wolfhard Ploog CDU: Wir sind verunglimpft worden! – Ole von Beust CDU: Polemisch darf man sagen!)

Sie haben jetzt das Wort.

Dietrich Wersich (fortfahrend): Mit Ihrer Rede, Frau Senatorin, haben Sie der Toleranz in Wahrheit einen schlechten Dienst erwiesen.

(Beifall bei der CDU)

Ihre Rede war lediglich davon geprägt, aus diesem Thema Ihren parteipolitischen Vorteil herauszuziehen. Das lehne ich ab, wenn es darum geht, breite gesellschaftliche Akzeptanz hinzubekommen. Sie benutzen das Wort „Diskriminierung“ als politischen Kampfbegriff. Mit einem Furienritt sind Sie über steuer- und sozialrechtliche Themen hinweggegangen, als seien wir im Raubritterwesen, und haben statt der Gleichberechtigung der Gleichmacherei das Wort geredet.

(Beifall bei der CDU)

In Wahrheit ist diese Debatte nötig, um einerseits über die Toleranz in der Gesellschaft zu reden und andererseits darüber, wie wir tatsächlich den Bedürftigen, nämlich Kindern mit Familien, in diesem Land besser helfen können.

(Lachen bei der SPD und der GAL)

Das ist das zweite Thema. Bevor wir Gelder und Sozialleistungen auf anderer Seite ausweiten, sollten wir sie zielgerichtet Familien mit Kindern zukommen lassen.

(Beifall bei der CDU)

C

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Frau Senatorin Dr. Peschel-Gutzeit hat das Wort.

(Oh-Rufe bei der CDU)

Senatorin Dr. Lore Maria Peschel-Gutzeit: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich freue mich über Ihre Begeisterung.

(Beifall und Heiterkeit bei der SPD)

Die CDU/CSU und die Länder, in denen sie entweder allein oder mitregieren, rufen generell zur Ablehnung des vom Bundestag beschlossenen Lebenspartnerschaftsgesetzes auf. Wenn man hört, was Teile der CDU, was katholische Bischöfe und was der bayerische Ministerpräsident zu dem vom Bundestag beschlossenen Lebenspartnerschaftsgesetz von sich geben,

(Rolf Kruse CDU: Werden Sie doch nicht nervös!)

kann man sich an den Kulturkampf der Bismarck-Ära aus dem Jahre 1875 erinnert fühlen.

(Beifall bei der SPD – Rolf Kruse CDU: Waren Sie dabei?)

Ich merke, einige von der CDU wissen nicht genau, was das war. Ich erkläre es.

(Heino Vahldieck CDU: Sie erinnern sich wie heute, nicht?)

Ich möchte einmal etwas in Ihre Richtung sagen. Ich habe den Eindruck, daß Sie heute Argumente durch Lautstärke ersetzen. Vielleicht hören Sie einmal zu.

D

(Beifall bei der SPD)

Damals ging es um die Einführung der Zivilehe. Die Bischöfe fürchteten um Zucht und Ordnung und haben bis zuletzt die Zivilehe bekämpft. Welche Ironie der Geschichte! Heute gehören die gleichen Kreise zu den engagiertesten Verteidigern der Bismarck-Ehe, obwohl die moderne Ehe – denken wir an die heutigen Scheidungsquoten – kaum noch dem religiösen Versprechen entspricht, bei dem sich zwei Menschen vor Gott versprechen, füreinander einzustehen, bis daß der Tod sie scheidet.

Heute ist es die eingetragene Lebenspartnerschaft, die angeblich Ehe und Familie, im Grunde das ganze Abendland in Gefahr bringt. Diese Befürchtung ist genauso dummes Zeug wie die Befürchtung, daß die Fundamente der Familie abbröckeln, wenn – das hat die CDU-Regierung getan – im Rahmen der Familienrechtsreform die Möglichkeit eröffnet wird, daß Männer und Frauen nach der Heirat ihre angestammten Familiennamen beibehalten. Auch damals ging gerade einmal wieder das Abendland unter.

Niemand rüttelt am Grundgesetz. Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutz der staatlichen Ordnung. Das gilt selbstverständlich. Deshalb muß alles vermieden werden, was diesen Schutz relativieren könnte. Die Juristen nennen das das berühmte Abstandsgebot.

Wir alle akzeptieren, daß die Ehe sich in unserer Gesellschaft trotz der hohen Scheidungsquoten als recht stabil erwiesen hat. Wenn jede dritte Ehe geschieden wird, heißt das auch, daß zwei von drei Paaren bis zum Ende ihres Lebens zusammenbleiben. Noch immer wachsen 80 Prozent aller Kinder bei Vater und Mutter auf. Aber es gibt auch sogenannte Patchwork-Familien, die sich nach Scheidung

(Senatorin Dr. Lore Maria Peschel-Gutzeit)

- A und mit oder ohne Wiederheirat neu zusammensetzen und in denen viele Kinder aufwachsen, ohne daß sie zu Monstern werden.

(Beifall bei der SPD)

Weil die Ehe eine so wichtige Keimzelle der Gesellschaft ist, kämpfen viele – insbesondere die Kirchen – zu Recht gegen jegliche Abwertung. Aber die entscheidende Frage ist: Kämpfen sie an der richtigen Stelle, mit den richtigen Argumenten? Was beinhaltet eigentlich das Abstandsgebot? Man wertet nicht automatisch das eine ab, wenn man das andere nicht länger diskriminiert.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Welche Eheleute sollen sich diskriminiert begreifen, wenn Schwule und Lesben sich auf dem Standesamt eintragen dürfen? Warum sollten sich deswegen Krisensymptome in Ehe und Familie, die wir alle kennen und die niemand bestreiten kann, etwa verschärfen?

Unbestreitbar weisen Ehe und Familie Krisensymptome auf. Viele Menschen schaffen es nicht mehr, eine lebenslange Partnerschaft durchzuhalten. Viele Ehepaare können und wollen keine Kinder haben, denn die Kinder, das wissen wir, sind ein großes Armutsrisiko in unserem Land geworden. Immer noch ist es sehr, sehr schwer – auch für Ehepaare –, Beruf, Kinder und Partnerschaft zu vereinbaren. Aber keines dieser Krisensymptome wird dadurch verstärkt, daß homosexuelle Paare einen gemeinsamen Mietvertrag unterzeichnen, daß sie sich verpflichten dürfen, füreinander zu sorgen und einzustehen.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

- B Für den von mir so beschriebenen neuen Kulturkampf besteht überhaupt keine Veranlassung. Nach meiner Überzeugung kann niemand gegen das Grundprinzip des Lebenspartnerschaftsgesetzes sein.

Worum geht es? Zwei Menschen gehen eine Verpflichtung ein, gegenseitig für sich zu sorgen; eine Verpflichtung, die klare Folgen hat, wenn sie nicht eingehalten wird. Kann bezweifelt werden, daß unsere Gemeinschaft von solcher gegenseitiger Verantwortung lebt, ob sie von homo- oder heterosexuellen Menschen wahrgenommen wird?

Aus diesem Grunde ist es sinnvoll, im Erb- und Mietrecht, bei der Kranken- und Pflegeversicherung und im Steuerrecht Bedingungen zu schaffen, die einer Lebenspartnerschaft angemessen sind und ihr entsprechen. Es war und ist dringend überfällig, unsinnige Barrieren zu beseitigen, zum Beispiel bei Auskünften in Krankenhäusern.

Man mag natürlich darüber streiten, ob alle Einzelheiten des jetzt beschlossenen Gesetzes dringend geboten sind. Heute geht es darum, Benachteiligungen und Diskriminierungen im Alltag zu beseitigen. Dies, meine Damen und Herren von der CDU, erkennen auch viele Christdemokraten.

Um so bedauerlicher ist es, daß Sie das Gesetzesvorhaben im Bundesrat grundsätzlich verhindern wollen, daß Sie den Vermittlungsausschuß mit dem Ziel einer grundsätzlichen Aufhebung dieses Gesetzes anrufen und daß Sie dieses alles im Vermittlungsverfahren erreichen wollen. Wer das bezweifelt, ist nicht informiert. Ich sitze dem Rechtsausschuß des Bundesrats vor und habe es mit all diesen Anträgen von CDU-Seite zu tun gehabt.

Die eingetragene Lebenspartnerschaft bringt – das ist überhaupt nicht zu bezweifeln – mehr Gerechtigkeit und

Menschlichkeit in unseren Alltag. Sie schadet niemandem und nützt vielen. Eine so normierte Lebenspartnerschaft ist weder kraft ihres Namens noch in ihrem Kern eine Ehe. Die Angst, auf diese Weise würden die verfassungsrechtlichen Garantien für Ehe und Familie ausgehöhlt, hat keine Grundlage. Bald wird man sich wundern, daß man darüber überhaupt im Jahre 2000 noch streiten konnte, genau wie wir uns heute über den Kulturkampf von 1875 wundern.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Meine Damen und Herren! Gibt es weitere Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist das erste Thema der Aktuellen Stunde abgeschlossen.

Ich rufe das zweite und das dritte Thema gemeinsam auf, und zwar von der SPD-Fraktion

BSE: Verbraucherschutz steht an erster Stelle

sowie von der CDU-Fraktion

BSE – Wie schützen wir die Verbraucher in Hamburg?

Von wem wird das Wort gewünscht? – Herr Schmidt hat es.

Jürgen Schmidt SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Bis zur letzten Woche war kein einziger BSE-Fall an deutschen Rindern bekannt. Die Nachrichten aus Schleswig-Holstein und Sachsen-Anhalt haben über Nacht die Republik bestürzt gemacht und aufgeschreckt. Deutsches Rindfleisch ist nicht mehr sicher, und es kann nicht ausgeschlossen werden, daß wir noch weitere BSE-Fälle finden werden. Über das Ausmaß des Problems kann man heute noch keine seriöse Prognose abgeben.

BSE-verseuchtes Fleisch wird für die Infektion von Menschen mit einer tödlich verlaufenden neuen Variante der Creutzfeldt-Jakob-Krankheit verantwortlich gemacht. Am stärksten verbreitet ist BSE in Großbritannien, wo die Krankheitserreger wegen nicht ausreichender Desinfektion bei der Herstellung von Tiermehl aus den Abfällen erkrankter Schafe entstanden sein sollen. Es ist schon eine Perversion, Wiederkäuern tierische Nahrung zukommen zu lassen und dann noch entsprechenden Abfall,

(Beifall bei Antje Möller GAL)

dies nicht nur aus gesundheitlichen Aspekten, wie wir schon länger wissen, sondern auch aus ethischen Gründen.

Mehr Klarheit über die Situation in Deutschland werden wir erst dann haben, wenn die Länder über mehrere Monate hinweg getestet haben. Letzte Sicherheit bedeutet das aber auch nicht, denn wir wissen immer noch zu wenig über die möglichen Übertragungswege.

Alles hat seinen Preis – früher oder später. Manchmal ist billig langfristig doch zu teuer. Das erleben wir gerade im Fall BSE, wo Landwirte und Verbraucher jetzt die Zeche auch dafür zahlen, daß um jeden Preis die Produktionskosten für Rindfleisch sinken sollten. Tiermehl wurde verfüttert, weil es billiger als andere Futterarten ist. Dafür wurde das BSE-Risiko in Kauf genommen. Jetzt wird es teurer für alle.

Am billigsten aber ist die Reaktion der Union. Statt gemeinsam zu lernen, gibt es jetzt primitive Schuldzuweisungen von Laurenz Meyer, ihrem neuen General mit seinen

(Jürgen Schmidt SPD)

- A Profilierungsversuchen, sowie von Stoiber, als wäre die bayerische Landesregierung in der Vergangenheit in Sachen BSE nie an einer Entscheidung beteiligt gewesen. Das ist wirklich zu simpel, um nicht gemerkt zu werden.

(Zuruf von der CDU)

– Dazu antworte ich Ihnen gern. Betrachten Sie die Vergangenheit aus den neunziger Jahren, als die alte Kohl-Regierung die BSE-Gefahr permanent verharmlost hat. Dies geschah zu einem Zeitpunkt, meine Damen und Herren, als es in England epidemische Auswüchse gegeben hat. Deswegen sollte sich die CDU lieber mit ihrer Polemik zurückhalten.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD und der GAL)

Fakt ist, daß die rotgrüne Bundesregierung das Heft des Handelns unter den schwierigen Gegebenheiten in der Hand hat, denn die Tiermehlverfütterung wird es ab kommendem Wochenende nicht mehr geben. Die Schnelltests werden ausgeweitet, und die Forderungen auf EU-Ebene nach einheitlichem Vorgehen werden forciert. Auf der Regierungskonferenz in Nizza wird es sicherlich Gelegenheit für zunächst informelle Gespräche geben. Aber – auch das gehört zur Wahrheit – auf absehbare Zeit wird keine hundertprozentige Sicherheit garantiert werden können.

Wir, meine Damen und Herren, von der SPD-Fraktion, nehmen die Forderung der Verbraucher-Zentrale in Hamburg sehr ernst. Die SPD-Fraktion ist mit ihr in folgenden Punkten einig: vollständiges Verbot der Verfütterung von Tiermehl in ganz Europa sowie verpflichtende BSE-Schnelltests für alle geschlachteten Rinder in ganz Europa. Bei dieser Gelegenheit begrüßen wir ausdrücklich die schnelle Reaktion der BAGS, daß das Hygiene-Institut in Hamburg in kürzester Zeit in der Lage sein wird, ebenfalls Schnelltests durchzuführen. Des weiteren wird der BSE-Forschung eine höhere Priorität eingeräumt, und es werden für sie sicherlich mehr Mittel bereitgestellt werden, denn allein mit Tests ist es nicht getan.

B

Die Hamburger SPD steht ausdrücklich zur gestrigen Einigung in Berlin zum Verbot des Tiermehls. Im übrigen hatte dies der Kanzler bereits am Ende des EU-Balkan-Gipfels in Zagreb am 24. November – darauf lege ich sehr viel Wert –, also vor dem Bekanntwerden der beiden BSE-Fälle in Deutschland, angekündigt. Danach wird das Verbot der Verfütterung von Tiermehl jetzt per Gesetz geregelt.

Lassen Sie mich die Position der SPD soweit zusammenfassen:

Erstens: Wir müssen alles tun, um die Menschen vor der Creutzfeldt-Jakob-Krankheit zu schützen. Die Verwendung von Tiermehl zur Ernährung von Nutztieren, die sich normalerweise von Pflanzen ernähren, bringt generell Probleme mit sich.

Zweitens: Die Gesundheitsvorsorge steht bei der Abwägung dieses schwierigen Probleme ohne Einschränkung ganz oben. Die damit verbundenen ökonomischen und entsorgungstechnischen Probleme müssen wir so rasch wie möglich lösen.

(Glocke)

Drittens, und damit komme ich zum Schluß: Die langfristig erfolgversprechendste Maßnahme wäre eine Wende in der Agrarpolitik, also eine stärkere Förderung artgerechter und ökologisch orientierter Tierhaltung. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort hat Frau Jürs. C

Vera Jürs CDU: Frau Präsidentin, meine Damen, meine Herren! Das Horrorszenario des BSE greift um sich, jeden Tag gibt es neue Schreckensmeldungen. Seit Jahren fühle ich mich wie der einsame Rufer in der Wüste. Ich bin tief betroffen, daß wir uns erst heute – 14 Jahre zu spät – Gedanken über den Schutz der Verbraucher vor BSE machen.

Man erinnert sich, daß noch am vergangenen Mittwoch Landwirtschaftsminister Funke, SPD, behauptete, „unser Fleisch ist sicher“.

(Ole von Beust CDU: Wie die Renten!)

Er sprach im Zusammenhang mit BSE von politischem Aktivismus und dem ökonomischen Schaden für die Landwirte und Tiermehlproduzenten.

(Mehrere Zurufe von der SPD und der GAL)

– Darüber macht man keine Witze.

(Beifall bei der CDU – Dr. Monika Schaal SPD: Was hat denn Herr Seehofer gemacht?)

Am Montag dieser Woche setzte er sich noch dafür ein, daß die Bauern ihr vorhandenes Tiermehl verfüttern sollten. Ihm danken wir es, daß die Tiermehlverfütterung nicht sofort gestoppt wurde, sondern erst ein Gesetz in Kraft treten muß, das frühestens am Montag umgesetzt werden kann. Dieser Minister ist untragbar.

(Beifall bei der CDU)

An dieser Stelle sei auch noch einmal der ethische Gesichtspunkt eingebracht.

D

(Antje Möller GAL: Wo war der denn vor 14 Jahren?)

Ist es nicht Kannibalismus, wenn wir unseren Wiederkäuern Tiermehl vorsetzen? Greift da die Ansicht von Wissenschaftlern, daß die Verfütterung von Tieren an Tiere Erreger überhaupt erst so aggressiv machen und daß bedingt durch die nicht artgerechte Massentierhaltung beispielsweise BSE-Erreger sich explosionsartig unter allen Nutztieren ausbreiten?

Als im Juni dieses Jahres das Ergebnis einer Risikostudie vorlag, die die EU in Auftrag gegeben hatte, daß Deutschland ebenso wie Frankreich in die Risikogruppe 3 einzustufen sei, wurde dies von Deutschlands oberstem Veterinärbeamten, Dr. Werner Zwingmann, als rein spekulativ abgetan. Aber nicht nur im Bund, auch in Hamburg wurde die Gefahr weggeredet.

Als ich im Januar 2000 in die Bürgerschaft nachrückte, stand ich noch unter dem Schock, da ich 1995 eine Bekannte durch die Creutzfeldt-Jakob-Krankheit verloren hatte. Außer ihr sollen damals in Hamburg noch weitere sechs CJK-Kranke verstorben sein. Eine meiner ersten Anfragen im Februar als Bürgerschaftsabgeordnete bezog sich darauf, wieviel CJK-Todesfälle in Hamburg in den vergangenen Jahren gemeldet wurden; CJK ist meldepflichtig. Die Antwort war erschütternd, weil schlicht unwahr. Im Zeitraum von 1994 bis 1999 gab es angeblich nur zehn Todesfälle, 1998 sollte an dieser Krankheit in Hamburg sogar niemand verstorben sein. Ich arbeite bei meinem Mann im Bestattungsinstitut; wir hatten 1998 drei Tote zu beerdigen, die an der CJK-Krankheit verstorben waren. Wie reimt sich das zusammen?

(Vera Jürs CDU)

- A Nun kommt also die Wahrheit ans Licht, wie es schon der französische Premierminister Lionel Jospin vermutete. Wenn man in Deutschland die Schlachtrinder mit dem Schnelltest auf BSE untersuchte, würde man auch fündig werden.

Der Schock ist perfekt. Schon unter den ersten 2000 untersuchten Rindern gab es einen positiven Befund. Und der Bauer aus Schleswig-Holstein schwört natürlich Stein und Bein, er habe als Futter nur Gras und Silage und kein Tiermehl verfüttert.

Endlich macht es sich explosionsartig in den Köpfen der SPD-Politiker breit.

(Oh-Rufe bei der SPD)

Was seit 1986 nicht nur in Großbritannien schwelte und lokal vorhanden sein sollte, gibt es auch in Deutschland.

(Dr. Monika Schaal SPD: Wissen Sie denn, wer da an der Regierung war? – Gegenruf von Ole von Beust CDU: Das war vor 14 Jahren! Das hat sie doch gesagt!)

Wer war denn hier von 1988 bis 1993 Gesundheitssenator? Wer hat etwas für Hamburg getan? Wo ist Herr Runde? Das würde mich einmal interessieren?

(Zuruf: Der tut etwas für Hamburg! Und Oh-Rufe bei der SPD)

Wieviel BSE-krankte Tiere in Deutschland unerkannt in die Nahrungskette gelangt sind, kann man sich gar nicht ausdenken. Schockierenderweise hat bereits 1992 die Amtstierärztin Margit Herbst am Schlachthof Bad Bramstedt bei 21 Rindern BSE diagnostiziert, was sie auch durch Aufnahmen belegen kann. Man möge sich das vorstellen. Die Veterinärin, die den Fall an die Öffentlichkeit bringen wollte und für die Verbraucher votierte, wurde vom Dienst suspendiert. Das Thema wurde totgeschwiegen.

(Glocke)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt (unterbrechend): Frau Abgeordnete, Ihre Redezeit ist abgelaufen.

Vera Jürs (fortfahrend): Ich melde mich später noch einmal zu Wort.

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort hat Herr Zamory.

Peter Zamory GAL: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Frau Jürs, Sie dürfen unserer Solidarität als einsame Ruferin und Vorkämpferin gegen BSE gewiß sein. Sie sagen, daß Sie 14 Jahre lang nicht gehört wurden. Zwei Jahre ist die rotgrüne Bundesregierung im Amt, zwölf Jahre dieser Zeit waren Ihre eigenen Parteigenossen an der Regierung. Wir haben Ihre Stimme da aber nicht so laut vernommen.

(Dr. Holger Christier SPD: Das war schwer zu hören, ja!)

Es ist aber von Ihnen als parteipolitisches Thema hier erörtert worden, und das ist eine Unverschämtheit.

(Beifall bei der GAL und Oh-Rufe bei der CDU)

Ich möchte ein Beispiel anführen: In England hat vor zwei Wochen eine Kommission im Auftrag der Labourregierung

das Umgehen der Thatcher- und Major-Regierung mit BSE untersucht. Zu der Veröffentlichung dieses Kommissionsberichts sind eine Reihe von Angehörigen von Opfern der Creutzfeldt-Jakob-Krankheit nach London gefahren, wo sie erfahren haben, daß sie entschädigt werden. Eine Entschuldigung gab es nicht. Aber die Kommission hat herausgefunden, daß verharmlost wurde, daß vertuscht wurde, daß Wissenschaftler, die beim englischen Landwirtschaftsministerium angestellt waren, unter Druck gesetzt wurden, ihre Erkenntnisse nicht der Öffentlichkeit mitzuteilen.

Wenn Sie so reden, Frau Jürs, dann wünsche ich mir auch für die Bundesrepublik eine solche Kommission, die genau untersucht, wie die Landwirtschaftsminister der CDU in den Ländern und auch im Bund mit dieser Problematik umgegangen sind.

Das Problem ist allerdings sehr ernst zu nehmen und besorgniserregend, weil in der Bundesrepublik bis 1996 800 000 Rinder in die Nahrungskette gelangt sind, an die Tiermehl verfüttert wurde, das nicht nach den strengen deutschen Kriterien mit 130 Grad erhitzt wurde. Es ist auf jeden Fall notwendig – und wir richten jetzt nicht um eine Woche –, daß Tiermehl in Zukunft als Futter für Tiere verboten bleibt, weil der Tierkannibalismus zu der Übertragung von BSE mit beigetragen, ihn möglicherweise sogar verursacht hat.

Das Problem ist, daß wir leider bilanzieren müssen, daß wir wenig bis nichts über die Übertragungswege auf den Menschen wissen und auch wenig Tests zur Verfügung haben, überhaupt an lebenden Kreaturen BSE oder auch die Creutzfeldt-Jakob-Erkrankung nachzuweisen. Das ist das Problem, daß wir diese Unsicherheit im Moment mit der Bevölkerung teilen und aushalten müssen, von der Wissenschaftler sagen, daß wir erst an der Anfangsphase einer Epidemieverbreitung von Creutzfeldt-Jakob-Erkrankungen und BSE stehen.

In diesem Zusammenhang ist es wichtig zu sagen, daß die rotgrüne Bundesregierung überhaupt erstmalig im Jahr 2000 8,3 Millionen DM für die BSE-Forschung zur Verfügung gestellt hat. Im Jahre 2001 werden es 8,5 Millionen DM sein. Die CDU-Regierung hatte überhaupt nichts eingestellt. Das sind die Fakten.

(Uwe Grund SPD: Hört, hört! – Dietrich Wersich CDU: Das ist nicht mal die halbe Wahrheit!)

Aber, wenn wir eine Bilanz ziehen – Herr Schmidt von der SPD hat es schon gesagt, ich möchte das noch einmal wiederholen –, wir stehen im Moment vor dem GAU der industrialisierten Landwirtschaft.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Dieser größte anzunehmende Unfall führt dazu, daß wir auf einer tickenden Zeitbombe leben. Wir wissen nicht, wann, welche Menschen von der Creutzfeldt-Jakob-Krankheit betroffen sein werden. Im Laufe der nächsten 20 bis 30 Jahre werden es vermutlich viel mehr als bisher sein. Das muß man jetzt erst einmal bilanzieren und kann nicht verharmlost werden. Das muß beforscht werden, weil wir wenig darüber wissen.

(Vizepräsident Berndt Röder übernimmt den Vorsitz.)

Es geht nicht nur um den Rindfleischkonsum, der durch die Tiermehlverfütterung billig gemacht wurde und damit sicherlich der Verbrauchernachfrage entgegengekommen

(Peter Zamory GAL)

- A ist – den Preis dafür zahlen wir jetzt –, sondern es gibt auch noch andere Probleme, auf die ich hinweisen möchte: Wie sicher sind zum Beispiel unsere Bluttransfusionen? Bei Transfusionen gibt es nämlich keinen Test zur Erkennung der Creutzfeldt-Jakob-Erkrankung.

Die Maßnahme, Personen, die sich sechs Monate oder länger in Großbritannien aufgehalten haben, von den Blutspenden auszuschließen, ist nicht sehr beruhigend.

(Glocke)

Es muß geforscht und so schnell es geht Klarheit geschaffen werden. Wir müssen sehr genau verfolgen, wie sich die Creutzfeldt-Jakob-Erkrankung auch in Hamburg manifestiert.

(Beifall bei der GAL)

Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Jobs.

Lutz Jobs REGENBOGEN – für eine neue Linke:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es sind nicht die ekligten Würmer in den Fischen, das ätzende Dioxin in den Hähnchen oder die Östrogene in den Kälbern, sondern diesmal sind es die Rindviecher, bei denen es um eine für den Menschen tödliche Krankheit geht. Deshalb ist die allgemeine Aufregung nicht unberechtigt, aber ebenso wenig überraschend.

Wer glaubte, daß BSE vor den deutschen Grenzen haltmacht, nur weil dort ein Schild steht, für den ist in Zeiten der Globalisierung der Vorwurf der politischen Naivität noch harmlos. Es war schlicht unverantwortlich, was alle Landwirtschaftsminister dieses Landes in den letzten Jahren gemacht haben.

B

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Mit dem Slogan „Deutsches Fleisch ist sicher, es ist ein Stück Lebenskraft“ haben die fleischverarbeitende Industrie und die Politik bislang im Schulterschuß die Bundesrepublik zur BSE-freien Zone gemacht. Weil nicht sein kann, was nicht sein darf, wurden warnende Stimmen geflüsternd überhört. Und weil nicht sein muß, was die fleischverarbeitende Industrie und die Landwirtschaft finanziell belastet, wurden obligatorische BSE-Tests für unnötig erklärt und Tiermehlfütterungen nur bei Rindern untersagt, wohl wissend, wie schwierig die tatsächliche Abgrenzung ist.

Es wurden Gefahren auf allen Ebenen vertuscht, denn die Bauernlobby sitzt nicht nur Schleswig-Holstein, sondern auch am Regierungstisch in Berlin. Dabei stehen inzwischen Verbraucherschutz und Landwirtschaft sehr oft im Gegensatz zueinander; aus Lebenskraft ist Lebensgefahr geworden. Diese Praxis muß ein Ende haben. Chemiefabrikanten werden auch aus diesem Grund nicht Umweltminister. Der BSE-Skandal muß auf politischer Ebene Konsequenzen haben. Der Rücktritt von Bauernminister Funke ist lange überfällig; dieser Skandal macht ihn unausweichlich.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Aber auch die Gesundheitsministerin sieht – das muß man wieder sagen – schlecht aus, denn offenbar hat sie mit dem Kanzler die Bundesländer unter Druck gesetzt, um das Importverbot von britischem Rindfleisch aufzuheben. Vor allem hat sie es versäumt, die Fleischtests und damit den Gesundheitsschutz der Bevölkerung durchzusetzen. Auch

Frau Fischer hat sich vor den Rinderkahn spannen lassen und muß Konsequenzen ziehen. C

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Aber machen wir uns nichts vor. Alle politischen Konsequenzen – das sofortige Verbot der Tiermehlfütterung und die Einführung der BSE-Schnelltests – werden keine absolute Sicherheit für Konsumenten schaffen. Das Problem sitzt viel tiefer.

Die Industrialisierung der Landwirtschaft, die mörderische Preiskonkurrenz auf dem Fleischmarkt hat zu einer Form der Produktion geführt, in der die BSE-Gefahr nicht ein bedauernswerter Unfall, sondern eine zwangsläufige Konsequenz darstellt. Wer Tiere auf engstem Raum zusammenpfercht, zu Krüppeln verzüchtet, mit Medikamenten am Leben erhält, mit Hormonen und anderem unnatürlichen, wenn nicht gar perversen Kraftfutter mästet, der schafft eine Realität der Fleischproduktion, die einen solchen Skandal und entsprechende Auswüchse zwangsläufig erscheinen läßt.

Die erwähnten Hormone im Kalbfleisch, die Dioxine im Hähnchen, die Antibiotika in den Schweinen und das BSE beim Rind sind Folgen dieser Tierhaltung. Die Wahrheit ist: Billiges Fleisch ist heute ohne Gesundheitsrisiko nicht mehr zu haben. Unbedenkliche Qualität braucht deshalb eine andere Form der Produktion.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Das Gebot der Stunde ist eine politische Offensive für eine artgerechte Tierhaltung, und zwar nicht nur in der Ökonomie, die jetzt wieder alle entdecken, sondern überall. Dazu braucht es zum Schutz der Konsumenten den Mut der Politik, sich mit einer mächtigen Agrarlobby anzulegen. Alles andere hieße die Kapitulation der Politik, wenn weiter auf eine krankmachende Art und Weise Lebensmittel produziert werden dürfen. D

Lassen Sie uns deshalb alle Einflußmöglichkeiten nutzen, um die Produktionsbedingungen zu verändern. Wir sollten nicht nur wieder an den Symptomen herumdoktern.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Wenn es in der Debatte vereinzelt darum geht, die industrielle Fleischproduktion zu effektivieren und ein bißchen bei der Ernährung zu verändern, dann wird nur ein Grundstein dafür gelegt, daß wir in absehbarer Zeit hier wieder zusammenkommen, um über Sofortmaßnahmen nach dem nächsten Fleischskandal zu debattieren. Diesem Wahnsinn sollten wir ein Ende machen.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort bekommt Senatorin Roth.

Senatorin Karin Roth: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Seit Freitag letzter Woche ist klar, daß Deutschland weder BSE-frei ist noch daß die in der Vergangenheit eingeleiteten Maßnahmen dazu geführt haben, diese Situation zu verhindern. Denken Sie zum Beispiel an das Importverbot und an die Vorschläge für eine verbesserte Kennzeichnungspflicht. Die Maßnahmen haben nicht dazu geführt, daß dieses Land, das meinte, BSE-frei zu sein, nun auch BSE-frei ist.

Diese Situation kommt nicht von heute auf morgen; wir haben lange – das hat Herr Zamory gesagt – über das Thema diskutiert. Wir haben alle gemeint, daß in unserem Land

(Senatorin Karin Roth)

- A zum Beispiel die seit 1994 existierende Vorschrift des Fütterungsverbots befolgt wird, kein Tiermehl bei Wiederkäuern einzusetzen.

Der betroffene Landwirt in Schleswig-Holstein beteuert, daß er diese Vorschrift eingehalten hat. Gleichwohl ist zu prüfen, ob das stimmt oder er Futtermittel gefüttert hat, die nicht in Ordnung waren. Von daher stellen sich aus unserer Sicht nicht nur sehr viele Fragen, sondern dieses Problem muß – das hat Herr Zamory ebenfalls gesagt – wissenschaftlich erforscht werden.

Wir wissen alle, daß die derzeitigen Tests nicht hundertprozentig sicher sind und daß das, was wir jetzt organisieren, notwendig ist, um eine gewisse Sicherheit zu schaffen. Aber es gibt für die Verbraucherinnen und Verbraucher keine hundertprozentige Sicherheit. Es bleibt ein Restrisiko; das müssen wir immer wieder deutlich machen.

Die Verbraucherinnen und Verbraucher können durch bewußtes und informiertes Kaufverhalten dazu beitragen, daß sie zumindest das Risiko einschränken. Dazu gehört, daß wir politisch dafür sorgen, daß die Schnelltests flächendeckend in der Bundesrepublik eingeführt werden. Diese Schnelltests sind aber nur für alle Rinder zuverlässig, die über 30 Monate alt sind. Bei den Rindern, die jünger sind, ist es nicht klar, ob dieser Test tatsächlich eine hundertprozentige Aussage machen kann.

Es ist schwierig, den Verbraucher vor BSE zu schützen. Trotzdem meine ich, daß Rindfleisch aus ökologischer Landwirtschaft mehr Sicherheit bietet als bei Vieh, das mit gekauftem Kraftfutter aufgezogen wurde. Es besteht aber auch dort nur eine relative Sicherheit, solange die tatsächliche Inkubationszeit der Krankheit und die Übertragungswege nicht geklärt sind. Es gibt Erkenntnisse, daß diese vom Schaf über das Rind auf den Menschen erfolgen. Deshalb müssen auch diese Tiere getestet werden.

- B

Der Umstieg auf Geflügel, Schweinefleisch, Fisch oder auch Wild bietet natürlich eine Alternative, die vielleicht bequem ist. Relativ sicher ist man nur bei wild lebenden Tieren. Unsicherheit besteht auch bei Schweinen oder bei Fisch, wenn man nicht weiß, ob sie mit Tiermehl gefüttert worden sind.

Angesichts des von Wissenschaftlern vermuteten Artensprungs – Übertragung von Schafen über Rinder auf Menschen – läßt sich derzeit nicht mit Sicherheit ausschließen, daß auch andere, insbesondere mit Tiermehl gefütterte, Tierarten BSE oder verwandte Krankheitsformen entwickeln und diese auch übertragen können.

Wir müssen angesichts dieses Szenarios fragen, welche Handlungsoptionen wir haben.

Erstens: In Hamburg ist es wichtig, daß wir Sofortmaßnahmen einleiten, um einen erkannten Infektionsweg auszuschalten. Das heißt, die Bundesregierung hat meiner Meinung nach zu Recht beschlossen, daß das Fütterungsverbot von Tiermehl für alle Nutztiere umgesetzt wird und enge Anwendungskontrollen erfolgen.

Zweitens: Der flächendeckende Test – bezogen auf alle Schlachtrinder – soll verhindern, daß das Fleisch von älteren infizierten Rindern in den Handel gelangt. Das Hygiene-Institut unserer Stadt wird neben einem bereits tätigen Institut in Kürze in der Lage sein, die Schnelltests durchzuführen. Damit wird in einer überschaubaren Zeit klar sein, ob es sich derzeit um einen bedauerlichen Einzelfall handelt oder ob es eine relevante Anzahl von BSE-befallenen Tieren gibt.

C Hinzu kommt – das hat Herr Zamory schon gesagt –, daß wir die Erforschung des Krankheitsbildes vorantreiben müssen. Ich bin froh, daß die Bundesregierung hier einen Forschungsschwerpunkt setzt. Es geht auch darum, die Ursachen dieser Krankheit herauszufinden. In diesem Zusammenhang sollte nicht spekulierend gearbeitet werden, um zielgenaue Gegenmaßnahmen zu organisieren.

Letztlich – das geht an uns alle – ist der Verbraucher derjenige, der durch sein Verhalten mit umsteuern kann; das können wir ihm nicht abnehmen. Denn naturnah erzeugte Lebensmittel sind immer noch besser und verträglicher. Deshalb brauchen wir in der Landwirtschaft und im Bereich der Ernährung insgesamt ein Umsteuern, damit das, was wir heute erleben, in der Zukunft ausgeschlossen wird.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort bekommt die Abgeordnete Jürs.

Vera Jürs CDU: Die Frage ist: Wie schützen wir die Verbraucher in Hamburg?

Zunächst möchte ich keine Schuldzuweisung machen, und Polemik sollten wir bei diesem grausamen Thema tunlichst lassen.

(Rolf Lange SPD: Wer hat denn damit angefangen?
– Dr. Holger Christier SPD: Das war Selbstkritik!)

Dennoch möchte ich nicht unerwähnt lassen, daß der Hamburger Senat zugestimmt hat – obwohl es nicht notwendig war –, daß ab 1. April 2000 britisches Rindfleisch wieder nach Deutschland eingeführt werden durfte.

D Ich habe bereits am 6. November – also vor dem Bundeskanzler – mit der Drucksache 16/5019 den Senat gefragt, wie er die Verbraucher in Hamburg vor BSE schützen will.

Dazu gehört die rückhaltlose Aufklärung, daß der Verzehr von Fleisch Risiken birgt; der sofortige Einsatz des BSE-Schnelltests für alle geschlachteten Rinder; Hochdruck bei der Entwicklung neuer Tests, die am lebenden Tier den Nachweis im Blut erlauben; der sofortige Erlass, daß kein Rind mehr geschlachtet werden darf, bevor es 30 Monate alt ist, weil erst dann die Chance besteht, BSE-Erreger nachzuweisen;

(Dr. Martin Schmidt GAL: Kein Kalbfleisch mehr!)

das sofortige, absolute Verbot der Tiermehlverfütterung, der lückenlose Nachweis des Herkunftsortes und vor allem die Intensivierung der Forschung, denn – das sagten Sie schon – man kennt die Infektionswege nicht.

Alle Fraktionen sind gefordert, gemeinsam an einem Strang zu ziehen und zum Wohl der Verbraucher eine optimale Lösung zu finden. Ich könnte noch lange darüber reden, aber es hat hier keinen Sinn.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Hackbusch.

Norbert Hackbusch REGENBOGEN – für eine neue Linke: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Alle, die sich in den letzten Jahren um diese Materie gekümmert haben, wissen, daß es beim Fleisch keine Sicherheit gibt und die Ansteckungsgefahr dementsprechend immer vorhanden ist.

(Norbert Hackbusch REGENBOGEN – für eine neue Linke)

- A Jeder Mensch weiß, daß er damit einigermaßen pragmatisch umgehen muß. Ich selbst habe es auch getan und mir überlegt, welche Informationen vorhanden sind und wie ich damit umgehe. Man kann ja nicht nur die reine Lehre essen,

(Dr. Holger Christier SPD: Pragma-Burger!)

das klappt nicht in der Realität. Vor allen Dingen kann man dies nicht mit Kindern machen.

Eine meiner Maximen war – um für meine Kinder und mich zu entscheiden –, wie ich mit den Informationen umgehe. Die Schwierigkeit bestand darin, daß ich in gewisser Weise geglaubt habe, sicher zu sein, wenn ich beim Metzger Fleisch von einem Rind verlangte, das nicht in einem großen Stall mit 5000 anderen Tieren und im nahen Schleswig-Holstein aufgewachsen ist.

Heute haben wir das Problem, daß genau diese Sicherheit völlig falsch und verlogen war, weil sie die Hauptgefahr für die Krise ist, die wir derzeit beobachten.

Ich verlange von der Regierung nicht, daß sie mir Sicherheit gibt,

(Uwe Grund SPD: Wie wahr!)

aber sie soll alle Informationen zur Verfügung stellen, damit ich mir ein Bild darüber machen kann, was ich esse.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Ich stelle fest, daß die damalige CDU- und auch die heutige rotgrüne Regierung verhinderten, daß wir alle Informationen erhalten haben. Man hat die BSE-Schnelltests verhindert, obwohl sie seit Jahren in Deutschland möglich sind. Das ist der Skandal.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

- B Sie können sagen, man solle cool bleiben, das wüßten Sie schon immer. Die heutige Krise besteht meiner Meinung völlig zu Recht. Das ist mir bei der Lektüre des heutigen „Hamburger Abendblattes“ aufgefallen. Darin schreibt Herr Siebeck – eine der wichtigsten Personen für den Bereich Küche, seine Tips sind äußerst spannend;

(Heiterkeit bei REGENBOGEN – für eine neue Linke – Dr. Martin Schmidt GAL: Ist das Werbung?)

ich koche seine Rezepte sehr gern nach, weil es einfache und gute Gerichte sind –

(Heiterkeit bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

zu dieser Angelegenheit, daß ihm das alles bekannt war. Es sei ihm deutlich geworden – ich zitiere –:

„Die Politiker haben sich in Sachen BSE als eine Bande von Mafiosi decouvriert.“

Einerseits wundern Sie sich darüber, andererseits nehmen Sie aber Ihre Aufgaben, die Sie als Regierung zu erfüllen haben, nicht ernst. Sie ziehen keine Konsequenzen, sondern reden nur von allgemeiner Verantwortung.

Es ist eine Selbstverständlichkeit, daß der Landwirtschaftsminister zurücktreten muß, wenn er noch am 15. November bei der EU in Brüssel verhindert hat, daß flächendeckende BSE-Schnelltests in Europa eingeführt werden. Er hat diese damit verhindert, indem er Deutschland als BSE-frei bezeichnet hat. Ein solcher Mensch muß zurücktreten!

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke und vereinzelt bei der CDU und Zurufe von der CDU: Bravo!)

C Es ist die Aufgabe einer Gesundheitsministerin, die in diesem Land die Verantwortung für die Menschen in diesem Bereich trägt, deutlich zu sagen: Wenn wir diese Tests nicht haben, dann kann ich für die Gesundheit auch nicht einsetzen. Sie kann es im Parlament vielleicht nicht durchsetzen, aber dieses zu sagen, liegt in ihrem Verantwortungsbereich. Sie hat es aber nicht getan, und deshalb muß sie zurücktreten!

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke und vereinzelt bei der CDU)

Es ist notwendig, die politischen Konsequenzen zu ziehen, damit Politik wieder glaubwürdig wird und nicht von einer Bande Mafiosi beherrscht wird. Mit dieser Umgehungsweise wird das Vorurteil nur noch bestärkt. – Danke.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke und vereinzelt bei der CDU)

Vizepräsident Berndt Röder: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aktuelle Stunde beendet.

Ich rufe auf den Tagesordnungspunkt 20: Drucksache 16/5000: Bericht des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses „Vergabe und Kontrolle von Aufträgen und Zuwendungen durch die Freie und Hansestadt Hamburg“.

**[Bericht des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses
„Vergabe und Kontrolle von Aufträgen und Zuwendungen durch die Freie und Hansestadt Hamburg“ – Drucksache 16/5000 –]**

Hierzu liegt Ihnen als Drucksache 16/5136 ein Antrag der CDU-Fraktion vor.

**[Antrag der Fraktion der CDU:
Ergänzung des Petitus zum Bericht des
Parlamentarischen Untersuchungsausschusses
(Band II, Ziffer E) – Drucksache 16/5136 –]**

Wird hierzu das Wort gewünscht? – Das ist der Fall. Der Abgeordnete Frank bekommt es.

Günter Frank SPD: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Am 28. April 1998 hat die Bürgerschaft den Parlamentarischen Untersuchungsausschuß „Vergabe und Kontrolle von Aufträgen und Zuwendungen durch die Freie und Hansestadt Hamburg“ eingesetzt.

Dieser Untersuchungsausschuß hat in der Sache sehr erfolgreich gearbeitet. Der Abschlußbericht ist eine Chance für das Parlament, politisch Einfluß zu nehmen, und eine Aufforderung an die BAGS, an andere Behörden und an den Senat, mit dem Bericht produktiv umzugehen und dort Änderungen vorzunehmen, wo sie notwendig sind.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Dieser Untersuchungsausschuß war einer der arbeitsintensivsten in der Geschichte der Hamburgischen Bürgerschaft. Er hat sich am 7. Mai 1998 konstituiert und in rund zweieinhalb Jahren den von der Bürgerschaft beschlossenen Untersuchungsauftrag von rund elf Untersuchungskomplexen mit 160 Fragen abgearbeitet.

Dabei ging es zentral um den Bereich der Zuwendungsvergabe und -kontrolle in der BAGS, verbunden mit Fragen der Interessenkollisionen, ob es Begünstigungen gegeben hat, zur Stiftungsaufsicht, der Gutachtenvergabe bis hin zu vier Einzelfalluntersuchungen betreffend die HAB/HWB, Ökotech, AJa und die Alida-Schmidt-Stiftung. In der Nach-

(Günter Frank SPD)

- A kriegszeit ist keine Behörde so umfassend untersucht worden wie die BAGS von diesem Untersuchungsausschuß der Hamburgischen Bürgerschaft.

Dieser breit angelegte Untersuchungsauftrag war nur mit einer enormen Arbeitsleistung zu erfüllen. Ein besonderer Dank gilt zunächst dem gesamten Arbeitsstab, der in 30 Monaten mit seiner weit über dem Soll geleisteten Arbeit und seiner Kompetenz diesen Bericht erst ermöglicht hat. Ihnen allen noch einmal herzlichen Dank von dieser Stelle aus.

(Beifall im ganzen Hause)

Dank auch an die Journalisten, die mit uns in dieser Zeit die Freitagabende verbracht und unsere Arbeit berichterstattend begleitet haben. Auch Ihnen herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD, der CDU und bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Meine Damen und Herren! Ihnen sind die meisten Dinge bekannt. Sie haben Teile – davon gehe ich einmal aus – des 2000 Seiten langen Berichtes gelesen. Ich möchte mich daher auf wenige Ergebnisse unserer Arbeit beschränken.

Dem Untersuchungsausschuß liegt es im übrigen fern, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der BAGS in seinem Abschlußbericht diskreditieren zu wollen. Diese Mitarbeiter erfüllen für das Zusammenleben der Menschen in dieser Stadt existentielle Aufgaben.

Im Zentrum unserer Untersuchung stand bei jedem Komplex das Verwaltungshandeln in der BAGS. Das ist nichts Abstraktes, sondern in der alltäglichen und konkreten Ausgestaltung gibt es Maßstäbe, an denen die Qualität des Verwaltungshandelns gemessen und beurteilt wird. Ich nenne einige: Steuerungs- und Kontrollfähigkeit, Effizienz, Transparenz, Chancengleichheit, Rechtmäßigkeit, Kompetenz, Aktenführung und Verantwortung.

- B Das gilt generell und ist unabhängig davon, ob und wieviel Geld bewegt und verantwortet wird. Im Zuwendungsbereich sind es insgesamt rund 1,3 Milliarden DM, davon rund 340 Millionen DM allein in der BAGS bei mehr als 1500 Zuwendungen pro Jahr.

Wie hat sich das Verwaltungshandeln der BAGS in dem genannten Untersuchungszeitraum von 1990, teilweise von 1988, bis 1998 dem Ausschuß in seinen Untersuchungen dargestellt? Ich will es in sechs Punkten benennen.

Erster Punkt: Mangelhafte Steuerungs- und Kontrollfähigkeit der Verwaltung.

Insbesondere im Zuwendungsbereich hat sich gezeigt, daß die notwendige Steuerungs- und Kontrollfunktion der Verwaltung verlorengeht, wenn die Zuwendungssachbearbeitung ineffizient, nicht zeitnah und nur unter Regelverletzungen erfolgt oder erfolgen kann. Wenn vom Zuwendungsantrag bis hin zur Verwendungsnachweisprüfung zeitlich alles verspätet – teilweise erst Jahre später –, vorläufig oder gar nicht erfolgt, fehlt die Grundlage für die Steuerung und die Kontrolle der Zuwendungsvergabe sowie der Mittelverwendung. Hier sind insbesondere die Komplexe HAB und AJa zu nennen.

Zur Frage der Steuerungs- und Kontrollfunktion gehören auch die Aspekte der teilweise unzureichenden Kompetenz der Zuwendungssachbearbeitung und die – wodurch auch immer bedingte – mangelnde Wahrnehmung der Fachaufsicht durch das Fachamt beziehungsweise durch die Fachabteilung. Das läßt sich für den Bereich Stiftungsaufsicht

feststellen. Im Zusammenhang mit der AJa ist dies seitens der Fachabteilung AO 2 in eklatanter Weise erfolgt.

Zur Frage der Steuerungsfähigkeit gehört insbesondere im Zusammenhang mit der HAB/HWB, daß die notwendigen Grundsatzentscheidungen, die sich aus dem Spannungsverhältnis des Zuwendungs- und Handelsrechts ergaben, vom zuständigen Fachamt SR über Jahre hinweg nicht getroffen worden sind, obgleich dies möglich und notwendig gewesen wäre.

Der Untersuchungsausschuß fordert im Teil Konsequenzen ein Verfahrens- und Fachcontrolling, das diese Mängel beseitigt und sicherstellt, daß die fachlichen Vorgaben beziehungsweise der Zuwendungszweck erreicht werden. Dafür ist das von der BAGS eingeführte EDV-Programm INEZ unerlässlich.

Zweiter Punkt: Transparenz in den Haushaltsplänen.

Der Untersuchungsausschuß fordert im Zusammenhang mit den Zuwendungen eine wesentliche Verbesserung der einzelplanorientierten Informationen, um die Transparenz sowie die Kontrollmöglichkeiten für die Bürgerschaft zu erhöhen. Der Ausschuß hat sich ausdrücklich gegen einen jährlichen Zuwendungsbericht ausgesprochen, der nach Auffassung des Ausschusses nur ein zentralisiertes Zahlenwerk darstellt, aber die wichtigen Merkmale, auf die es ankommt, nämlich Qualitätssicherung, Erkenntniswert und Steuerungsrelevanz, nicht erfüllen kann. Gefragt sind dezentralisierte und outputorientierte Steuerungssysteme.

Die Ausschußempfehlung geht noch darüber hinaus. Die Bürgerschaft soll in Zukunft auch Kenntnis über Ziel- und Leistungsvereinbarungen mit Zuwendungsempfängern sowie über den Grad der Zielerreichung bekommen können.

Dritter Punkt: Aktenführung.

Relativ bald wurde die in weiten Teilen sehr mangelhafte und völlig ungeordnete Aktenführung deutlich. Akten fungieren als Gedächtnis der Verwaltung, können dieses aber nur dann leisten, wenn sie a) existieren und b) wieder auffindbar sind. Akten haben zugleich eine Kontroll- und Schutzfunktion und dienen der Kontinuität. Der Untersuchungsausschuß fordert in seinem Abschlußbericht die BAGS auf, die Aktenführung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erheblich zu verbessern,

(Dietrich Wersich CDU: Und der Leitung!)

und ersucht den Senat, die Aktenführung in anderen Behörden zu überprüfen.

Vierter Punkt: Rechtsverstöße insbesondere gegen das Verwaltungsverfahrensgesetz.

Diese sind bei handelnden Personen im wesentlichen im Zusammenhang mit der über Jahre nicht oder nur unzureichend geregelten Frage der Interessenkollision entstanden, aber auch dadurch, daß wie beim Sammelbescheid für die HAB der Amtsleiter AO wegen seiner früheren Tätigkeit bei der HAB nicht hätte tätig werden dürfen, ebenso die frühere Sozialsenatorin, die als vom Verwaltungsverfahren ausgeschlossene Person für die Behörde ebenfalls nicht hätte tätig werden dürfen.

Der Untersuchungsausschuß kritisiert in seinem Bericht, daß die Frage der Interessenkollision im Untersuchungszeitraum keine rechtliche Lösung erfahren hat. Er fordert den Senat darüber hinaus auf, disziplinarrechtliche Ermittlungen aufzunehmen. Er fordert den Senat weiter auf, über die Erfahrungen mit den neuen Dienstvorschriften von Frau

(Günter Frank SPD)

- A Senatorin Roth zu berichten und die Hamburger Rechtslage bezüglich bestimmter Aspekte zu präzisieren.

Fünfter Punkt: Begünstigung.

Begünstigung im Sinne von Bevorzugung und Benachteiligung bei der Vergabe von Zuwendungen und auch Stellenbesetzungen durch sachfremde Kriterien, wie zum Beispiel die Parteizugehörigkeit zur SPD. Das wird weitläufig unter Filz verstanden.

Zu untersuchen war, ob es so etwas im Zusammenhang mit der Vergabe und Kontrolle von Zuwendungen im Untersuchungszeitraum von 1988 bis 1998 in den Bereichen gab, die uns die Bürgerschaft als Untersuchungskomplexe zugewiesen hat.

Der Untersuchungsausschuß kann nicht einen einzigen Fall nachweislich dokumentieren, wo die Vergabe von Geldern oder auch eine Stellenbesetzung durch eine Funktion oder Mandatsträgerschaft in der SPD begünstigt worden ist.

(Dietrich Wersich CDU: Darüber lacht die ganze Stadt!)

– Warum werden Sie denn bei diesem Thema nervös?

(Bernd Reinert CDU: Nein, warum bleiben Sie so ruhig?)

– Hören Sie doch zu. Sie bekommen doch noch das Wort.

Der Arbeitsstab hat dem Ausschuß als Ergebnis seiner intensivsten Arbeit Formulierungen vorgelegt, die von den Koalitionsfraktionen mit keiner Zeile, Herr Wersich, verändert worden sind.

(Beifall bei der SPD)

- B In mehreren Komplexen heißt es:

„Die Probleme, die sich bei der Zuwendungsvergabe ergaben, lagen jedoch nicht im Bereich einer übereinstimmenden Parteizugehörigkeit von beteiligten Personen.“

Oder an einer anderen Stelle:

„Auch bei diesem Themenbereich konnte nicht festgestellt werden, daß die Parteizugehörigkeit von beteiligten Personen eine Rolle gespielt hätte.“

(Beifall bei der SPD)

Das ist das Ergebnis des Untersuchungsausschusses, der auf der Grundlage einer sehr genauen Beweiserhebung gearbeitet hat, meine Damen und Herren. Wie gesagt, nicht von den Koalitionsfraktionen vorgelegt, sondern vom Arbeitsstab als Ergebnis seiner intensivsten Arbeit. Filz ist kein Kennzeichen Hamburger Verwaltung, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD – Lachen bei der CDU)

Und wenn Sie sich darüber lustig machen, dann sage ich Ihnen, dann reden wir über zwei verschiedene Dinge, die aber eines gemeinsam haben: Das „W“ haben wir gemeinsam. Sie reden über Wahlkampf, und ich rede über Wahrheiten.

(Beifall bei der SPD – Oh-Rufe bei der CDU)

Meine Damen und Herren, das ist das Ergebnis in der Sache.

Ein letzter Punkt. – Betroffene.

(Bernd Reinert CDU: Sie machen Witze!)

Dieser Untersuchungsausschuß war der erste, der auf der Grundlage eines Untersuchungsausschußgesetzes gearbeitet hat. Aufgrund der Erfahrungen mit diesem Gesetz hält der Untersuchungsausschuß eine Überarbeitung, insbesondere auch im Hinblick auf die Regelung zum Betroffenenstatus, für notwendig. Der Ausschuß hat unter strenger Beachtung des Untersuchungsausschußgesetzes für die Personen die Betroffenenfeststellung getroffen und ihnen damit Gelegenheit zu einer Stellungnahme gegeben, über die im Abschlußbericht eine negative Äußerung abgegeben worden ist. Liegt eine Wertung dieser Art nicht vor, sind die Voraussetzungen für eine Betroffenenfeststellung nicht erfüllt.

Lassen Sie mich an dieser Stelle darauf hinweisen, weil das in der Öffentlichkeit immer eine gewisse Aufmerksamkeit hat und in der heutigen Debatte ebenfalls eine Rolle spielen wird, daß die Arbeit des damaligen Sozialsenators – das können Sie alles in diesem Bericht lesen –, Herrn Runde, in der vom Arbeitsstab vorgelegten Bewertung nicht kritisiert wird,

(Dietrich Wersich CDU: Ganz klasse war das!)

daß ihm bezüglich seiner Leitungsfunktion keine Fehler vorgehalten werden, Herrn Runde im Zusammenhang mit den Anforderungen des Verwaltungsverfahrensgesetzes ausdrücklich bestätigt wird, daß er konsequent gehandelt hat, und daß der Bericht im Zusammenhang mit der AJa ausdrücklich festhält, daß den damaligen Sozialsenator kein Vorwurf trifft, nicht konsequent oder zu zögerlich auf die Vorwürde reagiert zu haben. Dieser zunächst vom Arbeitsstab und dann vom Ausschuß beschlossene Untersuchungsteil ist von den Koalitionsfraktionen mit keiner Silbe verändert worden. Der Untersuchungsausschuß hat die Frage von Verantwortlichkeiten sehr differenziert untersucht, benannt und auch dokumentiert. Daran mangelt es, meine Damen und Herren, in diesem Abschlußbericht des Ausschusses in keiner Weise. Für den Untersuchungsausschuß ist der damalige Senator, Herr Runde, ganz eindeutig nicht Betroffener.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren! Auch wenn die politische Bewertung – wie man hier ja auch jetzt schon hört – des Ausschlußberichtes unterschiedlich ausfällt, so ist er von seiner inhaltlichen Leistung her ein sehr wichtiger, vielleicht sogar ein bemerkenswerter. Der Untersuchungsausschuß hat Verwaltungshandeln schon verändert, wenn man sich die letzten zweieinhalb Jahre hier in Hamburg anschaut, und er wird Verwaltungshandeln auch weiterhin verändern, und daß etwas verändert werden muß, daran läßt dieser Bericht auch gar keinen Zweifel.

Der Bericht richtet sich inhaltlich nicht nur an die Behörden und den Senat, sondern auch an die Bürgerschaft selbst und problematisiert noch einmal die Möglichkeiten der Abgeordneten, ihre parlamentarische Kontrollfunktion unter den Bedingungen „Neuer Steuerungsmodelle“ und des Abgeordnetenstatus wahrzunehmen. Es liegt jetzt auch bei der Bürgerschaft, mit diesem Untersuchungsausschußbericht umzugehen und auch mit dem Bericht, den der Senat bis spätestens 15. Mai 2001 vorlegen soll. Der Ausschlußbericht hat es verdient, daß mit ihm sachlich und fair umgegangen wird. Auch in der kommenden Debatte hier und heute. – Schönen Dank.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort erhält die Abgeordnete Blumenthal.

C

D

A **Antje Blumenthal** CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Vielen Dank, Herr Frank, daß Sie mich noch einmal darauf hinweisen, daß ich freundlich und fair hier sein soll.

(Dr. Holger Christier SPD: Ist in Ordnung!)

Seien Sie man unbesorgt. Wir haben eine andere Sichtweise in diesem Ausschuß, und das wissen Sie auch. Sie werden mir auch gestatten, daß ich unsere Position hier noch einmal versuche, deutlich vorzutragen. Ich glaube, das ist nicht nur die Aufgabe der Opposition, sondern das ist auch die Aufgabe nach zweieinhalb Jahren Arbeit in diesem Ausschuß, wie Sie hier sehr deutlich dargestellt haben.

(Dr. Holger Christier SPD: Das ist unbestritten!)

Ich habe in diesem Ausschuß nicht nur gelernt zu lesen – das konnte ich vorher, und das habe ich vorher auch gerne getan –, muß aber zugeben, daß mir in diesen zweieinhalb Jahren das Lesen manchmal schwergefallen ist. Sie haben selbst gesagt, nicht nur, wie dick der Bericht ist, die Protokolle und alles, was dazukommt, aber es hat mich auch interessiert, was eigentlich in der Vergangenheit war. Deswegen möchte ich Ihnen gerne etwas vorlesen:

„Die SPD ist in dieser Stadt seit mehr als 40 Jahren an der Regierung.“

(Barbara Duden SPD: Durch demokratische Wahlen!)

– Hören Sie mal genau zu, die Worte holen Sie alle wieder ein. –

B „Ich wünschte gelegentlich, wie wären ein bißchen mehr Parteibuchstaat in Hamburg, als wir es tatsächlich sind, denn, Genossinnen und Genossen, es kann für mich keine Zweifel geben, daß sozialdemokratische Politik von nichtsozialdemokratischen leitenden Beamten, wenn sie böswillig sind – was ich nicht allen unterstelle, im Gegenteil, den allerwenigsten –, konterkariert werden kann. Daran kann kein Zweifel sein. Deshalb, denke ich, ist es legitim, über die Besetzung von leitenden Beamtenpositionen neben Qualitätsmerkmalen auch über das Moment sozialdemokratisch nachzudenken.“

Nun stelle ich an Sie die Frage, wer das gesagt hat.

(Erhard Pumm SPD: Blumenthal!)

– Ja, Blumenthal ist aber kein Bürgermeister und keine Parteivorsitzende. Das war Ihr Bürgermeister Klose auf einem Parteitag Ihrer Partei im April 1974.

(Beifall bei der CDU)

Aber ich kann Ihnen noch mehr vorlesen. Vielleicht hören Sie mal weiter zu. Im „Stern“ Nummer 40 von 1973:

(Dr. Rolf Lange SPD: Noch etwas Aktuelles!)

– Ja, es ist immer noch aktuell. Das ist ja das Schöne, Herr Dr. Lange. –

(Beifall bei der SPD)

„In Hamburg herrschen die Sozialdemokraten.“

– Stimmt. –

„Sie verteilen das Geld und die Posten.“

– Stimmt auch. –

„Sich selbst vergessen sie dabei nie.“

C – Stimmt auch. Und der Stern-Redakteur Wolfgang Bartels schildert, weshalb in Hamburg nur Karriere macht, wer ein Genosse ist. Ich wiederhole: Der „Stern“ schreibt ganz richtig: Sie verteilen das Geld und die Posten, und damit kommen wir zum Thema, meine Damen und Herren.

Der Machtmißbrauch der ehemaligen Senatorin Fischer-Menzel durch die Bevorzugung der Stiftung ihres Ehemannes, der Alida-Schmidt-Stiftung, wo er Geschäftsführer ist, führte nicht nur zum Rücktritt der Senatorin Fischer-Menzel, sondern war Anlaß für die CDU, einen parlamentarischen Untersuchungsausschuß zu fordern. Ich weise hier noch einmal darauf hin, daß es der 39. Untersuchungsausschuß während Ihrer Regierungszeit in dieser Stadt ist. Soweit zu dem Thema Verfehlungen in dieser Stadt.

(Dr. Rolf Lange SPD: Das ist doch nicht von uns beantragt worden!)

– Herr Dr. Lange, irgendwie mißverstehen Sie das Ganze. Ich dachte immer, ein Untersuchungsausschuß soll Mißstände aufdecken, und dieser Untersuchungsausschuß hat auch Mißstände aufgedeckt. Hören Sie nur zu.

(Beifall bei der CDU)

D Der Fall von Frau Helgrit Fischer-Menzel sollte mit anderen Filzfällen durch die umfassende Untersuchung der BAGS und ihrer politischen Führung aufgeklärt werden. Das heutige vorliegende Ergebnis des PUA hat ein für uns erschreckendes Bild über den Zustand der Hamburger Verwaltung am Beispiel der BAGS zutage gebracht, wie wir es uns in den schlimmsten Vorstellungen haben nicht träumen lassen. Herr Frank hat hier ja nur einen kurzen Überblick zur Aktenführung und ähnlichem gegeben. Ich darf Ihnen sagen, daß die CDU fast 48 Anfragen zu dem Thema Verwendungsnachweise gestellt hat. Es hat eine Eingabe einer Angestellten der BAGS gegeben, die sich über die Zuwendungssachbearbeitung beschwert hat. All dieses war Thema, und Sie tun heute so, als sei das das alleinige Ergebnis des Untersuchungsausschusses, daß wir zu diesen Ergebnissen gekommen sind.

Dieses ist seit 1988 bekannt. Lesen Sie die Berichte des Rechnungshofes, lesen Sie die Berichte der Innenrevision, die von Bürgermeister Runde als damaligem Sozialsenator selbst eingerichtet worden ist. Wenn die schlichte Beachtung dieser Berichte, die Kritik, die Beanstandungen, die Anregungen und die Verbesserungsvorschläge umgesetzt worden wären, würden wir hier heute nicht stehen müssen und nicht vor diesem Desaster stehen, wie es zur Zeit ist.

(Beifall bei der CDU)

In Ihrer unendlichen Weisheit, meine Damen und Herren, haben Sie von dem Ihnen formal zustehenden Recht, den Ausschußvorsitz zu besetzen, natürlich entgegen allen Warnungen Gebrauch gemacht.

(Ole von Beust CDU: So sind sie!)

Die Befürchtungen durch das Beharren der SPD auf die Besetzung des Ausschußvorsitzes haben sich leider bestätigt. Der Vorsitzende des Untersuchungsausschusses ist seiner Verpflichtung zur parteipolitischen Neutralität nicht nachgekommen.

(Beifall bei der CDU – Horst Schmidt SPD: Frecheheit!)

Dies wurde in seiner Verhandlungsführung während der Zeugenvernehmungen, der Obleutegespräche, seiner par-

(Antje Blumenthal CDU)

- A teipolitisch motivierten Prüfaufträge zu CDU-Pressekonferenzen der CDU-Mitglieder im Untersuchungsausschuß, der Unterdrückung ...

(Günter Frank SPD: Nur einmal!)

– Nur einmal? Das war die erste Pressekonferenz, Herr Frank. Ich muß nicht übertreiben. Das war ausdrückliches Thema. Sie sollten sich erinnern, wie Sie gehandelt haben, und die Mitglieder des Arbeitsstabes haben leidvolle Erfahrungen damit gemacht. –

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

... Unterdrückung von Beweisanträgen sowie der politisch motivierten Zurückhaltung bei der Wahrnehmung der Interessen des Ausschusses gegenüber dem Senat sehr deutlich. Ihre Parteilichkeit zeigte sich auch besonders klar bei der Zeugenvernehmung des Ersten Bürgermeisters. Ein besonders schwerer Mißbrauch der Rolle als Vorsitzender war die Herabwürdigung des Zeugen Meiers in der Öffentlichkeit, nachdem dieser Herrn Runde schriftlich belastet hatte. Sehr merkwürdig, muß ich sagen.

(Günter Frank SPD: Unsinn!)

Sie haben eine Presseerklärung dazu herausgegeben.

Außerdem hat der Vorsitzende die Klärung der Frage, welche Rolle politische Funktions- und Mandatsträger bei der Vergabe und Kontrolle von Zuwendungen gespielt haben, unterdrückt. Es entstand hier deutlich der Eindruck, daß Herr Frank ausschließlich als SPD-Obmann aufgetreten ist und seine Parteigenossen schützen wollte.

(Beifall bei der CDU – Dr. Rolf Lange SPD: Unverschämt!)

- B Die Doppelrolle als Vorsitzender und SPD-Obmann hat damit der Erfüllung des Untersuchungsauftrages geschadet.

Aber es geht noch weiter, meine Damen und Herren. Die Rolle Bürgermeister Rundes in der Zeit nach Einsetzung des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses „Filz“ im Frühjahr 1988 gleicht merkwürdigerweise dem dargestellten Verhalten von Herrn Frank.

Herr Frank, Sie wollten nicht den Filz in der Behörde und die Zuwendungsvergabe untersuchen, sondern Sie wollten CDU-Pressekonferenzpapiere durch den Arbeitsstab und nicht durch Ihre eigenen Mitarbeiter Ihrer Fraktion untersuchen lassen. Dies ist – Gott sei Dank – verhindert worden.

Aber was hat Herr Runde im Februar 1999 gemacht? Der Parlamentarische Untersuchungsausschuß war schon über ein halbes Jahr im Amt. Herr Runde stand, glaube ich, ein oder zwei Wochen vor der Zeugenvernehmung im PUA. Zu diesem Zeitpunkt fanden sich Unterlagen über die CDU in der Senatskanzlei, und mit dieser Dreistigkeit setzt der Bürgermeister Runde die Tradition vorheriger SPD-Bürgermeister in Hamburg nahtlos fort.

Ich darf daran erinnern, Herr Runde – Sie waren immer dabei –, in der Vergangenheit sind bereits Dossiers über den damaligen Landesvorsitzenden der F.D.P., Robert Vogel, und auch des damaligen Oppositionsführers Hartmut Perschau erstellt worden. Das war übrigens – hören Sie gut zu, meine Damen und Herren von der GAL – zu Zeiten der Koalition. So geht man mit Koalitionspartnern um. Jedes Mal befanden sich diese Unterlagen nicht etwa in der Parteizentrale, immer zufällig in der Senatskanzlei. Soweit zur Trennung von Partei und Staat.

Meine Damen und Herren von der GAL, Herr Hackbusch gehört ja nicht mehr zu Ihnen, aber in der BAGS hat sich trotzdem nichts geändert, als Herr Hackbusch noch Koalitionspartner war. Auch dort gab es wertende beziehungsweise abwertende Äußerungen auf Große Anfragen Ihres ehemaligen Fraktionskollegen und damaligen Koalitionspartners Hackbusch. Die Beamten in der BAGS haben auch im vergangenen Jahr noch nicht gelernt, daß sie parteipolitische Zurückhaltung am Arbeitsplatz sicherzustellen haben. Herr Dr. Schmidt, vielleicht wollen Sie deshalb so stark das erweiterte Akteneinsichtsrecht, damit Sie es dann selbst kontrollieren, ob es denn überall so umgesetzt wird.

Die Liste der Verfehlungen und der Verfilzungen ließe sich endlos verlängern. Ich sagte Ihnen schon, daß ich viel gelesen habe.

(Antje Möller GAL: Wovon sprechen Sie? – Petra Brinkmann SPD: Sie erzählen doch viel!)

– Ja, es nervt, das kann ich mir vorstellen. Das würde mir auch weh tun.

(Beifall bei der CDU)

Wenn es langweilig ist, brauchen Sie nicht dazwischenrufen. Dann üben Sie sich in Geduld, und Sie können ja antworten.

(Beifall bei der CDU)

Aber keine Sorge, ich komme jetzt zu den Konsequenzen, und da wird es richtig interessant. Da können Sie vielleicht tatsächlich noch etwas lernen. Es ist nämlich ganz einfach: Trennen Sie Partei und Staat, denn die Stadt gehört nicht der SPD, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Distanzieren Sie sich als SPD und dort auch auf der Senatsbank von derartigem Fehlverhalten, und erklären Sie hier und heute, daß es derartige Dossiers in den Behörden nicht mehr geben wird.

(Beifall bei der CDU)

Nutzen Sie die vorhandenen Instrumente des Landesrechnungshofs und der Innenrevision. Legen Sie die Berichte nicht weg, meine Damen und Herren von der Senatsbank, sondern lesen Sie sie und setzen Sie sie endlich um. Denn das, was Sie in der Vergangenheit gemacht haben, Frau Senatorin Roth, hätte schon vor zehn Jahren in die Wege geleitet werden müssen. Dann wäre dieses alles nicht passiert.

(Beifall bei der CDU)

Herr Runde, Sie haben 1998 in einem Artikel in der „Zeit“ gesagt, wenn es Filz in Hamburg gibt, dann wären Sie eine geadelte Filzlaus. So wörtlich in der „Zeit“ gebracht. Ich möchte Ihnen einiges dazu sagen.

(Zurufe von der SPD)

Ich möchte dieses gerne am Beispiel Ihrer Vita deutlich machen. Sie sind 1970 als Wissenschaftlicher Angestellter in die Behörde für Arbeit und Soziales eingetreten. 1978 sind Sie Leiter für Heime geworden, 1981 sind Sie Leiter des Amtes SR geworden, 1988 sind Sie Senator der BAGS geworden, 1993 Finanzsenator und 1997 Bürgermeister.

(Beifall bei der SPD – Dr. Martin Schmidt GAL: Und wann wurde er Bürgermeister?)

– Haben Sie ja gerade gehört. Eine erstaunliche Karriere, aber wenn Sie jetzt noch die Parteikarriere daneben legen,

(Antje Blumenthal CDU)

- A denn das ist ja Filz: 1976 Mitglied des Landesvorstandes, vom November 1978 bis April 1983 stellvertretender Landesvorsitzender und von April 1983 bis Juli 1988 Landesvorsitzender.

(Holger Kahlbohm SPD: Frau Blumenthal, Sie werden albern!)

Eine erstaunliche Karriere. Es zeigt sich nämlich eines: Alle diese Vorgänge, die ich Ihnen vorgelesen habe, der Bericht des „Stern“, das Zitat Ulrich Kloses, die drei Dossiers, die in dieser Zeit erstellt worden sind, zeigen ganz genau, daß Sie, wie Sie selbst sagen, als geadelte Filzlaus überall mitgewirkt haben, Herr Bürgermeister Runde.

(Beifall bei der CDU)

Sie haben jedes Ihrer Ämter dazu mißbraucht, weil Sie nicht in der Lage waren oder nicht sein wollten, eine strikte Trennung von öffentlichen Ämtern und Parteimandaten wahrzunehmen. Sie haben – das zeigt das Dossier über die CDU aus dem Frühjahr 1999 nach Einsetzung des Untersuchungsausschusses – nichts hinzugelernt. Sie sind nicht in der Lage, dort eine Grenze zu ziehen, wo die Partei aufhört und der Staat anfängt. Das werfen wir Ihnen vor, und dazu fordern wir Sie auf, diese Grenze endlich wieder zu erkennen und auch zu ziehen. Das erwartet nicht nur die CDU-Fraktion, das erwartet vor allen Dingen der Bürger und die Öffentlichkeit. Fragen Sie sie nach dem Filz in Hamburg. Es wird Ihnen jeder bestätigen. Sie sind seit über 40 Jahren hier an der Regierung. Kennzeichen für Filz sind Ämterpatronage, Machtmißbrauch und Parteibuchwirtschaft. Damit Sie nur einmal sehen, wie aktuell dieses Thema heute noch ist ...

(Glocke)

- B **Vizepräsident Berndt Röder** (unterbrechend): Frau Abgeordnete, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Grund?

Antje Blumenthal (fortfahrend): Nein, gestatte ich nicht. Herr Grund war nie im PUA; deswegen brauche ich ihm auch nicht zu antworten.

(Unmutsäußerungen bei der SPD)

Das Original Hamburger Filz, die unendliche Liste – alle Staatsräte, alle Bezirksamtsleiter, alle höheren Beamten – ist so aktuell wie vor einigen Jahren, und ich hoffe, daß sich dieses bald ändert.

(Langanhaltender Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort bekommt die Abgeordnete Dr. Freudenberg.

(Dietrich Wersich CDU: Sind wir gespannt, Frau Dr. Freudenberg!)

Dr. Dorothee Freudenberg GAL: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Blumenthal, bei dem Niveau dieser Rede, denke ich, bleiben Sie noch eine Weile in der Opposition, und wahrscheinlich wird die SPD weiterhin regieren, weil sie ja gewählt ist.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Wozu haben wir dann all die Arbeit gemacht, wenn das dann ihr Ergebnis ist?

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren! Wir haben sehr viel gearbeitet. Wir sind froh, glücklich, daß dieser dicke Bericht vorliegt. Die Arbeit ist also getan. Der Bericht ist sehr kritisch, und er steckt voller sehr bedenklicher Ergebnisse. In allen untersuchten Bereichen haben wir schwere Mängel und Mißstände festgestellt. Das haben die Zeugenbefragungen ergeben

(Ole von Beust CDU: Keiner hat schuld!)

zu den Komplexen Alida-Schmidt-Stiftung, AJa, HAB und Ökotech, und auch die Bereiche, die wir nur nach Aktenlage untersucht haben: Stiftungsaufsicht, Gutachtenvergabe und Mittelvergabe an die Bezirke.

(Ole von Beust CDU: Schuld haben die Beamten!)

Überall lautet der gleiche Befund. Die Verwaltung war schlampig und hat in vielerlei Hinsicht gegen geltendes Recht und Gesetz verstoßen.

(Karl-Heinz Ehlers CDU: Von wo stinkt der Fisch?)

Verstoßen wurde gegen die Landeshaushaltsordnung, gegen das Beamtengesetz, gegen das Hamburgische Verwaltungsverfahrensgesetz zur Vermeidung von Interessenkollision. All dies ist in dem Bericht in aller Deutlichkeit dargelegt.

Oft verlief in Hamburg die Auftrags- und Zuwendungsvergabe nach dem Motto: Man kennt sich, man trifft sich halt.

(Dietrich Wersich CDU: Wo denn? Wer denn?)

Meine Damen und Herren, das war so, aber die Sache ist kompliziert, es hatte nicht immer etwas mit dem Parteibuch zu tun. Nicht immer. Wir haben zum Beispiel den Komplex Alida-Schmidt-Stiftung. Es ist oft einfach Ausdruck einer schlampigen Verwaltung. Bei der Alida-Schmidt-Stiftung war es so, daß der Auftrag zunächst an die Guttempler vergeben wurde. Das hat mit der SPD überhaupt nichts zu tun, aber man kannte sich, man traf sich,

(Antje Möller GAL: Das ist egal!)

man fragte, wollt ihr das jetzt nicht mal so machen?

Aus dieser, man könnte fast sagen, Guttempler-Affäre ist dann halt die Ehegatten-Affäre von Frau Fischer-Menzel geworden.

Wir haben auch festgestellt, daß diese informellen Strukturen, die das Verwaltungshandeln bestimmt haben, überproportional häufig mit der gemeinsamen Parteizugehörigkeit zusammenhängen. Das haben wir auch festgestellt. Die Tatsache, daß in keinem einzigen Fall 1 zu 1 wirklich Filz als alleiniger Grund für eine Auftragsvergabe oder eine Postenvergabe nachgewiesen werden konnte, heißt aber nicht, daß es nicht solche Strukturen gibt.

(Bernd Reinert CDU: Das wird ja alles dokumentiert!)

Alles ist nicht so einfach.

Frau Blumenthal, es reicht ja nicht, wenn Sie hier aufgeregt durch die Stadt rennen und immer Filz, Filz schreien.

(Beifall bei der GAL)

Das sagt wenig. Der Gipfel Ihrer Erkenntnis ist, daß in dieser Stadt sogar der Bürgermeister dieser Partei angehört. Da frage ich mich wirklich, wo sind wir denn?

(Beifall bei der GAL und der SPD – Dr. Holger Christier SPD: Mitglied einer Partei!)

C

D

(Dr. Dorothee Freudenberg GAL)

- A Sie rennen hier rum und skandalisieren, daß die Senatoren sogar der SPD angehören. Ja, wo sind wir denn hier?

(Beifall bei der SPD)

Wenn Sie endlich irgendwann einmal regieren können, Frau Blumenthal – ich glaube nicht, daß wir es irgendwann erleben, daß das in Hamburg passiert –, aber wenn die CDU einmal regiert, wird sie vielleicht Gregor Gysi zum Senator machen,

(Beifall bei der SPD und der GAL – Ole von Beust CDU: Der wäre nicht der Schlechteste!)

damit ja nicht der Filzvorwurf kommt. Es kann doch nicht wahr sein, daß das der Gipfel Ihrer Erkenntnis ist. Das ist ja fürchterlich.

Wir haben im Abschlußbericht gemeinsam deutlich gemacht und auch sehr oft mit den Zeugen darüber diskutiert, daß die Verwaltung unter pingeliger Einhaltung bestehender Rechte und Vorschriften sämtliche Aufgaben hätte lösen können. Das wäre gut möglich gewesen.

Wir GAL-Abgeordnete haben bei uns selbst festgestellt, daß wir im Laufe dieser Untersuchungen immer preußischer geworden sind, immer preußischer gesehen haben, daß die Verwaltung einfach nach geltendem Recht und Gesetz arbeiten muß. Wir haben uns immer mehr an Max Weber orientiert, der 1919 formuliert hat, wie das moderne Beamtentum auszusehen hat, und das gilt noch heute.

„Das moderne Beamtentum zeichnet sich aus durch eine spezialistisch, durch langjährige Vorbildung fachgeschulter, hochqualifizierter und geistiger Arbeiterschaft mit einer im Interesse der Integrität hochentwickelten ständischen Ehre, ohne welche die Gefahr furchtbarer Korruption und gemeinen Banausentums als Schicksal über uns schweben und auch die rein technische Leistung des Staatsapparates bedrohen würde.“

B

(Erhard Pumm SPD: Das mit dem Banausentum müssen wir noch mal besprechen!)

Das gilt noch heute.

(Beifall bei der GAL)

So preußisch ist die hamburgische Verwaltung nicht, aber wir wollen dazu beitragen, daß sie es wieder wird.

(Vereinzelter Beifall bei der GAL)

Das wollen wir in der GAL, aber wir wollen noch mehr als die alten Preußen, zum Beispiel ein Akteneinsichtsrecht. Das wollten die nicht. Wir wollen ein Akteneinsichtsrecht, um selbst in der Verwaltung nachschauen zu können, was uns interessiert. Das wollen wir zielgerichtet tun können. Wir wollen – im Gegensatz zur CDU – keinen Zuwendungsbericht über alle diese Zuwendungen. Wir haben also keine Lust, lastwagenweise Papier abzuholen und das durchzuwühlen. Ich weiß auch gar nicht, wie Sie das schaffen wollten, wo Sie dauernd beklagt haben, daß Sie auch die Arbeit im PUA nicht leisten konnten wegen Ihrer vollen Berufstätigkeit. Das haben wir auch bitter gemerkt.

(Vereinzelter Beifall bei der GAL)

Während der PUA arbeitete, hat die Senatorin, Frau Roth, schon einige Regelungen und Dienstvorschriften erlassen, die als Konsequenzen der Arbeit des PUA angesehen werden können, zum Beispiel zu einer neuen Gremienbesetzung, um eben Interessenkollisionen zu vermeiden. Wir begrüßen dies und warten gespannt auf den auswertenden Bericht, den wir Mitte Mai haben wollen und in dem wir auch

dargestellt haben wollen, wie sich weitere Konsequenzen, die wir aus unserer Arbeit formuliert haben, auswirken und wie das umgesetzt werden kann. Wir werden das dann, denke ich, Ende Mai nächsten Jahres noch einmal in Ruhe diskutieren und überlegen, wie weit wir gekommen sind.

Als wichtigste Konsequenz aus dem PUA sehen wir ein verbessertes Controlling an, und zwar nicht nur im Verhältnis der Verwaltung zu ihren Zuwendungsempfängern, sondern auch gerade zwischen Parlament und Behörde. Wir wollen, daß wir als Parlamentarier, die nun einmal die Mittel vergeben – die Mittel werden ja durch die Bürgerschaft und nicht durch die SPD vergeben, Frau Blumenthal –, dies besser kontrollieren können, daß wir abgleichen, wie durch die Mittelvergabe die Ziele, die wir gemeinsam festgelegt haben, erreicht werden können. Wir hoffen, daß wir schon bei den diesjährigen Haushaltsverhandlungen zeigen, daß wir als Parlamentarier gestärkt aus der Arbeit im Untersuchungsausschuß hervorgegangen sind.

Ich glaube, wir haben einiges gelernt. Wir haben gelernt, wo wir hingucken müssen, wir haben gelernt, wie wir unsere Arbeit besser organisieren können, und ich denke, das wird sich hoffentlich schon in der nächsten Debatte in zwei Wochen zeigen. – Danke.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort erhält der Abgeordnete Hackbusch.

Norbert Hackbusch REGENBOGEN – für eine neue Linke: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Fast 2000 Seiten sind zu lesen, um einen Überblick darüber zu bekommen, was in den letzten zehn Jahren in der BAGS schiefgelaufen ist.

C

D

(Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt übernimmt den Vorsitz.)

Eines der Hauptprobleme besteht leider darin – und das macht auch eines der Dilemmas aus –, daß, obwohl sehr viele Verfehlungen, Mängel und katastrophale Zustände darin stehen – da hat Frau Dr. Freudenberg recht –, noch nicht einmal alle Mängel aufgelistet worden sind.

Wir haben das Problem, daß durch die katastrophale Aktenlage viele Vorwürfe, die wir eigentlich zu studieren hatten, noch nicht einmal nachvollzogen werden konnten, weil wir genau wissen, daß in vielen Bereichen noch nicht einmal normal abgelegt worden ist. Das war ein riesiges Problem für den Arbeitsstab und für uns, und dementsprechend gibt es dort riesige Lücken.

Es gibt noch andere große Lücken. Zum Beispiel hatten wir beantragt, im Zusammenhang mit den Mittelzuweisungen an die Bezirke unter anderem über die Hotelunterbringungen zu forschen. Das Problem der Hotelunterbringungen ist, daß wir im Bericht des PUA eigentlich nur den Bericht und die Darstellung haben, daß jedes Jahr 65 Millionen DM im wesentlichen für die Hotelunterbringungen von Flüchtlingen ausgegeben worden sind, aber keiner so recht weiß, was eigentlich mit diesem Geld geschehen ist. Das stellt der Bericht fest.

Auf der anderen Seite wissen wir, und zwar völlig zu Recht, weil nämlich diese Vergabe in den Bezirken konkret gemacht worden ist und die BAGS das gar nicht dementsprechend kontrolliert hat. Aus den Bezirken wiederum wissen wir, daß wir dort nicht nur das Problem haben, daß

(Norbert Hackbusch REGENBOGEN – für eine neue Linke)

- A 65 Millionen DM dafür ausgegeben worden sind, sondern daß wir dort zum Teil auf katastrophale Zustände gestoßen sind, wie beispielsweise das ehemalige und jetzige Bordell Interrast ganz deutlich gezeigt hat, unter welchen schlechten Verhältnissen und zu welchen übersteuerten Preisen dort Leute untergebracht worden sind. Noch nicht einmal dieser Komplex wurde angeguckt, weil wir gesagt haben, wir müssen in zweieinhalb Jahren fertig werden, und weil das ein Bereich der Bezirke ist. Das heißt, selbst diese 1900 Seiten zeigen nur einen Teil der Probleme auf. Schlimm genug aber.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Die Hamburger Arbeit ist natürlich auch – wie wir das befürchtet haben – in der Betrachtung untergegangen. Wir haben uns Stunden um Stunden damit beschäftigt. Der Bericht ist zu diesem Punkt unklar und undeutlich.

Dazu ist nach meiner Meinung folgendes festzustellen: Wir haben hier – um für die Filztheoretiker einen Beitrag zu leisten – in gewisser Weise eine neue Art von Filz festzustellen. Es ist nicht nur die Art und Weise, wie der Filz in den Behörden festgestrickt ist, sondern auch, wie man mittlerweile mit den Unternehmen, die von Hamburger Aufträgen leben, enge Beziehungen geknüpft hat. Die HAB ist dafür das beste Beispiel. Jeder, der sich in seinem Bereich die Zuwendungen ansieht, weiß, daß es bestimmte Träger gibt, denen privilegiert Aufträge zugeteilt werden. Das ist so im Drogenbereich, im Bereich der Arbeitsmarktpolitik und auch in anderen Bereichen.

Wir haben bei der HAB das Phänomen – dieser Zustand ist leider mit dem Bericht nicht aufgehoben –, daß die HAB privilegiert behandelt wurde, so daß sie – das sagt jeder ganz deutlich – illegal Rücklagen bilden konnte, aufgrund derer sie gegenüber allen anderen Freien Trägern einen riesigen Konkurrenzvorteil hat. Es ist einer der deutlich festgestellten Skandale, daß dieser Mißstand durch die Regierungsmehrheit nicht verändert oder behoben wird.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Das ist – das möchte ich noch einmal deutlich sagen – vor allen Dingen auch deswegen so wichtig, weil die HAB durchaus in Inkarnation dessen steht, was man Filz nennt. Es wurden mehrfach die verschiedenen Wege aufgezeigt: Wer mit wem, wann Herr Riez, wann Herr Runde und welche Verbindungen vorhanden sind. Dies wird von niemandem widerlegt werden können.

Herr Frank, es ist doch merkwürdig: Bei der schlampigen Aktenverwaltung, die wir in der BAGS vorgefunden haben, würden Sie es nur dann akzeptieren, daß die HAB im Besitz der SPD Hamburg-Nord gewesen ist, wenn dies schwarz auf weiß in irgendeiner BAGS-Akte gestanden hätte. Es wäre für Sie der einzige Grund, von dem Sie sagen würden, er sei nachgewiesen. Das ist doch dumm, das wird nie geschehen.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke und bei der CDU)

Wie kann man so etwas verlangen? Ich verlange von einem Politiker, daß er eins und eins zusammenzählen kann und als Ergebnis zwei herauskommt. Er kann aber nicht sagen, auf dem Papier stand nie zwei und deshalb akzeptiere er es nicht.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke und bei der CDU)

Die Angelegenheit mit der HAB ist deswegen so bitter, weil wir den Eindruck haben – der in den letzten Tagen bestätigt

wurde –, daß die HAB von der Stadt immer noch dreist übervorteilt wird.

(Dr. Andrea Hilgers SPD: Übervorteilt?)

Es gibt gegenwärtig eine Situation – darüber wird in den Behörden auch diskutiert –, daß die HAB Europäische-Sozialfonds-Mittel in Höhe von 10 Millionen DM bekommen hat, bevor das normale, transparente Verfahren in dieser Stadt irgendwie bekannt geworden ist. Die HAB wurde schon wieder privilegiert; der alte Sumpf, der alte Filz wirkt weiter. Dieser PUA hat hier nichts verändert, und das ist unverschämt.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke und bei der CDU)

Ich möchte noch einen anderen Bereich ansprechen, der lange diskutiert wurde und auch für die politische Beurteilung sehr wichtig ist: die Frage des Betroffenenstatus von Herrn Runde.

In dem PUA-Bericht stehen sehr viele Verfehlungen, Mängel und – wie von Frau Freudenberg gesagt wurde – „richtige Schlampereien“. Derjenige, der dafür einen wesentlichen Teil die Verantwortung trug und die Behörde leitete, war Herr Runde. Seine Nachfolgerin sehen wir heute leider nicht;

(Ole von Beust CDU: Fischer-Kimble!)

sie trägt die Verantwortung für den zweiten wesentlichen Teil.

Es ist eine Selbstverständlichkeit, daß nicht nur die einzelnen Abteilungsleiter dafür verantwortlich sind, sondern wenn diese Mängel derart massiv auftreten, dann muß derjenige, der für diese Behörde die Verantwortung trägt, auch sagen, daß er etwas falsch gemacht hat und dies zu kritisieren ist.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke und bei der CDU)

Das ist eine Selbstverständlichkeit, zu der man stehen muß.

(Rolf Harlinghausen CDU: Filzlaus!)

Das bedeutet nicht, daß ich dafür eintrete, daß darum Herr Runde zurücktreten sollte. Das wäre nach meiner Meinung auch idiotisch, und etwas Idiotisches mache ich nicht.

Es bedeutet auch nicht, daß es richtig ist, diesbezüglich Herrn Runde einen „Paten des Filzes“ zu nennen. Das ist falsch. Aber es besteht doch kein Grund dafür, daß Herrn Runde nicht die Möglichkeit gegeben werden sollte, deutlich und klar zu sagen, daß Verfehlungen vorgekommen sind, die zu kritisieren sind.

(Zuruf von der SPD: Der ist doch nicht betroffen!)

– Natürlich ist er betroffen und dafür verantwortlich. Er hat bestimmte Aufgaben dort nur unzureichend wahrgenommen. Jeder Person im PUA, jedem in dieser Stadt ist es klar, der sich damit auseinandersetzt.

Die Schwierigkeit der SPD und der GAL besteht doch darin, Herrn Runde diesen Betroffenenstatus zu geben. Es ist doch eine äußerst peinliche Angelegenheit,

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke und bei der CDU)

weil er der zukünftige Spitzenkandidat ist; deshalb darf es nicht gemacht werden. Sie erwecken doch damit den Ein-

(Norbert Hackbusch REGENBOGEN – für eine neue Linke)

- A druck, daß Sie diesen Bürgermeister für so schwach halten, daß er noch nicht einmal kritisiert werden darf.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Er darf nicht sagen, daß er Fehler machte, aus denen er gelernt hat. Sie demontieren doch damit Ihren eigenen Spitzenkandidaten, Sie erklären ihn für schwach und für nicht kritikfähig. Das ist eine Katastrophe. Ich verstehe gar nicht, warum Ihnen das nicht in den Kopf geht.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke und bei der CDU)

Die Maßnahmen, die von der Regierungsmehrheit im PUA beschlossen wurden, hörten sich zunächst toll an: Mehr Controlling, höhere Transparenz,

(Dr. Holger Christier SPD: Genau!)

offene, klare Verfahren, es wird sich an die Gesetze gehalten; das ist wunderbar, das gefällt mir gut.

– Ich bekomme Schwierigkeiten, denn irgendwie fällt mir hier unten die Klappe herunter.

(Dr. Holger Christier SPD: Dann halten Sie sie doch!)

Ich bekomme auch dann Schwierigkeiten, wenn Herr Frank in einer Fernsehsendung oder auch sonst deutlich ausführt, was er unter guten, transparenten Verfahren versteht.

Eines dieser tollen, guten und transparenten Ausleseverfahren war, als Herr Riez Geschäftsführer der HAB geworden ist. Sie haben mehrfach gesagt, daß Sie in einem guten Verfahren den Besten ausgesucht hätten. Herr Riez hatte zuvor keinerlei Erfahrungen als Geschäftsführer; er war im wesentlichen SPD-Mitglied in der SPD Nord,

- B (Dr. Michael Freytag CDU: Das reicht auch!)

war in der SPD-Bürgerschaftsfraktion beschäftigt, hat Jura studiert und hat eineinhalb Jahre in Behörden gearbeitet, in denen er für verschiedene kleine Tätigkeiten eingesetzt wurde. Aufgrund dessen zu sagen, er sei als Bester in einem guten und richtigen Verfahren ausgewählt worden, macht mich skeptisch. Sie haben schöne Namen für Ihre Begriffe und Verfahren, aber Sie überzeugen damit nicht, weil es nicht nur um schöne Worte geht, sondern es geht darum, in dieser Stadt etwas zu verändern.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke und bei der CDU)

Das ist Ihr Problem, vor dem Sie stehen. Jeder in dieser Stadt, verehrte Damen und Herren der Sozialdemokratie, weiß, daß es Filz gibt

(Frank-Thorsten Schira CDU: Richtig!)

und daß dadurch Mitglieder dieser Partei Privilegien haben, indem sie sich gegenseitig etwas zuteilen. Es ist eben das Problem, daß so etwas passiert und völlig normal ist, wenn man so lange an der Regierung ist.

(Beifall bei Elke Thomas CDU)

Aber es wird schwierig, wenn man es leugnet und sagt, daß dies kein Problem sei. Dann werden Sie unglaubwürdig, weil es nicht stimmt.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke und bei der CDU)

Sie versuchen nicht, etwas gegen diese Probleme zu tun, sondern Sie ignorieren sie; es geht so weiter wie bisher.

Das ist die große Katastrophe. Ich befürchte, daß Ihnen das bei den nächsten Wahlen mehr Schwierigkeiten machen wird, als Ihnen lieb ist. Ich hoffe nicht, daß dies der Unterstützung der neuen PRO-Partei dient, sondern es wäre vernünftiger, wenn Sie selbst in der Lage wären, eine Lösung zu finden.

Zum Schluß noch einige Sätze an meine alten Freunde von der GAL:

(Dr. Andrea Hilgers GAL: Das war mal schön!)

Die GAL – das hat sie auch deutlich gesagt – weiß um die Probleme des Filzes in dieser Stadt. Sie sagt es häufig und gern und meint auch, daß sie sich damit profilieren kann. Sie trägt die halbseidenen Beschlüsse aber trotzdem mit, weil sie meint, dadurch die Koalitionsräson beweisen zu müssen.

(Jan Ehlers SPD: Halbseiden ist etwas anderes!)

– Über den Begriff „Halbseidene Beschlüsse“ könnte es eine neue Diskussion geben. Wir nehmen den Begriff gern auf, denn leider stimmt er.

(Dr. Martin Schmidt GAL: Dann gibt es keinen Filz mehr! Dann wird der Filz zur Halbseide!)

Es ergibt keinerlei Logik, sich in diesem Punkt in eine Koalitionstreue einpressen zu lassen. Der Untersuchungsauftrag des PUA bezieht sich auf eine Zeit vor der Koalition. Es ist also nicht logisch, diesbezüglich auf die Koalitionsräson hinzuweisen. Das kann kein Argument sein. Man muß trotzdem seine kritische Position nicht nur für die Analyse, sondern auch für die Schlußfolgerungen beibehalten.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke und bei der CDU)

Leider haben wir damit bei der GAL ein neues Phänomen. Wir haben festgestellt, daß sie sich bei den laufenden Konflikten zurücknimmt und daß die Grünen sich auch im vorseilenden Gehorsam üben. Jetzt stellen wir fest, daß nun auch noch ein rückwärtiger Gehorsam dazugekommen ist. Damit wäre dann alles zusammen. – Danke.

(Heiterkeit und lang anhaltender Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke und bei der CDU)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Meine Damen und Herren! Das Wort hat jetzt der Erste Bürgermeister.

Erster Bürgermeister Ortwin Runde: Meine Damen und Herren! Man merkt, daß es für die CDU eng wird, wenn ihr in einer solchen Debatte die Gruppe REGENBOGEN den Rang als Opposition abläuft.

(Beifall bei der SPD und der GAL – Zurufe von der CDU)

Das sollte Sie nachdenklich stimmen.

(Ole von Beust CDU: Er war doch gut, dann klatschen wir auch!)

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Naturgemäß gehört ein parlamentarischer Untersuchungsausschuß nicht zu den Einrichtungen, die dazu da sind, einer Regierung Freude zu bereiten.

Laut Gesetz soll er im öffentlichen Interesse Sachverhalte aufklären, um zur politischen Kontrolle der Exekutive beizutragen. In der Realität – machen wir uns da nichts vor – dient er allerdings vor allem als Kampfausschuß der Op-

(Erster Bürgermeister Ortwin Runde)

A position; 39 Untersuchungsausschüsse in der Nachkriegszeit legen dafür ein beredtes Zeugnis ab.

(Rolf Kruse CDU: Es war eine Schlaperei!)

Untersuchungsausschüsse suchen die Konfrontation und sind – wie Uwe Thaysen sagt – politische Kämpfe im Justizgewand. Das war bei diesem Untersuchungsausschuß – wenigstens zum Teil – nicht anders. Daß dies für jemanden, der zum ersten Mal vor einem Untersuchungsausschuß steht, eine nervige Angelegenheit ist, kann man nachvollziehen, sollte aber kein Grund sein, die Contenance zu verlieren.

Herr Dr. Brinkmann, es war von mir nicht fair, Ihnen Kompetenz abzusprechen. Ich habe mich dafür bei Ihnen bereits entschuldigt und wiederhole es heute auch öffentlich.

(Hartmut Engels CDU: Ich entschuldige mich bei Ihnen auch!)

Zieht man das politische Kampfgetöse ab, bleibt unter dem Strich viel Richtiges und die aner kennenswerte Aufklärungsarbeit des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses „Vergabe und Kontrolle von Aufträgen und Zuwendungen durch die Freie und Hansestadt Hamburg“.

Deshalb zunächst einen Dank an alle Beteiligten, an die Abgeordneten des Ausschusses, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und die Mitglieder des Arbeitsstabes. Ihnen allen gebührt Respekt und Dank für die geleistete Arbeit. Ein besonderer Dank gilt Ihnen, sehr geehrter Herr Frank, für die umsichtige Leitung der Ausschußarbeit.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL – Lachen bei der CDU – Dietrich Wersich CDU: Haben Sie schon mal etwas von Gewaltenteilung gehört?)

B Nach zweieinhalb Jahren Arbeit liegt mit dem Abschlußbericht

(Ole von Beust CDU: Die goldene Parteinadel!)

wohl mit die umfassendste Untersuchung über eine Fachbehörde vor. Der Bericht nennt Mängel und Verantwortliche beim Namen. Es gilt nun, mit den Ergebnissen des Berichts verantwortungsbewußt umzugehen.

Die Arbeit des Ausschusses hat übrigens schon vor der Erstellung des Abschlußberichts Früchte getragen. Angesichts des Medienrummels und Kampfgetümmels sind sie es wert, kurz in Erinnerung gerufen zu werden.

Frau Senatorin Roth hat zahlreiche Verbesserungen im Hinblick auf die festgestellten Mängel im Zuwendungsverfahren auf den Weg gebracht oder bereits umgesetzt. Dazu gehören zum Beispiel neue Dienstvorschriften, die Interessenkollisionen vermeiden, personelle Umbesetzungen von Aufsichtsgremien, die Einführung einer digitalen Aufgabenplanung und die Neufassung der Aktenordnung. Diese Maßnahmen dienen dazu, die Transparenz und Chancengleichheit in Zuwendungs- und Vergabeverfahren zu erhöhen.

Auch im personellen Bereich gab es Konsequenzen. So gab es bereits disziplinarrechtliche Schritte und ein Strafverfahren. Als Vorwürfe gegen die frühere Sozialsenatorin erhoben wurden, ist sie von ihrem Amt zurückgetreten, obwohl niemand ihr oder ihrem Ehemann private Vorteilsnahme vorwarf oder auch nach den Ergebnissen des Untersuchungsausschusses vorwerfen konnte.

(Ole von Beust CDU: Sagt Helmut Kohl auch immer!)

– Mutieren Sie wieder zum Jungen Wilden? Ich dachte, die Rolle haben Sie abgelegt. C

Frau Fischer-Menzel hat mit ihrem Rücktritt außerordentlich verantwortungsbewußt gehandelt; dieser Rücktritt verdient auch heute noch Respekt.

(Beifall bei der SPD – Ole von Beust CDU: Schade, daß sie nicht da ist!)

Der Ausschuß hat festgestellt, daß es im Zuwendungs- und Vergabeverfahren der Behörde für Arbeit, Gesundheit und Soziales Mängel und Defizite gegeben hat, die unbestritten sind.

(Wolfhard Ploog CDU: Die gibt es immer noch!)

Es ist ebenso unbestritten, daß diese auch in eine Zeit fallen, als ich als Arbeits-, Gesundheits- und Sozialsenator die Behörde geleitet habe. Allerdings bitte ich darum, fair zu bleiben.

In einer politischen Bilanz muß man alles berücksichtigen, und zwar die Zeitumstände, was nicht gut gelaufen ist, aber auch das, was gut gelaufen und was insgesamt in der Zeit geleistet worden ist.

(Ole von Beust CDU: Auch das sagt Helmut Kohl immer nebenbei!)

Aus dieser Zeit hat die Behörde viel vorzuweisen, in der die Stadt vor gewaltigen Herausforderungen stand. Stichworte hierfür sind: Die katastrophale Lage auf dem Arbeitsmarkt Ende der achtziger Jahre, die riesigen Anforderungen aufgrund der hohen Zuwanderungszahlen in den neunziger Jahren und die tiefgreifenden strukturellen Veränderungen in der Stadt.

(Ole von Beust CDU: Die deutsche Einheit!)

Das war insgesamt ein Berg von Aufgaben, dessen Bewältigung in der Behörde nicht problemlos sein konnte. Aber es wurde Enormes geleistet. Ist das etwa schon vergessen, Herr von Beust?

(Wolfhard Ploog CDU: Nein, das untersuchen wir auch noch!)

Aus dem Stand wurden im Zuwendungsbereich örtliche Beschäftigungsträger in privater Rechtsform geschaffen, und zwar ohne daß es möglich war, für diese Aufgaben zusätzliches Personal zur Verfügung zu stellen. Auch diese Infrastruktur wurde von ABM- und LKZ-Kräften aufgebaut. Daß dies auch Auswirkungen für Verwaltungsabläufe hatte, kann jeder nachvollziehen, der praktische Regierungserfahrungen hat.

(Dr. Andrea Hilgers SPD: Haben die nicht!)

Wir haben Tausende von Hamburgerinnen und Hamburgern wieder in Lohn und Brot gebracht; das ist ein Erfolg, den ich mir von niemandem zerreden lasse,

(Beifall bei der SPD – Barbara Ahrons CDU: Was hat das mit Filz zu tun?)

schon gar nicht von der CDU, die sich, als sie in Bonn an der Regierung war,

(Barbara Ahrons CDU: Soll das eine Wahlrede sein?)

ihrer Verantwortung für die Arbeitslosen konsequent entzogen hat.

Ihr Markenzeichen war das ewige Stop and Go; vor Wahlen wurde dann einiges angeschoben, weil sich das gut

(Erster Bürgermeister Ortwin Runde)

- A machte. Danach wurden die Zeichen wieder auf Stop gesetzt. Ist das bei Ihnen alles schon vergessen?

Wir haben zwischen 1985 und 1991 über 45 000 Beschäftigungsmöglichkeiten für Arbeitslose geschaffen, weit über 100 000 Zuwanderer integriert und zeitweise monatlich über 1000 Asylbewerber und Flüchtlinge aufgenommen.

Wer die Diskussion in dieser Stadt um Container- und Pavillondörfer verfolgt hat, weiß, welche Anstrengungen und Leistungen dieses bedeutete. Es weiß jeder besonders zu schätzen, daß die Integration dieser Menschen in Hamburg friedlich verlaufen ist.

(Beifall bei der SPD)

Wir konnten der steigenden Zahl von Drogentoten mit deutschland- und europaweit vorbildlichen Programmen etwas entgegensetzen, und zwar sowohl beim Ausbau der Drogenhilfe

(Bernd Reinert CDU: Herr Bürgermeister, sind Sie sicher, daß Sie das richtige Manuskript haben?)

als auch bei der Drogensubstitution.

Wir haben in Hamburgs Gesundheitssystem investiert und die Krankenhäuser leistungsstark gemacht. Alles das haben wir geschafft; es war keine Kleinigkeit.

(Carsten Lüdemann CDU: Das ist eine Schlußbilanz!)

Daß in dieser Zeit der großen, ja riesigen Aufgaben auch Fehler gemacht wurden, gebe ich gerne zu, denn keine Fehler macht nur der, der nichts tut, und darin haben Sie Übung.

(Beifall bei der SPD)

- B Meine Damen und Herren von der Opposition! Ich diskutiere gerne mit Ihnen über meine politische Verantwortung als Arbeits-, Gesundheits- und Sozialsenator, über die Umsetzung politischer Ziele, die für mich in erster Linie Zukunftsgestaltung und soziale Gerechtigkeit für die Bürger Hamburgs bedeuten; über die Annahme komplexer Herausforderungen und die oft vielen kleinen, zähen Schritte, die im Alltag getan werden müssen. Ich diskutiere auch gerne mit Ihnen über meine politische Verantwortung während meiner Zeit als Finanzsenator,

(Dr. Stefan Schulz CDU: Das kommt später!)

in der die konsequente und verantwortungsvolle Haushaltskonsolidierung und die umfassende Verwaltungsmodernisierung meine wichtigsten Vorhaben waren. Diese Leistungsbilanzen muß ich nicht verstecken, ganz im Gegenteil.

Daß Sie positive Leistungen nicht anerkennen können, ist bedauerlich, aber für mich nicht neu. Statt dessen stricken Sie lieber an der ewigen Legende von Parteibuchwirtschaft und Ämterpatronage. Wie ein Netz – so Ihre Phantasievorstellung – liegen diese über der Stadt. Schauen Sie doch einmal in den Bericht des Ausschusses, der gleich an mehreren Stellen feststellt, daß sich die Probleme in den untersuchten Bereichen eben nicht aus einer übereinstimmenden Parteizugehörigkeit von beteiligten Personen oder in Verbindung mit der Ausübung von Mandaten ergaben.

(Dr. Stefan Schulz CDU: Das ist der Mehrheitsbeschluß!)

Das sind klare Worte. Ich bin dafür sehr dankbar, daß der Ausschlußbericht dieses so klar feststellt.

(Rolf Kruse CDU: Hören Sie doch einmal auf Hackbusch!)

Sie entsprechen den Tatsachen, und alles andere würde auch sozialdemokratischem Verfassungs- und Staatsverständnis widersprechen.

(Beifall bei Dr. Andrea Hilgers SPD)

Ich fürchte aber, daß die CDU sowohl ihre Filzarie als auch – wie sie es bereits seit Jahrzehnten tut – den Song von der Ämterpatronage trotzdem weiter anstimmen wird.

Als 1953 der Hamburg-Block den Senat bildete, hatte die CDU nichts Eiligeres zu tun,

(Ole von Beust CDU: Mein Gott, das ist 40 Jahre her!)

als Sozialdemokraten sofort aus ihren Ämtern zu verjagen – nicht aus Senatsämtern, das ist bei Ihnen, wie wir hörten, auch schon Filz –, sondern zum Beispiel einen so qualifizierten Mann wie Herrn Birckholtz, der kein politischer, sondern ein leitender Beamter war. Helmut Schmidt holte ihn später ins Verteidigungsministerium.

(Rolf Kruse CDU: Das ist auch ein Stück Lüge!)

Auch 1980 hat die CDU in diesem Haus eine Filzdebatte angezettelt. Es handelt sich also um ein uraltes Thema,

(Ole von Beust CDU: Da haben Sie recht!)

das allerdings durch ständige Wiederholung nicht richtiger wird.

(Karl-Heinz Warnholz CDU: Zur Sache kommen!)

Ein Hamburger Politiker soll gesagt haben – ich zitiere –:

„In den Ämtern denken, handeln und träumen alle sozialdemokratisch, auch wenn sie gar nicht in der SPD sind.“

(Wolfgang Baar SPD: So ist es!)

Das ist ein vernichtender Satz; er ist so unausweichlich wie ein Gottesurteil.

Zuweilen wird es sogar als Filz denunziert, wenn Regierungsmitglieder der SPD angehören und als Sozialdemokraten gewählt sind, um öffentliche Ämter zu übernehmen; das gilt auch für die Bezirksamtsleiter.

Auf welches kurze Gedächtnis der Wählerschaft setzen Sie? Sie nahmen vor einiger Zeit Ihre Position zum Bezirksverwaltungsgesetz ein und beklagten anschließend, daß Bezirksamtsleiter nach den Mehrheitsverhältnissen in den Bezirken gewählt werden. Das erstaunt mich wirklich auf das höchste.

(Beifall bei der SPD)

Es wird deutlich – wenn man an mein zuvor genanntes Zitat denkt –, daß uns das Thema nicht verlassen wird. Bei 14 500 Sozialdemokraten in der Stadt läßt sich, so absurd dies auch sein mag, täglich ein Anknüpfungspunkt konstruieren; das erleben wir in diesen Tagen auch wieder.

Meine Damen und Herren von der Opposition, dabei wissen Sie sehr gut, wie die Realität in Hamburg aussieht.

(Ole von Beust CDU: Das ist das Tragische!)

Es gibt bei allen Personalentscheidungen – sowohl bei Einstellungen als auch bei Beförderungen – eine hohe Transparenz und strenge Kriterien, was Eignung und Leistung angeht.

Frau Blumenthal, ich weiß nicht, woher Sie die Daten

C

D

(Erster Bürgermeister Ortwin Runde)

A (Antje Blumenthal CDU: Aus dem Handbuch!)
über meine Biographie gefunden haben. Sie hätten einfach das Handbuch lesen sollen,

(Beifall bei der SPD – Antje Blumenthal CDU: Da habe ich sie her!)

das in Hamburg sehr transparent ist.

Es gibt zum Beispiel in Hamburg den sogenannten Gabeltest, den Max Brauer gleich nach dem Krieg als Instrument zur Vermeidung von Nepotismus bei der Besetzung öffentlicher Ämter aus dem Exil mit nach Hamburg gebracht hat, und gewissermaßen eine institutionelle Garantie gegen Ämterpatronage in Form der Deputation. In den Spitzen aller Fachbehörden sind Deputationen vorhanden, die unter anderem über die Besetzung der Leitungsstellen im höheren Dienst entscheiden.

Daß in den Deputationen auch die Opposition immer dabei ist, muß ich Ihnen nicht erläutern. Vielleicht ist aber der Kontakt zu Ihren Deputationssprechern inzwischen so abgerissen, daß Sie nicht mehr wahrnehmen, was da stattfindet. Ich habe manchmal den Eindruck.

(Beifall bei der SPD)

Die Deputation kann wach und kritisch mitgestalten, bis hin zum Recht auf Einsicht in die Personalunterlagen. Transparent sind diese Verfahren auf jeden Fall. Daß Hamburger Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten regelmäßig auch in hohe Staatsämter anderer Länder oder des Bundes berufen werden, und zwar aufgrund ihrer persönlichen Kompetenz, spricht doch eine deutliche Sprache. Ich kann Ihnen all diejenigen nennen, die aus dem Bereich der BAGS als Staatssekretäre oder

B (Dietrich Wersich CDU: Wohin geht denn Herr Riez?)

Ministerinnen in anderen Ländern eingesetzt worden sind und das wohl nicht wegen mangelnder Kompetenz und Leistungsfähigkeit.

Auch bei anderen wichtigen Fragen ist doch hier in Hamburg die Opposition beteiligt. Wenn zum Beispiel in der Kommission für Bodenordnung über Grundstücksangelegenheiten aller Art entschieden wird, sitzt die Opposition stets mit am Tisch. Das hat uns auch davor bewahrt, daß wir Skandale haben, wie es in anderen Regionen durchaus der Fall ist.

In wieder anderen Bereichen haben wir durch Gremiengestaltung ein Höchstmaß an Entscheidungstransparenz, beispielsweise bei den Senatskommissionen. Sie entscheiden zum Beispiel über Geschäftsführerpositionen in öffentlichen Unternehmen. Auch bei solchen Entscheidungen liegt also ein Begründungszwang vor. Personalentscheidungen für öffentliche Ämter sind also dem Dunstkreis einer geheimen Kabinettpolitik entzogen. Darum, meine Damen und Herren von der CDU, hören Sie doch auf, ständig die alte Platte vom Filz aufzulegen.

(Beifall bei der SPD)

Herr Hackbusch, genau diese Institutionen führt man ein, um – wenn man lange regiert – exakt den Gefahren vorzubeugen, von denen Sie immer reden. Genau diese Institutionen sind die Vorkehrungen und die geeigneten Instrumente. Hier muß jeder seine Rolle entsprechend wahrnehmen.

Meine Damen und Herren, ich möchte auf einen Aspekt der Ausschubarbeit eingehen, der eine erhebliche Tragweite

für die Verwaltungspraxis hat und mit dem wir leicht in einen rechtlichen und strukturellen Konflikt staatlichen Handelns geraten können. Auf der einen Seite erfordert die Wahrnehmung öffentlicher Aufgaben durch Unternehmen in staatlicher Hand oder mit staatlicher Beteiligung Steuerung und Kontrolle. Das verlangt nicht nur das Haushaltsrecht, sondern wird auch aus Verantwortung gegenüber dem Parlament geschuldet. Dieses soll möglichst durch Personal in den Leitungsgremien erfolgen.

Auf der anderen Seite enthält das Verwaltungsverfahrensgesetz ein Mitwirkungsverbot für Behördenbedienstete. Angesichts der Tatsache, daß öffentliche Unternehmen sich mehr und mehr dem Wettbewerb stellen müssen, ist das eine paradoxe Situation. Denn aufgrund der Qualifikation kommen oft nur die Personen für die Unternehmensgremien in Frage, die auch in ihrer behördlichen Arbeit mit dem Unternehmensgegenstand zu tun haben. Dieses Dilemma gilt auch für Senatsmitglieder in ihrer jeweiligen Gesamtverantwortung. Der Ausschuß konstatiert zwar im Ergebnis eine Vereinbarkeit der unterschiedlichen Rechtsanforderungen, verweist aber auf erhebliche tatsächliche Probleme. Es ist nun einmal die Praxis, die die Tauglichkeit oder auch Untauglichkeit von Gesetzen erweist. Hamburg steht mit diesem Problem keineswegs allein da. In anderen Ländern ist die Mitgliedschaft von Ministern, Staatssekretären oder Ministerialbeamten in entsprechenden Aufsichtsräten die Regel.

Ich begrüße daher die Empfehlung des Ausschusses, zu prüfen, ob die Rechtslage beim Mitwirkungsverbot von öffentlich Bediensteten im Hinblick auf die gebotene Einflußnahme und Steuerung öffentlicher Unternehmen präzisiert werden kann. Der Ausschuß verweist dabei auf Schleswig-Holstein, wo Personen vom Mitwirkungsverbot ausgenommen sind, die in amtlicher Eigenschaft tätig sind.

Meine Damen und Herren, daß es sich hinter eigenen Stadtmauern am schönsten klageln läßt, ist bekannt. Die CDU hat es zu einer Meisterschaft gebracht, die ihresgleichen sucht; sie hatte dazu auch elfmal hintereinander eine volle Legislaturperiode die Gelegenheit. Dabei wird das Hamburger Funktionsmodell, das Zusammenwirken von Finanz- und Fachbehörde in der Beteiligungssteuerung, bundesweit als vorbildlich anerkannt. In einem kürzlich vorgelegten Stadtstaatenvergleich aus Bremen wurde Hamburg eine sehr gute Steuerung ausgegliederter Unternehmen bescheinigt. Wir erhalten also von auswärts Bestnoten in Sachen Verwaltungsmodernisierung. Warum, meine Damen und Herren von der CDU, nehmen Sie das nicht einmal zur Kenntnis?

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Ein weiteres Problem in diesem Kontext möchte ich nur am Rande andeuten. Die Verlagerung öffentlicher Aufgaben auf privatrechtlich organisierte ausgegliederte Unternehmen kann auch zu Reibungen und Verhedderungen zwischen dem Zuwendungsrecht und den unternehmensrelevanten Vorgaben des Handelsrechts führen;

(Dr. Michael Freytag CDU: Deshalb muß man sie privatisieren!)

es ist ein Konflikt, der sich bei den untersuchten Problemen der Beschäftigungsgesellschaften zeigte. Hier besteht noch Klärungsbedarf.

Sie sehen, meine Damen und Herren, daß es hinsichtlich des Abschlusses des Untersuchungsausschusses nicht nur um Fehler oder Versäumnisse der Vergangenheit geht,

(Erster Bürgermeister Ortwin Runde)

- A sondern auch um Fragen, die für die Zukunft der Stadt von entscheidender Bedeutung sind. Es stünde der Opposition gut zu Gesicht, daß sie diesen Fragen ebenso viel Aufmerksamkeit widmet wie den übrigen Aspekten des Berichts.

(Rolf Kruse CDU: Das trifft ja vor Selbstkritik, das ist ja schrecklich!)

Die Vorschläge des Ausschusses werden die zuständigen Behörden rasch und sorgfältig prüfen und einen Abgleich mit bereits laufenden Maßnahmen vornehmen. Sind weitere Schritte einzuleiten, werden sie zügig umgesetzt. Der Senat wird die Bürgerschaft zeitgerecht informieren

(Jürgen Klimke CDU: Das ist ja toll!)

und sofern erforderlich Entscheidungen zur Abstimmung vorlegen.

Ich wiederhole, daß bei der Vergabe finanzieller Mittel Transparenz das A und O ist. Ebenso sollte Wettbewerb auch im Zuwendungsbereich größer geschrieben werden. Daß dies nicht unbedingt nur zu Begeisterungstürmen führt, zeigen die Debatten, die wir hier bereits über Ausschreibungen und ihre Folgen geführt haben. Die CDU entzieht sich in solchen Fällen einer Positionsbestimmung damit, daß sie in schöner Regelmäßigkeit zwei Redner ins Rennen schickt; es gibt auch ein paar andere Beispiele und Handlungsfelder, bei denen es ähnlich läuft. Der eine, zumeist der Oppositionschef, Herr von Beust, darf dann flammend für mehr Wettbewerb plädieren, dem anderen – entweder Herrn Wersich oder Herrn Harlinghausen – ist es dann überlassen, davor zu warnen, daß man Ausschreibungen oder ähnliches Ungemach Freien Trägern doch auf keinen Fall zumuten könne.

- B (Rolf Kruse CDU: Darüber steht doch gar nichts im Untersuchungsausschußbericht! – Rolf Harlinghausen CDU: Wo steht denn das im Bericht, Herr Bürgermeister?)

Wenn Sie zu einer klaren Position fänden, wäre das für die Zukunft sehr hilfreich.

Insgesamt ist der Abschlußbericht eine wichtige Grundlage. Er enthält eine Fülle von Denkanstößen, wie wir Zuwendungs- und Vergabeverfahren optimieren können. Das ist der klare Auftrag, und den wird der Senat auch umsetzen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort hat Herr von Beust.

Ole von Beust CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Bürgermeister, ich persönlich habe Ihren Redebeitrag eben als peinlich empfunden.

(Beifall bei der CDU)

Ich will Ihnen auch sagen warum.

(Uwe Grund SPD: Das ist aber Ihr Problem!)

– Nein, es ist nicht nur mein Problem, Herr Grund, sondern es betrifft die Frage, welches Amtsverständnis der Bürgermeister dieser Stadt hat und was er von seiner eigenen Verantwortung hält.

(Dr. Andrea Hilgers SPD: Viel!)

Wenn Sie den Bürgermeister gehört haben, werden Sie feststellen, daß er geradezu zu Tränen gerührt seine eigene

Leistung dargeboten hat, was er angeblich alles Gutes getan hat.

(Zurufe von der SPD)

Er war fast den Tränen nahe. Es war fast wie ein eigener Nachruf; der kommt aber zehn Monate zu früh.

(Beifall bei der CDU)

Die Gretchenfrage ist doch, welche Verantwortung der oder diejenige hat, die als Senator oder Staatsrat an der Behördenspitze steht. Das ist die entscheidende Frage der politischen Verantwortlichkeit. Dazu, Herr Bürgermeister, haben Sie überhaupt nichts gesagt. Das einzige, was Sie gesagt haben, war: Wer etwas tut, macht auch Fehler. Das war Ihr mutiges Verantwortungsbekenntnis. Das war ein bißchen wenig, Herr Bürgermeister.

(Beifall bei der CDU und bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Wir haben davon gesprochen, Herr Frank, Frau Freudenberg, von der Ehre des Berufsbeamtentums. Zur Ehrenhaftigkeit der Beamten auf der einen Seite gehört auf der anderen Seite genauso die politische Verantwortung derjenigen, die führen.

(Beifall bei der CDU)

Herr Hackbusch hat völlig recht: Keiner von uns hat im Zusammenhang mit all den Filzgeschichten und Vorkommnissen, die hier lange erörtert worden sind, von Ihnen jemals den Rücktritt verlangt. Das wäre auch absurd gewesen; das würde keiner verlangen. Von einem Bürgermeister verlange ich aber schlichtweg, daß er sagt: Jawohl, ich trage Verantwortung und habe in der Zeit Fehler gemacht. Es gab aber kein Wort in dieser Richtung. Warum haben Sie nicht den Mut, das zu sagen? Das leuchtet mir einfach nicht ein.

(Beifall bei der CDU und bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Sie und auch Herr Frank sagen, es seien massenhaft Fehler aufgedeckt worden. Sie haben es – wenn ich es richtig verstanden habe – in sechs Punkten dargelegt, zum Beispiel in der Aktenführung, dem Controlling und in der Zuwendungsvergabe. Sie haben Schlampigkeiten moniert und so weiter. Dann wurde gefragt, wer eigentlich die Verantwortung dafür trage. Nach Ihrer Auffassung politischer Verantwortung haben alle diejenigen Verantwortung, die Beamte und Angestellte sind, oder diejenigen, die vielleicht kein politisches Amt mehr haben. Diejenigen aber, die ein politisches Amt hatten, Senatoren und Staatsräte, sprechen Sie frei. Das ist kein Verantwortungsverständnis, das wir mittragen können.

(Beifall bei der CDU)

Da paßt doch wirklich der Satz: Die Kleinen hängt man, die Großen läßt man laufen. Genauso läuft es hier.

(Michael Neumann SPD: Helmut!)

– Gut, daß Sie Helmut sagen, den Zwischenruf nehme ich gern auf. Das war mit die hübscheste Passage des Bürgermeisters. Wiederum mit fast tränenerstickter, halb selbstverliebter und halb weinerlicher Stimme fragte er, ob denn keiner seine Gesamtbilanz sehe, und wies darauf hin, daß sich keiner persönlich bereichert habe. Das kam mir in der Tat sehr vertraut vor, wenn Sie schon Helmut sagen.

(Beifall bei der CDU)

C

D

(Ole von Beust CDU)

- A Nur Sie, Herr Bürgermeister, sind zu ganz anderen politischen Ergebnissen gekommen.

Besonders interessant fand ich, daß Sie zwei Personen ganz persönlich gedankt haben: Herrn Frank und Frau Fischer-Menzel. Da haben Sie genau die Richtigen gefunden, Herr Bürgermeister.

(Beifall bei der CDU)

Herr Frank, wenn ich nicht wüßte, daß im September nächsten Jahres Schluß wäre, würde ich sagen, Sie werden irgendwo Amtsleiter. Oder vielleicht ist für Sie in einem öffentlichen Unternehmen etwas frei, natürlich nach einem ganz transparenten Verfahren, vielleicht finden wir das ja.

Zu Frau Fischer-Menzel oder Frau Fischer-Kimble auf der Flucht, wo ist sie eigentlich? Daß Sie gerade derjenigen danken, die nicht einmal die Courage hat, sich hier heute eine Stunde Kritik anzuhören, ist abenteuerlich.

(Beifall bei der CDU)

Ich kann verstehen, daß es Frau Fischer-Menzel unangenehm ist, hier zu sitzen, weil man letztlich wehrlos ist und es sich anhören muß und nichts sagen kann, sonst würde man dann pro domo reden; es ist eine dumme Situation. Frau Fischer-Menzel war aber jahrelang Senatorin, hat uns die Suppe eingebrockt, und dann wird sie auch zwei Stunden Zeit haben, die Suppe hier selbst mit auszulöffeln.

(Beifall bei der CDU)

Die SPD-Fraktion erklärt, sie wisse auch nicht, wo Frau Fischer-Menzel sei, sie habe sich gar nicht entschuldigt. Man sucht sie und findet sie nicht, der Erdboden hat sie verschluckt. Das ist doch eine Peinlichkeit sozialdemokratischer Wirklichkeit in dieser Stadt, die schon typisch für die Art und Weise ist, wie Sie damit umgehen.

B

(Zurufe von der SPD)

Erlauben Sie mir bitte, einen weiteren Punkt anzusprechen. Herr Frank, die Erde ist eine Scheibe, und in Hamburg gibt es keinen Filz. Das ist die Quintessenz dessen, was Sie sagen. Herr Hackbusch hat in einem entscheidenden Punkt doch recht.

(Dr. Hans-Peter de Lorent GAL: Das ist schon der zweite Punkt!)

– Oder in zwei Punkten. Ich bedaure nach dieser Rede, daß mich von Herrn Hackbusch weltanschauliche Dinge trennen, das sage ich ganz ehrlich, denn sie war hervorragend.

(Beifall bei der CDU und bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Wir beide wissen, das Trennende bleibt, und wir werben auch politisch nicht umeinander, sondern kommen hier nur zu einer identischen Bewertung. Wir kommen zur Bewertung, daß die Verantwortung die eine Seite ist. Die andere Seite ist die Frage, Herr Frank, warum es Ihnen eigentlich so schwer fällt, zuzugeben, was alle wissen, nämlich daß es in Hamburg Filz gibt.

(Günter Frank SPD: Sie sind doch Rechtsanwalt, belegen Sie doch, was Sie sagen!)

Warum fällt es Ihnen so schwer? Wenn Sie eingeräumt hätten, Fehler, die es bis in die jüngste Zeit gegeben hat, gemacht zu haben, und wenn Sie die politische Verantwortung übernommen und gesagt hätten, Sie müßten prüfen, ob nicht parteipolitische Kriterien angewendet worden seien, wozu Menschen häufig neigen, aber in Zukunft alles

dafür tun würden, um das zu verhindern, dann wären Sie vielleicht in der öffentlichen Meinung einigermaßen ungeschoren aus der Sache herausgekommen. Aber dieser mangelnde Mut zur Selbstkritik, diese Borniertheit, zu sagen, alles was Sie machen, sei qua Definition richtig, egal, ob die Falschheit geradezu in roter, schwarzer oder grüner Farbe an jeder Häuserwand steht, nicht die Kraft zu haben, zu sagen, jawohl Sie hätten einen Fehler gemacht, ist Ihre Schwäche. Diese Schwäche ist gleichzeitig die Borniertheit der Hamburger SPD.

C

(Beifall bei der CDU)

Ich freue mich darauf, wenn wir vielleicht an anderer Stelle die Gelegenheit haben, die Facetten des Filzes in Ruhe zu besprechen. Haushaltsberatungen sind auch einmal ein interessanter Anlaß, Dinge näher zu betrachten. Wenn Sie sagen, Sie hätten ein reines Gewissen, schlage ich vor, Sie veröffentlichen die Liste Ihrer Hamburger SPD-Mitglieder und wir gleichen sie einmal mit den Namen der Amtsleiter und höheren Beamten ab;

(Barbara Duden SPD: Es ist doch nicht verboten, in der SPD zu sein!)

das wäre hochinteressant. Wir können in der Debatte der Haushaltsberatungen einmal darüber sprechen, welcher parteipolitischen Couleur die einzelnen Amtsleiter sind, nicht die Bezirksamtsleiter – da haben Sie völlig recht, die werden gewählt –, aber beispielsweise die Ortsamtsleiter. Muß denn eine Ortsamtsleiterin in Blankenese – nicht gerade eine Hochburg Ihrer Partei – Sozialdemokratin sein? Ich weiß, daß Sie es nach Ihrer Auffassung sein muß, aber falsch ist es trotzdem.

(Beifall bei der CDU)

Wenn wir uns einmal die Leitung der Justiz angucken, werden Sie feststellen, wo man überall in dieser Stadt Sozialdemokraten in Spitzenpositionen findet, bei Amtsleitern, Ortsamtsleitern und in der Justiz, überall, wie von Geister Hand und natürlich völlig transparent, Herr Frank.

D

Meine Damen und Herren, diese Debatte können wir mit Freude fortsetzen. Ich schließe mich zumindest einem Ihrer Worte an, Herr Bürgermeister: Den Ausschußmitgliedern und den Mitarbeitern ist für die aufklärende Arbeit herzlich zu danken.

(Anhaltender Beifall bei der CDU)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort hat Herr Dr. Christier.

Dr. Holger Christier SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Im Zusammenhang dieser Debatte gab es wieder den Vorwurf – bei Herrn von Beust war es mehr indirekt, bei Frau Blumenthal direkt –, daß wir seit längerer Zeit in dieser Stadt regieren.

(Ole von Beust CDU: Das ist kein Vorwurf! – Dr. Stefan Schulz CDU: Das hat keiner gesagt!)

Das ist wahr, seit 43 Jahren, im nächsten Jahr werden es 44 Jahre, regieren wir in dieser Stadt. Aber das kommt daher, weil wir elfmal demokratische Wahlen gewonnen haben und elfmal besser waren als Sie.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Zu der Erfolgsbilanz, die diese Wahlsiege möglich gemacht hat, hat, neben vielen anderen, auch die Amtszeit des Sozialsenators, des Finanzsenators und jetzigen Bürgermei-

(Dr. Holger Christier SPD)

- A sters Ortwin Runde beigetragen. Das wollen wir hier anerkennen.

(Beifall bei der SPD – Heike Sudmann REGENBOGEN – für eine neue Linke: Das ist keine Entschuldigung für Filz!)

– Ich komme auf das Thema zurück.

Umgekehrt gilt, daß Sie ebenfalls elfmal gewogen und jedes Mal für zu leicht befunden wurden. Darüber sollten Sie einmal nachdenken. Ich bin ganz sicher, daß die Waage im nächsten Jahr, beim zwölften Mal, gemäß Ihrer bisherigen Verfassung in Streik treten und sich der Zeiger überhaupt nicht mehr bewegen wird.

(Beifall bei der SPD – Dr. Stefan Schulz CDU: Das warte mal ab!)

Herr von Beust, da Sie hier die Theatralik so herausgekehrt haben, will ich Ihnen eins sagen. Wir werden Sie in bezug auf die tränenerstickte Stimme am Wahlabend erleben, am 23. September 2001 um 18.10 Uhr.

(Beifall bei der SPD – Ole von Beust CDU: Freudentränen!)

Ihr Rundumschlag gegen Hamburg, gegen die SPD, gegen die Verwaltung

(Ole von Beust CDU: Nicht gegen Hamburg!)

zeigt, daß Sie entweder den Untersuchungsausschußbericht offensichtlich nicht gelesen haben

(Dr. Andrea Hilgers SPD: Zu dick!)

oder mit den Ergebnissen nicht zufrieden sind, sonst wäre das alles nicht erklärbar.

- B Ich erinnere daran und unterstreiche den Punkt, der hier schon mehrfach erwähnt worden ist: Wir haben ein sehr transparentes Verfahren in der Stadt. Die CDU ist an vielen Stellen beteiligt,

(Dr. Martin Schmidt GAL: Das kann man sagen!)

und man wird sehr viele Fälle finden, bei denen Sie diesen Verfahren zugestimmt haben. Bitte werden Sie konkret und bauen keine Nebelwand auf. Wir lehnen jedenfalls die pauschale Diffamierung erfolgreicher Sozialdemokraten auch in unternehmerischer Verantwortung konsequent ab.

(Beifall bei der SPD)

Wird etwa die Messe nicht erfolgreich geführt? Oder kommt in Hamburg die U-Bahn zu spät? Nein, sie kommt nicht zu spät, weil diese Unternehmen erfolgreich geführt werden.

(Beifall bei der SPD – und Unruhe im Hause)

So wie ich Sie einschätze – das habe ich richtig vermißt –, werfen Sie uns am Ende sogar noch den HSV-Präsidenten vor und die Geschenke, die Herr Butt als Zuwendung an den sportlichen Gegner verteilt; soweit sind wir langsam.

(Barbara Ahrons CDU: Wir reden immer noch über den Filz!)

Das ist für uns jedenfalls ein Punkt, an dem wir ganz klar sagen: Wir betrachten den Einzelfall, hier geht es nach Leistung, hier arbeiten Sozialdemokraten erfolgreich für die Stadt.

(Beifall bei der SPD)

Herr Frank hat eingangs die äußeren Dimensionen des PUA deutlich gemacht, die Zahl der Sitzungen und der Seiten des Berichtes. Die BAGS ist in der Tat so gründlich un-

tersucht worden, wie kaum eine andere Behörde. Im Ergebnis hat sich das bestätigt, was ich vor zweieinhalb Jahren an dieser Stelle gesagt habe: Wenn es etwas zu finden gibt, wird der PUA es finden, wenn es nichts zu finden gibt, wird er es nicht finden. Parlamentarische Untersuchungsausschüsse sind so, das weiß ich aus leitender Funktion bei mehreren Ausschüssen.

Umgekehrt gilt aber auch, was mit diesem Millionenaufwand nach den Regeln unserer Verfassung, des neuen PUA-Gesetzes und den Regeln der Strafprozeßordnung nicht ermittelt wurde, darf für einen PUA nicht existieren. Daran hat sich dieser PUA konsequent gehalten, er hat rechtsstaatlich sauber gearbeitet, und das ist nicht kritisierbar.

(Beifall bei der SPD)

Daher geht von dieser Stelle als Vorsitzender einer großen Regierungsfraktion der Dank an den Ausschuß, daß er den Auftrag des Parlaments so eindrucksvoll abgearbeitet hat.

(Dr. Stefan Schulz CDU: Eindrucksvoll!)

Der Dank geht an die Obleute, vor allem an den Vorsitzenden Günter Frank – das sage ich ausdrücklich für unsere Fraktion –, er hat es hervorragend gemacht; 1900 Seiten akribische Ergebnisse belegen das.

(Beifall bei der SPD)

Ich will Ihnen aus alter Erfahrung mit Untersuchungsausschüssen folgendes sagen. Wenn der Anteil der Nörgeleien am Verfahren, an Kritik am Vorsitzenden, an obligaten Rücktrittsfordernungen gegen den Vorsitzenden, im Vordergrund steht, hat die Opposition schon verloren.

(Heike Sudmann REGENBOGEN – für eine neue Linke: Herr Christier, glauben Sie eigentlich selbst, was Sie sagen?)

Und diesen PUA haben Sie verloren.

(Beifall bei der SPD – Rolf Harlinghausen CDU: Ein deutlich schlechteres Niveau gegenüber dem Vorredner!)

Mir liegt daran, bevor Sie sich moralisch überheben und wir vielleicht den Blick

(Dr. Joachim Brinkmann CDU: Bitte nicht weinen!)

für den nationalen Vergleich verlieren, daß man die Dimension dessen, worüber wir eigentlich reden, einmal deutlich macht. Dazu möchte ich ein paar Fragen stellen, die wir dann gemeinsam beantworten können, und ich glaube, daß das vielleicht sogar einheitlich geht.

Ist beispielsweise ein großer Skandal aufgedeckt worden

(Günter Frank SPD: Nein!)

wie bei der CDU in Berlin? Nein, das ist nicht passiert.

Gibt es in Hamburg als Ergebnis des PUA Amigo-Verhältnisse wie bei der CSU in Bayern? Nein, gibt es nicht.

(Günter Frank SPD: Nein!)

Sind Figuren aufgetaucht, wie beispielsweise Herr von Brauchitsch mit seinem Koffer oder seiner Spendenerklärung, und hat es persönliche Bereicherungen gegeben? Nein, die hat es nicht gegeben.

(Günter Frank SPD: Nein!)

Ist etwa im Laufe der Untersuchungen die Hamburger SPD – wie Sie es gern gehabt hätten – als kriminelle Vereinigung

C

D

(Dr. Holger Christier SPD)

- A vergleichbar der hessischen CDU enttarnt worden? Nein, das ist nicht passiert.

Oder ist etwa die Verfassung gebrochen? Nein, sie wurde nicht gebrochen.

Das macht für uns zwei Dinge völlig klar. Wir diskutieren hier ernsthafte Probleme, und die Konsequenzen müssen sehr beachtet werden. Von den Machenschaften der CDU ist das aber so weit entfernt wie die Nordsee von der Südsee, und darauf muß man mal hinweisen.

(Beifall bei der SPD)

Und ich sage noch etwas: Irgendwelche Ratschläge von Ihnen in bezug auf Politik, Moral, Verantwortung oder Verwaltung verbitten wir uns mit aller Entschiedenheit. Sie haben kein Recht dazu.

(Beifall bei der SPD)

Was jedoch nicht geht – natürlich können Sie im Wahlkampf ein politisches Thema daraus machen, das ist völlig logisch –, ist die Verlängerung des Untersuchungsausschusses im Sinne einer Gerüchteküche und anhaltender Verdächtigungen. Man kam sich in den letzten Monaten manchmal ein bißchen wie am See von „Loch Ness“ vor. Viele standen jahrelang am Ufer, die Abgeordneten mit ihrem Erkenntnisdrang, die Juristen mit ihren Büchern, die Medien mit Feldstecher und Bleistift, und alle warteten darauf, was passiert. Es gab in der Tat manchen Wellenschlag und die eine oder andere Verschmutzung im Uferbereich, aber das große schreckliche Ungeheuer ist nicht aufgetaucht; und darüber sind Sie nun enttäuscht. Das kann ich sogar verstehen.

(Beifall und Heiterkeit bei der SPD)

- B Im übrigen wäre ich selbst auch sehr gespannt gewesen, wenn es aufgetaucht wäre, wie es ausgesehen hätte.

Der Untersuchungsausschuß hat – das ist gesagt worden – Mißstände, Fehler und Mängel aufgedeckt. Einen Zusammenhang zwischen Mängeln und dem Parteibuch hat er aber nicht festgestellt; das Zitat dazu ist schon genannt worden, ich nenne es nicht noch einmal.

Jetzt versuchen Sie etwas ganz anderes, es nämlich in eine verunglückte Vorwärtsverteidigung umzudrehen, überall das Wort Filz draufzukleben und das SPD-Parteibuch als negatives Ausgrenzungskriterium zu benutzen.

(Ole von Beust CDU: Nein!)

Ich kann Ihnen nur sagen, aus dieser Wunschvorstellung wird hoffentlich nichts, weil es auch in Zukunft nach Qualität gehen wird; mal kommen unsere Leute dran und, ich denke, auch mal Ihre. Insofern ist das eine durchsichtige Taktik und hoffentlich das Letzte, was der CDU noch einfällt, um von Ihrem Versagen in dem Ausschuß abzulenken.

Wenn man es einmal gemessen an den früheren Äußerungen und Ergebnissen betrachtet, ist die CDU mit dem Untersuchungsausschuß politisch in Wahrheit völlig gescheitert. Weder ist es gelungen, die Untersuchung in die Wahlkampfzeit hineinzuziehen, noch hat der Versuch, die SPD als Partei sozusagen auf den Ausforschungsstand zu stellen, Platz gegriffen. Die Schlammschlacht nach Ladenschluß, mit dem durchsichtigen Versuch, dem damaligen Sozialsenator und heutigen Bürgermeister zu schaden, ist offenkundig gescheitert; und das ist gut so.

(Beifall bei der SPD)

Lassen Sie bei der weiteren Debatte aber bitte Ihre Wut und die Enttäuschung darüber, daß Sie nichts gebacken krie-

gen, nicht mal eine so potentielle Steilvorlage, die jeder Untersuchungsausschuß nach einem Rücktritt für die Opposition darstellt, nicht an uns aus, sondern fassen Sie sich an Ihre eigene Nase. Sie sind es doch gewesen – wenn Sie sich heute über irgend etwas in den Ergebnissen beschweren –, die kleinkariert und dilettantisch agiert haben. Bei Ihnen hat kurz vor Schluß doch noch ein Personalwechsel stattgefunden, und Frau Blumenthal hat doch noch eine schöne Auslandsreise gewonnen. Alles das war nötig, um die Verleumdungsdichte zu verstärken. Soweit waren Sie in dem Ausschuß schon heruntergekommen, daß es jeder in dieser Stadt gemerkt hat.

(Beifall bei der SPD)

Sie sind es doch gewesen, die fünf nach zwölf noch einen vermeintlichen Kronzeugen aus dem Hut zauberten,

(Karl-Heinz Ehlers CDU: Das ist peinlich, Herr Christier!)

den Sie aber intelligenterweise vorher durch eine Strafanzeige selbst aus dem Verkehr gezogen hatten. So viel Duseeligkeit sollte eigentlich bestraft werden.

(Beifall bei der SPD)

Sie brauchten den PUA, um davon abzulenken, daß Sie auf wichtigen Politikfeldern gar nicht mehr existent sind. Dieses Spielzeug ist jetzt beendet. Sie haben sich von der Wirtschaftspolitik und von der Sozialpolitik bereits seit Jahren verabschiedet, im Innenausschuß ist die Arbeit eingestellt, seit vielen Monaten gibt es keinerlei Präsenz mehr und so weiter.

Statt dessen müssen Sie sich vorhalten lassen – auch an dieser Stelle, bei allem, was wir scharf diskutieren –, daß Sie im Zusammenhang mit diesem Untersuchungsausschuß massiv zur Verwilderung der politischen Sitten beigetragen haben. Es gab jede Menge Vorverurteilungen, die erwähnten Strafanzeigen, die ein sehr schwerer handwerklicher Fehler sind, und es gab Verdächtigungen.

(Antje Blumenthal CDU: Glauben Sie das eigentlich, was Sie da reden? Das ist doch unglaublich!)

Schließlich zitiert Ihr Fraktionsvorsitzender noch aus vertraulichen Unterlagen, die er gar nicht haben darf. Das Tollste ist die Sache mit dem Paragraphen 19 des PUA-Gesetzes. Erst tun Sie alles, um mit dem Begriff „Betroffenen“ Schindluder zu treiben, und dann fordern Sie, daß das mal reformiert werden müsse. Das ist der Höhepunkt der Unwahrhaftigkeit.

(Beifall bei der SPD)

Sie standen verläßlich an der Spitze der Verleumdung und sind heute ohne wirklich greifbares Ergebnis.

Sie, Herr von Beust, hatten in einer Aktuellen Stunde eine unvoreingenommene Aufklärung gefordert. Statt dessen haben wir über weite Teile ausschließlich eine Instrumentalisierung dieses Ausschusses gesehen, insbesondere bezüglich des Ersten Bürgermeisters. Das war natürlich das gefundene Fressen gewesen, wenn das möglich gewesen wäre. Die Ergebnisse sind aber anders. Nehmen Sie die doch einmal zur Kenntnis.

„Sein Einschreiten war nicht erforderlich. Es gab keinen Anlaß, sich persönlich einzuschalten. Ihn trifft kein persönlicher Vorwurf. Es kann ihm nicht angelastet werden. Es trifft ihn nicht der Vorwurf, zögerlich gehandelt zu haben.“

C

D

(Dr. Holger Christier SPD)

- A Sie wollen ihn zum Betroffenen ernennen. Das ist ein übles politisches Spiel, aber kein sauberes rechtliches Verfahren.

(Vizepräsident Berndt Röder übernimmt den Vorsitz.)

Damit dieser Punkt bei der Auseinandersetzung mit Ihnen keineswegs zu kurz kommt, sage ich zum Abschluß: Dieser PUA hat eine Menge wichtiger Aufgaben hinterlassen und eine Menge wichtiger Ergebnisse gebracht. Es muß zügig daran gegangen werden, in diesem Bereich der Zuwendungen – 1,3 Milliarden DM unseres Haushaltes – zu gewährleisten, daß Transparenz und Controlling gewährleistet und Interessenkollisionen ausgeschlossen sind. Das ist überhaupt keine Frage, dieser verwaltungsmäßige Ablauf muß verbessert werden. Ich bin sehr froh, daß Frau Senatorin Roth in den letzten Jahren bereits – ohne die Ergebnisse des PUA abzuwarten – Schritte unternommen hat. Frau Roth, ich vertraue auf Sie, auch auf Sie, Herr Bürgermeister, daß auch die weiteren Konsequenzen zügig umgesetzt werden.

(Beifall bei der SPD)

Noch eine Bemerkung, weil mich diese Herumeierei auf Ihrer Seite mit der Frage der politischen Verantwortung ärgert. Auch hier müssen Sie nur Zeitung lesen. Das ist doch ganz einfach. Der Bürgermeister hat eben etwas Eindeutiges dazu gesagt. Ich habe es nicht mitgeschrieben, deshalb erlaube ich mir, ein Zitat aus der Zeitung vorzulesen:

(Rolf Mares CDU: Aus der „Bravo“?)

– Nein, dafür fehlt ein Foto.

Interview in der „Welt“ im November:

- B „Ich hatte als Sozialsenator Jahr für Jahr die politische Verantwortung für das, was die Behörde geleistet hat.“

Dann kommt die Leistung, das haben wir eben auch gehört.

„Natürlich habe ich neben diesen Leistungen auch das zu verantworten, was nicht so gut gelaufen ist.“

Was wollen Sie eigentlich? Diese völlig klare Aussage gehört an diese Stelle. Das ist damit aber auch in Ordnung und abgearbeitet.

(Beifall bei der SPD)

Dieser Untersuchungsausschuß hat wichtige Ergebnisse gebracht. Er hat dazu beigetragen, daß vieles transparenter ist. Er hat aber auch dazu beigetragen, daß vieles, was immer nur behauptet wurde, nicht mehr behauptet werden kann, wenn man diese Ergebnisse ernst nimmt. Wir sind jedenfalls entschlossen, die Ergebnisse ernst zu nehmen. Wir haben als große Regierungsfraktion ein besonderes Wächteramt, und diese Funktion werden wir auch wahrnehmen. – Vielen Dank.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort bekommt die Abgeordnete Dr. Kähler.

Dr. Bettina Kähler GAL: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Untersuchungsausschuß hatte immer ein Problem, und dieses Problem hat jetzt in weiten Teilen auch diese Debatte.

Es ist viel kleinteilige Arbeit geleistet worden, es gab viel differenzierte Erkenntnisse, aber in der öffentlichen Wahr-

nehmung reduzierte sich das Ganze immer auf die Frage: Gab es Filz, ja oder nein? C

Schade, Herr Christier, schade, Herr von Beust, daß auch Sie jetzt so viel nichtig Blendwerk verbreiten, anstatt sich mit den Ergebnissen zu beschäftigen.

(Ole von Beust CDU: Machen Sie ja jetzt!)

– Ja, ich werde es versuchen, denn es lohnt sich.

(Dr. Holger Christier SPD: Das stimmt! – Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Wohlgemerkt, angreifbar ist nicht, daß parteipolitische Ziele durch Verwaltungshandeln umgesetzt werden sollen.

(Uwe Grund SPD: Wie man sieht!)

Das ist schließlich der Sinn von Politik.

(Beifall bei der GAL)

Deswegen sitzen wir hier, weil wir das wollen. Deswegen möchte die CDU gerne, daß Herr von Beust Bürgermeister wird, damit auch sie endlich einmal ihre parteipolitischen Ziele umsetzen kann.

(Beifall bei der GAL – Dr. Holger Christier SPD: Das ist richtig!)

Dafür braucht es selbstverständlich Beamte, das ist ebenso selbstverständlich. Im übrigen fragen Sie in Schleswig-Holstein, was da los war, nachdem Herr Barschel nicht mehr da war. Fragen Sie, wie dort die Behörden aussahen, welche Parteibücher dort die Beamten hatten. Auch die Tatsache, daß in einer Behörde, wie der BAGS, nur überwiegend SPD-Parteibücher vorhanden sind, garantiert nicht einen reibungslosen Ablauf des Verwaltungshandelns.

(Heiterkeit bei der SPD – Jan Ehlers SPD: Was für ein Beziehungsgeflecht!) D

Eine Zeugin hat es so treffend mit den Worten beschrieben: Dort fand der Kampf SPD Altona gegen SPD Nord statt. Auch das ist nicht das Problem. Angreifbar ist vor diesem Hintergrund absolut nicht, daß das von der Sozialdemokratie für wichtig erachtete Ziel, junge Menschen in Arbeit zu bringen, in behördliches Handeln umgesetzt werden sollte.

Problematisch ist aber – das haben die Untersuchungen deutlich ergeben –, daß die Distanz verlorenging, die zwischen dem parteipolitischen Handeln und dem staatlich-behördlichen Handeln bestehen muß.

Das parteipolitische Ziel, junge Menschen in Arbeit zu bringen und dafür Beschäftigungsträger zu gründen – das war es, womit wir im Fall der AJa und der HAB zu tun hatten –, wurde für so wichtig erachtet, daß bei der Umsetzung im Bereich des staatlich-behördlichen Handelns nach dem Motto verfahren wurde: Der Zweck heiligt die Mittel. Es fand überhaupt keine kritische Reflexion mehr darüber statt, ob die Maßnahmen eigentlich sinnvoll waren, die man dort gemacht hat. Wir waren jedenfalls der Meinung, daß man trefflich darüber streiten kann, ob es Sinn hat, Langzeitarbeitslose, die erst einmal lernen müssen, morgens um 8 Uhr pünktlich irgendwo zur Arbeit zu erscheinen, mit historischem Schiffbau zu beschäftigen, was selbst für ausgebildete Tischler eine ziemlich schwierige Aufgabe ist.

Es fand keine vernünftige Evaluation statt, wie viele der Betroffenen eigentlich tatsächlich in den Ersten Arbeitsmarkt vermittelt wurden. Geltende Gesetze wurden nicht eingehalten, und es fanden auch keine geordneten Vergabeverfahren der Zuwendungen statt.

(Dr. Bettina Kähler GAL)

- A In weiten Teilen war die Kontrolle darüber verlorengegangen, welches Geld eigentlich wohin ging. Noch nicht einmal der Arbeitsstab mit seinen elf hochqualifizierten Juristen war in der Lage, in bezug auf die HAB im nachhinein detailliert darzulegen, welche Gelder wohin und warum gegangen sind. Probleme wurden einfach ignoriert oder erst angegangen, als es schon viel zu spät war.

Das alles hätte so nicht stattfinden dürfen trotz oder gerade wegen der Wichtigkeit dieser Ziele. Der Bürgermeister hätte den erheblichen strukturellen Mängeln bei der Zuwendungsvergabe, die er kannte, abhelfen müssen. Das wäre seine Pflicht gewesen. So steht es auch auf Seite 1787 des Berichts.

All diese Mängel wurden sicherlich dadurch begünstigt, daß in der Behörde nicht nur, aber doch überproportional häufig Beamte mit SPD-Parteibuch saßen. Wenn man das feststellt, ist das keine Diskriminierung von Beamten, die der SPD angehören, sondern es ist eine Kritik an Leuten, die schlecht gearbeitet haben und die außerdem in der SPD waren.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Wir von der GAL waren immer der Meinung, daß es in dem Untersuchungsausschuß deshalb in erster Linie nicht um die Feststellung individueller Schuld ging, sondern um die Analyse von Strukturen. Das jedenfalls war unser Verständnis, und das halte ich nach wie vor für richtig.

Wesentlich interessanter als die Fragen „War es Filz?“, „War es keiner?“, „Wann ist der Bürgermeister in die SPD eingetreten?“, „Wer hat noch ein SPD-Parteibuch?“ erscheint uns die Frage, was wir tun können, um zukünftig eine derartig außer Kontrolle geratene Verwaltung, wie wir sie in dem Untersuchungszeitraum analysiert haben, besser zu kontrollieren. Wir meinen, es gilt dafür in erster Linie die Rechte und das Selbstbewußtsein des Parlaments zu stärken, damit diese verbesserte Kontrolle stattfinden kann.

B

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Es ist schade, daß die CDU oder überhaupt die Opposition diesen Schritt nicht mit nachvollzogen hat. Ich muß lachen, wenn Norbert Hackbusch die HAB als die Inkarnation des Filzes bezeichnet. In Koalitionsverhandlungen hast du selber mit Herrn Scheele, dem Geschäftsführer der HAB, dafür gesorgt, daß diese noch zusätzlich mit Geld gemästet wird. Und nun ist sie die Inkarnation des Filzes.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Aufgrund der Erfahrung in dem Untersuchungsausschuß würde uns so etwas wie diese Koalitionsverhandlung zu diesem Punkt sicherlich nicht wieder passieren.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Weiterhin findet sich in den REGENBOGEN-Konsequenzen außer der Forderung, daß Herr Riez weg muß, der Griff in die Mottenkiste des Zuwendungsberichts. Was dazu gesagt werden mußte, ist schon gesagt.

Bei der CDU steht die Einhaltung des geltenden Rechts in den Konsequenzen ganz oben. Ich gebe zu, man könnte auf solche Ideen kommen, nachdem man den Bericht gelesen hat.

(Antje Blumenthal CDU: Ne, vorher!)

Das aber als Konsequenz zu fordern, ist geradeso, als wenn ich einem Ladendieb sage, er solle nicht stehlen, und ihn dann laufen lasse. Es muß schon etwas mehr folgen.

Besonders witzig ist es, wenn die CDU sagt, die Reform des Status der Abgeordneten ergibt sich nicht aus den Untersuchungsergebnissen. Ich habe noch ziemlich gut das Lamento von Frau Blumenthal im Ohr, daß sie all diese vielen, vielen Papiere gar nicht lesen kann, weil sie bis 17 Uhr berufstätig sein muß.

C

(Antje Blumenthal CDU: Bis 16 Uhr! Da müssen Sie schon richtig zuhören!)

Selbst wenn ich vermute, daß die schwachen Konsequenzen der Opposition in erster Linie auf mangelnde politische Phantasie zurückzuführen sind, habe ich aber in dem Untersuchungsausschuß doch die Bestätigung gefunden, daß dieses mit dem Status der Abgeordneten zu tun hat. Es ist eine schlichte Rechnung. Wer viel Zeit hat und viel Zeit investieren kann, kann fundierter arbeiten. Nur wer wirklich viel Zeit hat, hat eine realistische Chance, einer machtbehafteten Verwaltung, die immer einen Wissens- und einen Informationsvorsprung hat, und zwar einen riesig großen, eine eigene Vorstellung entgegenzusetzen oder auch konstruktiv mit ihr zusammenarbeiten. Das kann ja auch vorkommen.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Das gilt natürlich im Untersuchungsausschuß ganz besonders. Aber wir dürfen nicht vergessen, daß in einem Untersuchungsausschuß praktisch nur die normale parlamentarische Tätigkeit verdichtet stattfindet. Deswegen gilt natürlich die Erkenntnis, daß wir in dem PUA die gesamten Akten nur lesen konnten, wenn wir ausreichend Zeit hatten, für die ganz normale politische Arbeit ebenso.

Die Verwaltung kontrollieren und ihr eigene Vorstellungen entgegenzusetzen kann nur, wer überhaupt Zugang zu den Informationen hat, wer nicht darauf angewiesen ist, daß es erst einen Untersuchungsausschuß geben muß, um festzustellen, daß der Senat gelegentlich auf ganz wichtige Fragen in Kleinen Anfragen schlicht die Unwahrheit schreibt.

D

So sind wir zu der Erkenntnis gekommen, daß unsere alte Forderung nach einem allgemeinen Akteneinsichtsrecht auch eine Konsequenz sein muß, denn ein allgemeines Akteneinsichtsrecht stärkt letztlich auch die Abgeordneten. Gerade im Bereich Altonaer Jugendarbeit war nicht nur die parlamentarische, sondern auch die öffentliche Aufmerksamkeit für die Mißstände sehr hoch. Aber das geht mitunter Hand in Hand.

Wir gehen davon aus, daß die äußerst verzögerten Konsequenzen in diesem Fall mit Sicherheit früher gezogen worden wären, wenn die Abgeordneten oder auch die Bürgerinnen und Bürger die Akten hätten einsehen und das Gelesene auch öffentlich verwerten können.

Ausschlaggebend, diese alte Forderung von uns noch einmal zu thematisieren, war aber auch der verheerende Zustand der behördlichen Akten. Fehlende Originale waren praktisch der Normalfall, und damit war auch der Normalfall, daß nicht mehr nachvollzogen werden konnte, wer welche Entscheidung getroffen hatte und wer welche Entscheidungen kannte und/oder sie zu verantworten hatte. In Handakten, die es eigentlich nach der Aktenordnung gar nicht geben durfte, fanden sich brisante Informationen, so auch beispielsweise das sogenannte Non-Paper. Dort fanden sich mitunter auch die Originalakten, die wir in den Hauptakten vermißt hatten.

Wir sind sicherlich nicht so naiv zu glauben, daß ein allgemeines Akteneinsichtsrecht solche Vorgänge mit einem

(Dr. Bettina Kähler GAL)

- A Mal quasi wegzaubern könnte. Wir setzen darauf aber die berechnete Hoffnung, daß durch die Möglichkeit einer verbesserten öffentlichen Kontrolle die Verwaltung zu sorgfältigerer Arbeit gezwungen ist und Mißstände rechtzeitiger aufgedeckt werden können. Wenn eine Behörde damit rechnen muß, daß einmal jemand ihre Akten einsehen will – und das jederzeit und nicht nur zu einem Zeitpunkt, der irgendwann drei Monate vorher angemeldet wird –, dann muß sie ihre Akten so organisieren, daß das Gewünschte auch zu finden ist und nicht erst auf dem Dachboden, in Kellern oder in abgelegenen Räumen gesucht werden muß.

Zu alledem, was wir dort in den Konsequenzen unter dem Stichwort „Verbesserung des Status der Abgeordneten, Verbesserung der Stellung des Parlaments“ beschlossen haben, ist natürlich der Wille zur Gestaltung nötig. Es ist sicherlich bequemer, wie die CDU im Schmollwinkel zu verharren und die bösen, bösen Filzverhältnisse zu beklagen. Es ist sicherlich auch bequemer, sich, wie die SPD es bisweilen tut, auf den Standpunkt zurückzuziehen, der Senat will einen solchen Bericht nicht, also wollen wir Abgeordnete ihn auch nicht; so gehört neulich in einem Ausschuß. Spannender ist es aber allemal, die Probleme anzupacken. Wir sollten den Rest der Legislaturperiode dazu nutzen. Ein bißchen Zeit haben wir noch. – Danke.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Hackbusch.

- B **Norbert Hackbusch** REGENBOGEN – für eine neue Linke: Meine Damen und Herren! Wir haben nur sehr wenig Redezeit, deswegen kann ich jetzt leider nur kurz reden.

(Barbara Duden SPD: Schade!)

Ich möchte aber noch eine kurze Bilanz zu den hier gehaltenen Redebeiträgen ziehen. Besonders dramatisch finde ich, was Herr Christier hier aufgeführt hat.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Sie haben die Probleme noch nicht einmal benannt, Sie haben sie ignoriert.

(Dr. Holger Christier SPD: Das stimmt nicht!)

Das ist Arroganz der Macht.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Sie sagen, wir können uns das erlauben, wir werden doch jedes Mal wieder gewählt. Das ist unverschäm.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke – Zurufe von der SPD)

– Das ändert auch nichts daran. Selbst wenn man immer die Mehrheit hat, ist es keine Begründung dafür, so arrogant aufzutreten und zu sagen, das ist mir doch scheißegal, was ihr denkt.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Herr Runde, auch Ihr Auftreten war nicht klar und deutlich. Wir haben einzelne Verfahrensweisen kritisiert, und Sie haben wie ein verwundetes Tier reagiert nach dem Motto, aber ich habe doch auch viel Gutes getan, ich habe vielleicht auch Fehler gemacht, weil alles so schnell ging.

(Dr. Holger Christier SPD: Stimmt doch!)

– Stimmt, Sie haben auch viel Gutes getan, ich habe Sie immer gerne einmal gelobt. Das weiß jeder, der mir hier zugehört hat. Aber in diesem Punkt ging es darum, daß man Selbstkritik üben und sagen muß, wo die Fehler lagen. Wir haben festgestellt, daß Sie im Rahmen des PUA nicht gewagt haben, das zuzugeben. So kann man nicht reagieren.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke und der CDU)

Ich möchte von keinem Sozialdemokraten noch einmal etwas über die arme Geschichte der verfolgten Sozialdemokraten in Hamburg hören. Es stimmt, das ist in der Vergangenheit vorgekommen, aber in den letzten 50 Jahren, Herr Frank und Herr Christier, wurden Sie nicht verfolgt. Die Sozialdemokraten haben es nicht schlecht in Hamburg. Sie werden aufgrund ihres Parteibuches nicht schlechter gestellt, und alle anderen Geschichten sind dumm.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke und vereinzelt bei der CDU)

Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort erhält der Abgeordnete Wersich.

Dietrich Wersich CDU:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Christier, Sie hätten bei Ihrer Rede – von hier aus gesehen links – in die versteinerten Gesichter der GAL-Fraktion gucken müssen.

(Heiterkeit bei der GAL – Antje Möller GAL: Das interessiert die doch sonst auch nicht!)

Ihr Beitrag hat gezeigt, daß die GAL nicht den Mut hatte, Roß und Reiter zu benennen. Sie hat gebrüllt, aber sie hat nicht gebissen. Das, was Sie hier gemacht haben, Herr Christier, hat gezeigt, daß die SPD beim Thema Filz unbelehrbar und starrsinnig ist.

(Günter Frank SPD: Kommen Sie zur Sache!)

Das grenzt an Altersstarrsinn durch lange Regierungszeit. Man muß einfach sagen, Einsicht ist der erste Schritt zur Besserung, und Sie haben nicht einmal die Kraft zu dieser Einsicht.

(Beifall bei der CDU)

Frau Dr. Kähler hat tatsächlich einen Kern berührt, nämlich die Frage der parteipolitischen Ziele durch Senatoren.

(Dr. Holger Christier SPD: Sind Sie im Schuldienst? – Günter Frank SPD: Wollten Sie eigentlich Lehrer werden?)

– Ich glaube, der Präsident nimmt noch Meldungen an.

Sie hat gesagt, parteipolitische Ziele sind durch Senatoren durchzusetzen. Das ist die Kontrolle der Demokratie der Verwaltung. Aber es ist nicht so, daß die parteipolitischen Ziele durchgesetzt werden, indem die Senatoren bis tief hinein in die Sachbearbeiterebene der Verwaltung die ihr genehmen Personen gleichen Parteibuchs setzen und so ihre Politik durchsetzen wollen. Das tun sie in Hamburg.

(Beifall bei der CDU)

Das ist das Wesen der Herrschaftspatronage. Darüber gibt es nicht erst seit Max Weber eine Diskussion in der Bundesrepublik. Anstatt klare Zielvorgaben zu machen, Controllinginstrumente einzuführen, werden an die entscheidenden Positionen Menschen des eigenen politischen Vertrauens und durch die Beförderung Abhängige gesetzt.

(Holger Kahlbohm SPD: Wo steht das im Bericht?)

(Dietrich Wersich CDU)

- A Genau das haben wir in Hamburg. Wie anders würden Sie das bezeichnen, wenn Ortwin Runde selbst als Senator bei der Gründung der HAB bei seinem Parteikollegen Riez aus dem Kreisvorstand SPD Nord anruft und sagt, du mußt das machen.

(Günter Frank SPD: Soll er bei Ihnen anrufen? Das war ein Auswahlverfahren!)

Ein reguläres Besetzungsverfahren von Herrn Riez zum Geschäftsführer der Hamburger Arbeit ist nicht nachweisbar, aber es gibt diesen Anruf des Bürgermeisters. Das ist das, was wir mit Herrschaftspatronage meinen.

Das haben wir auch in den gesamten anderen Bereichen im Arbeitsmarkt. Wir hatten die AJa in Altona. Da sind schon bei der Gründung Geschäftsführung sowie Vereinsvorstand mit SPD-Mandatsträgern besetzt worden. Genau das hat zum Desaster geführt. Da hat sich der SPD-Fraktionsvorsitzende von Altona persönlich bereichert, ABM-Kräfte auf der privaten Baustelle eingesetzt und die AJa damit in den Konkurs geführt. Am Schluß mußte die Stadt aus der Konkursmasse der AJa für 300 000 DM die Sachdinge zurückkaufen, die sie vorher selber über Zuwendung finanziert hatte. Das ist die Art erfolgreicher Arbeitsmarktpolitik, für die sich Ortwin Runde rühmt.

(Beifall bei der CDU)

Um mit dem Märchen aufzuräumen, Herr Runde: Ich glaube, Sie haben den Bericht nicht gelesen. Ihre Flüchtlingsunterbringung durch die Sozialbehörde ist in diesem Bericht massiv kritisiert. Nachgewiesenermaßen hat die Behörde die vollständige Kontrolle über die Vergabe der Mittel und die Belegung der Einrichtung verloren.

- B (Günter Frank SPD: Die haben 140 000 Menschen unterzubringen! Das wissen Sie! Schlaumeier!)

Die BAGS wollte die Hotels räumen, aber sie war nicht in der Lage sicherzustellen, daß die geräumten Hotels nicht von den Bezirken wieder besetzt worden sind. Ein einfaches Desaster der Belegungspolitik, und das steht auch in diesem Bericht. Das haben Sie mit festgestellt.

(Beifall bei der CDU – Günter Frank SPD: Das hat er nicht gesagt! Das ist Manipulation!)

In dieses Bild der Herrschaftspatronage paßt auch die Philosophie, von der uns Runde im Ausschuß berichtet hat. Er hat nämlich keine klaren Anweisungen und Zielvorgaben gegeben, sondern er hat gesagt, es gibt zwei Alternativen: Man kann über Philosophie führen, oder man kann klare Anweisungen und Zielvorstellungen geben. Auf die Rückfrage, wie er das gemacht hat, sagte er: Ich habe es über Philosophie gemacht. Genau der Mangel an klaren Vorstellungen, an Controlling und Zielvorgaben hat zu diesen Mißständen geführt, die wir gemeinsam festgestellt haben. Deshalb ist diese Philosophie eine Philosophie des Filzes, die gescheitert ist.

(Beifall bei der CDU)

Der Bericht ist voller vernichtender Zeugnisse über das Handeln der Behörde: systematischer Verstoß gegen Gesetze, Beamtenrecht, Verwaltungsverfahrensgesetz, Sozialgesetzbuch, gegen die Landeshaushaltsordnung. Die Stiftungsaufsicht und die Kontrolle im Bereich der Gutachtenvergabe wurden nicht wahrgenommen. Jede einzelne Stichprobe, die untersucht wurde, war fehlerhaft. Da wurden Gutachten an ehemalige oder aktive Mitarbeiter ohne jede Ausschreibung vergeben. Da wurde nicht geprüft, ob die Mitarbeiter die Arbeit in ihrer Dienstzeit machen kön-

nen. Diese Mißstände gab es unter der Verantwortung von Ortwin Runde. Dann stellt sich die Frage, ob er das weiß. Da muß man einfach noch einmal sagen: Ortwin Runde selber hat sich gerühmt, die Innenrevision in der Behörde gegründet zu haben, und zwar als Führungsinstrument aus der freien Wirtschaft entlehnt. Was hat er mit den Innenrevisionsberichten gemacht? Er hat sie abgezeichnet, meine Damen und Herren. Er hat aus den Ergebnissen keine Konsequenzen gezogen. Er hat ein Führungsinstrument aus der freien Wirtschaft eingeführt, ohne offenbar zu wissen, wie man damit als Führender umgehen muß. Das ist Versagen.

(Beifall bei der CDU – Günter Frank SPD: Schlaumeier!)

Das gleiche hat er mit den Rechnungshofsberichten gemacht, ebenso wie im Fall der Altonaer Jugendarbeit des Parteikollegen Michael Pape, wo die Vorwürfe in der Öffentlichkeit und in der Behörde bekannt waren und er sich öffentlich bis zum Schluß schützend vor den Mann gestellt hat, bis er schließlich vom Gericht verurteilt worden ist.

(Beifall bei der CDU)

Alle Ihre Argumente und Ihre Unsensibilität gegenüber diesem Thema ist Stück für Stück zu widerlegen und widerlegt worden. Wenn Sie auf den Abschlußbericht hinweisen, kann ich Ihnen nur empfehlen, die 50 Seiten zu lesen, die sich am Ende befinden.

(Dr. Holger Christier SPD: Das Abkürzungsverzeichnis?)

Das ist auch Teil des Abschlußberichts, und es ist der Teil, der nicht unter der Koalitionsdisziplin zustande gekommen ist.

Das ist die wahre Leistung der SPD, die Grünen von Anfang an in die Koalitionsdisziplin in Sachen PUA eingebunden zu haben.

Die Unfähigkeit der SPD, die politische Verantwortung zu benennen, ist in Wahrheit die Unfähigkeit, die politische Verantwortung zu übernehmen.

(Beifall bei der CDU)

Ihr mangelndes Bekenntnis zu dem Fehler dieser offensichtlichen Filzstrukturen fördert bei den Bürgern Staats- und Parteienverdrossenheit. Deshalb, im Sinne der Demokratie und zum Wohle der Stadt: Hamburg braucht politische Veränderungen,

(Unmutsäußerungen bei der SPD und der GAL)

und Hamburg wird politische Veränderungen bekommen.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort erhält der Abgeordnete Marx.

Wolfgang Marx SPD: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Ich habe zunächst den Eindruck, sehr geehrter Herr Wersich, Sie wollen das so machen, wie das damals im alten Rom war – „Im übrigen ist Karthago zu besiegen“ –, und so die nächsten zehn Monate all Ihre Reden beenden. Viel Spaß, aber auch dieses wird sich abnutzen, und es wird nicht viel nützen.

Zu unser aller Überraschung hat Herr Wersich ausgeführt: Erstens ist die SPD an allem schuld, und zweitens hat wenigstens Herr Runde schuld, sollte einmal die SPD nicht schuld sein.

(Wolfgang Marx SPD)

- A Diese Argumentation wird aber durch Wiederholung auch nicht viel richtiger. Auffällig ist doch, daß der Arbeitsstab des Untersuchungsausschusses in keinem Bereich Anhaltspunkte dafür fand, was Sie finden wollten, nämlich daß Entscheidungen der Behörde durch die Farbe des Parteibuches beeinflußt wurden. Daß Ihnen das nicht gefällt, weil Sie damit Ihr selbstgestecktes Klassenziel nicht erreicht haben, ist für Sie bitter, aber nichtsdestotrotz wahr.

(Beifall bei der SPD)

Es gab an vielen – viel zu vielen – Stellen fehlerhaftes Behördenhandeln, welches der Untersuchungsausschuß in jahrelanger Detailarbeit aufgeklärt hat. Aber es gab keine sozialdemokratische Nebenregierung in der Sozialbehörde. Selbst dort, wo manche Bedienstete auch in anderen Zusammenhängen außerdienstlich aufeinander trafen, wurde diese oft mangelhafte dienstliche Kommunikation offensichtlich nicht ausgeglichen. Denn wie anders ist zu erklären, daß in Sachen Alida-Schmidt-Stiftung die Vermerke von der Sachbearbeiterebene hoch zur Senatorin immer die Route A und runter immer die Route B gingen, und nie wußte irgendwer von irgendwem irgend etwas. Vielmehr haben wir im Ausschuß sehr widersprüchliche Ergebnisse erleben dürfen. Sie in Ihrer Formalopposition bei der CDU haben davor natürlich die Augen fest geschlossen. Vor lauter Filz vor den Augen sehen Sie bald die Bäume nicht mehr.

Zur Hamburger Arbeit bleibt festzustellen – da möchte ich auf die Ausführungen von Herrn Hackbusch eingehen, und Herr Hackbusch wird da sicherlich wieder aufschreien –, daß in dem Sammelbescheid, der dann nach einigen Jahren erteilt worden ist, die gesamte Zuwendungssumme übrigens nach den Ergebnissen des Arbeitsstabes um mehr als 1 Million DM unter der Summe der Einzelbescheide liegt. Typisch für den Untersuchungsausschuß ist allerdings auch, daß die Sozialbehörde selbst diesen Umstand wohl nicht so recht bemerkt hat.

B

Ein anderes Problem im Ausschuß war, daß die Abgeordneten ein sehr unterschiedliches Verständnis von oft banalen handelsrechtlichen Fragen hatten, zum Beispiel beim schönen Thema Rücklagen. Herr Hackbusch glaubt noch heute, daß die Rücklagen der Hamburger Arbeit in 1000er-Bündeln im Tresor des Geschäftsführers liegen. Dieses ist ein Irrtum bei Kapitalgesellschaften aller Art übrigens. Fragen Sie doch mal bei großen deutschen Verlagen, ob die ihre Rücklagen in Form von Geld haben. Jedes Geld ist zwar Kapital, aber nicht jedes Kapital ist Geld.

(Beifall bei der SPD)

Ich will rückblickend noch einmal ein bißchen politisch analysieren, wie ich die Arbeit des Untersuchungsausschusses wahrgenommen habe.

In der ersten Phase gab es ein großes Medieninteresse, und jeder wartete fast täglich auf neue Sensationen. Aber außer einem Non-Paper gab es nichts Sensationelles. In der zweiten Phase, so etwa ab Ende November 1999, kam dann der CDU als größter Oppositionsfraktion der eigene Elan abhanden, denn was sind schon 100 000 DM für ein Alkoholikerprojekt zu den Millionen in Bonn und Hessen? Der Öffentlichkeit ging es übrigens genauso. Ich will damit nichts relativieren oder schönreden.

(Rolf Kruse CDU: Nein! – Dietrich Wersich CDU: Kein Gedanke!)

Aber 100 000 DM sind ein Bruchteil von zweistelligen Millionensummen.

Die dritte Phase begann, als Herr Wersich quasi Frau Blumenthal als Obfrau der CDU im Ausschuß ablöste. Da wurde wieder mit Vermutungen Politik gemacht nach dem Motto: Wir werfen mal einen Stein ins Wasser und gucken, was passiert. Sie hatten das ja schon einmal gemacht, Herr Wersich, bei der zweiten Vernehmung von Herrn Runde. Sie fragten, ob Herr Runde mit gelben Zetteln, diesen sogenannten Post-its, wenn soviel Schleichwerbung erlaubt ist, regiert. Alle vermuteten sonst etwas. Aber was kam? – Gar nichts. Und selbst wenn, ist es verboten, mit diesen Dingen irgend etwas zu machen?

Genauso machten Sie es dann, als Sie das Jagen in der CDU übernommen hatten. Es begann damit, daß Sie den Status von Betroffenen für den Beschuldigtenstatus hielten. Das ist aus Oppositionssicht auch legitim, daß Sie versuchen, das Untersuchungsausschußgesetz in Paragraph 19 so umzudeuten, wie es irgend geht. Aber das Gesetz gibt es nicht her. Nachdem Sie aus den Betroffenen dann doch keine Beschuldigten machen konnten, ging es weiter. Sie haben zunächst Anzeige gegen Herrn Meyer erstattet, im März 1999. Herr Strate als renommierter Hamburger Strafverteidiger hat sich sehr deutlich öffentlich zu dem großen politischen Geschick, das Sie hatten, geäußert. Aber Sie hatten die Anzeige erstattet, weil Sie Zweifel an der Aussage von Herrn Meyer hatten. So weit, so gut.

Kaum aber schickt Herr Meyer seine Stellungnahme als Betroffener ab, verwenden Sie diese Stellungnahme als Vorwand, Herrn Runde erneut vorzuladen. Der Erkenntnisgewinn: Herr Meyer verweigert weiterhin die Aussage, und Herr Runde bekräftigt das, was er schon vorher gesagt hatte. Ich kann verstehen, daß Sie, wenn Ihr Kartenhaus zusammenbricht, noch versuchen, daraus ein Strohfeuer zu entfachen. Aber wenn man einmal das politische Resümee sieht für das, was die CDU mit dem Untersuchungsausschuß bewegen wollte, womit Sie vor zweieinhalb Jahren gestartet sind. Die CDU ist im PUA als Tiger gestartet und sehr früh schon als Bettvorleger gelandet.

(Beifall bei der SPD)

Ihre rührigen Versuche, Herr Wersich, den Bettvorleger zu reanimieren, sind mißlungen, aber ein bißchen Druckerschwärze haben Sie erobert. In dieser themenarmen Stadt ist ja jeder Journalist dankbar, wenn die CDU mal erwacht, und die schönsten Themen sind immer noch Personalien. Viel wichtiger ist doch aber, um einmal mit den Worten des „Bimbos“-Kanzlers zu sprechen, das, was hinten rauskommt, denn darauf kommt es doch schließlich an, auch bei diesem PUA.

Die Ergebnisse, die wir heute beschließen werden, sind sehr deutlich, und der Senat wird bis zum 31. Mai darüber zu berichten haben. Zu den Konsequenzen, die wir beschließen, haben Herr Frank und Herr Christier schon einiges gesagt. Das will ich nicht wiederholen.

Ich möchte zum Schluß noch eine Bemerkung zu dem machen, wie, ich glaube, die Politik in Hamburg seit den letzten Wochen von der CDU betrieben wird. In der Sachpolitik haben Sie offensichtlich öffentlich keine Erfolge gegen die rotgrüne Koalition aufzuweisen. Also beginnen Sie schon zehn Monate vor der Wahl, die politische Auseinandersetzung auf die persönliche Ebene zu ziehen. Die unrepräsentative Minimalbefragung irgendeines Instituts wurde prompt an den „Focus“ durchgereicht. Wenn Sie außer persönlichen Diffamierungen nichts mehr zu bieten haben, dann Gnade für diese Stadt angesichts des nächsten Wahlkampfes. – Danke.

(Beifall bei der SPD)

C

D

A **Vizepräsident Berndt Röder:** Ich gebe das Wort dem Abgeordneten Dr. Schmidt.

Dr. Martin Schmidt GAL: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich will – soweit es möglich ist – mich der Angriffe auf die CDU enthalten,

(Rolf Kruse CDU: Keine Drohung!)

weil ich die Debatte in diese Richtung langsam schon angesichts Ihrer Stärke oder besser gesagt Ihrer Schwäche langweilig finde. Ich will lieber von dem reden, was der Parlamentarische Untersuchungsausschuß deutlich gemacht hat. Er hat zum Beispiel deutlich gemacht – aber das wußten wir schon zu seinem Beginn –, daß es auch in der Hamburger Staatsverwaltung und dem, was daran hängt, Korruption gibt. Es hat zweifellos jemand in Altona mit Hilfe öffentlicher Gelder sein Privathaus instand setzen lassen. Das läuft auf dem Niveaulevel, auf dem Korruption in sozialdemokratisch regierten Ländern abgeht, nämlich immer nicht so doll. Die Summen, die da im Spiel sind, sind vergleichsweise harmlos gegenüber dem, was bei anderen Regierungen stattfindet. Herr Schreiber, der berühmte Mann in Kanada, würde bestimmt nicht in die sozialdemokratische Partei passen. Wenn von Korruption die Rede ist, dann muß man einfach sehen, welche Summen wo bewegt werden.

(Uwe Grund SPD: Es gab keine Korruption!)

– Korruption ist es immer, wenn man öffentliches Geld zu privaten Zwecken verwendet. Das nenne ich Korruption.

(Uwe Grund SPD: Das ist aber falsch!)

B Sie können das anders nennen. Das hat stattgefunden. Zweifellos wird das Geld jetzt auch zurückverlangt und so weiter.

(Antje Blumenthal CDU: Wie? Was haben Sie denn gelesen?)

Dann hat sich herausgestellt – und das ist schon etwas schlimmer –, daß es in dieser Behörde, die untersucht werden sollte, ziemlich drunter und drüber ging. Ich bin nicht der Meinung, daß die von der Opposition her wünschenswerte Kategorie Filz ein Mittel ist, um das richtig zu erfassen, was da stattgefunden hat. Ich würde eher sagen, Sumpf oder etwas ähnliches.

Es hat sich herausgestellt, daß es keine ordentliche Verwaltung gab, aus unterschiedlichen Gründen. Es ist am unwahrscheinlichsten, daß es daran lag, daß es irgendwelche sozialdemokratischen Befehle von oben nach unten gab, denn es hat sich ja gerade herausgestellt, daß es noch nicht einmal eine ordentliche Struktur mit sozialdemokratischen Richtlinien gab. Das ist viel schlimmer. Es gab offenbar in der Tat großes Chaos, und das kann weder ein Vertreter einer Regierungsfraktion noch einer Oppositionsfraktion begrüßen, daß es so etwas gegeben hat.

Unter Filz versteht man ja gemeinhin, wenn Stellen besetzt werden, Stellen mit Parteigängern, obwohl es eigentlich bessere Leute gäbe. Das wäre eigentlich der Normalgebrauch für Filz. Das wird es in Hamburg sicherlich gegeben haben,

(Antje Blumenthal CDU: Jetzt nicht mehr?)

aber aus meiner dreijährigen Erfahrung als Abgeordneter einer Regierungsfraktion sage ich, daß es nicht immer ganz leicht ist, dafür zu sorgen, daß alle Stellen ausgeschrieben

C werden, wo man Angst hat, es könnte passieren. Aber am allerwenigsten werden Stellen ausgeschrieben, wenn die CDU im Proporz dabei ist. Das gibt es ja nach wie vor, und die CDU legt großen Wert darauf, daß sie im Proporz immer mitspielt. Selbstverständlich wird die Stelle eines stellvertretenden Leiters der Landeszentrale für politische Bildung nicht ausgeschrieben, weil die CDU die Stelle besetzt. Das ist erst vor kurzem geschehen, und das nenne ich Filz. Das zur Stellenbesetzung.

Ich glaube, daß es nicht immer richtig war, was ich gesehen und erlebt habe, wie Stellen besetzt werden, aber da würde ich als erstes sagen, daß Sie Ihren wunderbaren Teil dabei haben, und Sie wollen das auch so. Sie wollen mitwirken, und sie wollen Ihren Proporzteil an der hamburgischen Verwaltung mitmachen.

(Rolf Kruse CDU: Mein Gott!)

Wir sind in der Tat relativ erfolgreich damit, daß wir dort, wo immer wir etwas mitzureden haben, dafür sorgen, daß Stellen öffentlich ausgeschrieben werden. Das zum Filz.

Ich will aber noch einmal sagen: Was stattgefunden hat, ist für mich erschreckend. Ich hätte nicht gedacht, daß es in Behörden so aussieht. Ich war viel gutgläubiger, und für mich ist das ein richtiges Erlebnis, zu erfahren, daß es Behörden gibt, in denen es so aussieht, wie es in der BAGS ausgesehen hat. Ich gehe einmal davon aus, daß es Senatoren vielleicht auch so geht, daß sie nicht alles ganz sicher wissen, wie es bei ihnen in großen Behörden zugeht, daß sie merken, hoppla, da mußt du einmal nachschauen. Ich gehe jedenfalls davon aus, daß sie das wollen. Aber das eigentliche Erschrecken betrifft ja mich als Abgeordneten, und da muß ich sagen, vielleicht betrifft das auch die Opposition.

D Wir beschließen in wenigen Tagen wieder einmal den nächsten Haushalt mit fast 17 Milliarden DM. Was ich aus dem PUA gelernt habe, ist, daß ich das eigentlich ziemlich blind tue, und vermutlich tun das die meisten von Ihnen. Da gibt es vielleicht von jeder Fraktion zwei, drei Experten. Der Vorsitzende des Haushaltsausschusses und die Sprecher wissen ein bißchen Bescheid, was sie tun, und wir anderen haben wenig Ahnung. Dann erfahren wir anschließend, was los ist. Jetzt möchte ich mal wissen, was macht man in dieser Situation? Da muß man neue Beziehungen zwischen Bürgerschaft und Senat herstellen – davon hat der PUA geredet –, und dann muß man aber auch dafür sorgen, daß die Abgeordneten fähig sind, das auszuführen, wozu sie sich dem Volk gegenüber verpflichtet haben.

Nun gibt es keinen Berufsstand in Deutschland – ich habe das neulich schon im Verfassungsausschuß gesagt – außer den Abgeordneten, die verfassungsmäßig das Recht auf Faulheit haben. Jetzt kann ich es mir nicht verkneifen zu sagen, die CDU nutzt das aus. Aber umgekehrt hat dieses Parlament das Problem, daß sie das Recht auf Fleiß nicht anerkennt. Dieses Parlament hat mit ihrer Struktur, mit dem gegenwärtig real existierenden Status von Abgeordneten das Problem, daß das Parlament nicht akzeptiert, daß es Abgeordnete geben könnte, die ihre ganze Zeit und ihren Beruf dieser Politik widmen wollen, und das ist wirklich ein Skandal. An dieser Stelle, wo wir alle gemerkt haben, was in diesem Staat passieren kann, dann sich hinzusetzen und zu sagen, wir können das Problem aber leider nicht lösen, das ist eine Bankrotterklärung des Parlaments.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

- A **Vizepräsident Berndt Röder:** Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Dann lasse ich zunächst über den CDU-Antrag 16/5136 abstimmen.

Wer möchte denselben annehmen? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Dann ist dieses mehrheitlich abgelehnt.

Wer möchte das Petition aus der Drucksache 16/5000 annehmen? Es handelt sich um das Petition des Ausschusses, und über dasselbe lasse ich nunmehr abstimmen. Wer möchte demselben seine Zustimmung geben? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Dann ist dieses mehrheitlich beschlossen.

Ich rufe nunmehr den Tagesordnungspunkt 52 auf: Drucksache 16/4965: Antrag der CDU-Fraktion zur vollen Beteiligung der EU-Bürger an kommunalen Entscheidungen in Hamburg.

**[Antrag der Fraktion der CDU:
Volle Beteiligung der EU-Bürger an kommunalen
Entscheidungen in Hamburg – Drucksache 16/4965 –]**

Die GAL-Fraktion beantragt, diese Drucksache dem Europausschuß zu überweisen. Hierzu wird das Wort gewünscht. Der Abgeordnete Kruse hat es.

Rolf Kruse CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich kann verstehen, wenn jetzt alle nach der vorherigen Debatte hinaus wollen. Das ist in Ordnung, aber lassen Sie mich ein paar Sätze zu dem ungenügenden Kommunalwahlrecht in Hamburg sagen.

- B Wer die heutige Tagesordnung der Bürgerschaft sieht, kann ohne weiteres feststellen,

(Unruhe im ganzen Hause – Glocke)

daß die Behauptung, daß 80 Prozent der Tagesordnung der Bürgerschaft kommunale Themen sind, richtig ist. Nun haben wir aber seit den Verträgen von Amsterdam und Maastricht den Bürger der Europäischen Union, der ein kommunales Wahlrecht hat. Dies ist auch gar kein Problem in allen Flächenstaaten. Da ist klar, was das Kommunalrecht meint.

Es gibt im übrigen auch kein Problem in Berlin. In Berlin haben wir eine kommunal ausgeprägte Bezirksversammlung und auch eine kommunal bestimmte Bezirksverwaltung. In unserem kleinen Nachbarland Bremen hat man selbstverständlich in Bremerhaven den Magistrat, der von den Bürgern der EU genauso wie von den deutschen Bremerhavenern gewählt wird.

Für die Stadt Bremen gibt es sogar etwas ganz Ungeöhnliches. Die 80 Abgeordneten aus der Stadt Bremen sind personenidentisch in der Landesbürgerschaft und in der Stadtbürgerschaft. Insoweit haben die Bremer nach meiner Auffassung das weitestgehende kommunale Wahlrecht von Bürgern aus der Europäischen Union.

Daß wir in Hamburg nur ein rudimentäres Kommunalwahlrecht haben, ist unbestritten und wird auch dadurch deutlich, daß staatswissenschaftlich von unseren Bezirksversammlungen gelegentlich auch als Verwaltungsausschuß gesprochen wird. Wir meinen, dies muß alles so sein, weil Artikel 4 der Hamburger Verfassung vorsieht, daß staatliche und kommunale Aufgaben nicht getrennt werden. Andererseits frage ich mich, rechtfertigt diese Hamburgensie die große Reduzierung der Mitwirkung der Bürger der Eu-

ropäischen Union an der Hamburger kommunalen Angelegenheit?

C

Für mich kommt eigentlich dabei heraus, daß wir ein kommunales Zwei-Klassen-Wahlrecht haben. Die deutschen Hamburger haben natürlich das Wahlrecht zur Bezirksversammlung, aber auch zur Bürgerschaft – 80 Prozent kommunale Entscheidungen –, während die EU-Bürger lediglich das Wahlrecht zur Bezirksversammlung haben. Die haben also so eine Art Placebo-Kommunalwahlrecht, weil in Wahrheit nichts endgültig entschieden werden kann. Es stellt sich auch die Frage, ob die Hamburger Regelungen hinreichenden Einwendungen standhalten, wenn ein EU-Bürger das einmal beklagt.

Die Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs, daß Frauen auch Dienst an der Waffe freiwillig tun dürfen, hat zu einer Grundgesetzänderung geführt, weil das Recht der Europäischen Union hier unser Grundgesetz überholt hat. Insoweit wollen wir mit unserem Antrag einmal klären, in welche Richtung wir gescheiterweise auch im Interesse der immer gepriesenen Erweiterung und Vertiefung der Europäischen Union gehen. Dies wollen wir mit unserem Antrag erreichen. Ich glaube, wenn wir über Europa reden, ist eines auch wichtig: Schularbeiten zu Hause machen, wenn man zu Hause etwas leisten kann, und dies können wir leisten. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort hat der Abgeordnete Kloß.

Rolf-Dieter Kloß SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Meine Damen und Herren von der CDU, ich halte diesen Antrag für einen Show-Antrag, für eine Travestie, weil im Gewande einer EU-Freundlichkeit etwas ganz anderes insinuiert wird. Ich werde es Ihnen erläutern.

D

Sie behaupten – und ich finde, ziemlich dreist –, daß Hamburg seinen EU-Bürgern die in Deutschland geringsten Rechte einräumt.

(Rolf Kruse CDU: Ja, das meinen wir!)

– Das meinen Sie, es wird aber dadurch nicht richtiger. Es ist eine in meinen Augen vorsätzliche, aber leicht durchschaubare Falschbehauptung.

Die EU-Bürger in Hamburg – Sie haben es allerdings auch selbst eingeräumt – haben selbstverständlich das aktive und das passive Wahlrecht zu den Bezirksversammlungen. Das beruht auf der Anwendung von nationalem Recht, nämlich Artikel 28 des Grundgesetzes und Europarecht, nämlich dem Vertrag von Maastricht, jetzt Amsterdam, und der Kommunalwahlrecht-Richtlinie der Europäischen Union von 1994. Die EU-Bürger hatten übrigens schon vorher, wie auch weiterhin jetzt die Nicht-EU-Bürger, das Recht zur Mitwirkung in den Fach- und Regionalausschüssen der Bezirksversammlungen als zugewählte Bürger.

Sie fordern nun, meine Damen und Herren von der CDU, daß der Senat – und nicht etwa die Bürgerschaft – Ideen entwickeln soll, wie er das Wahlrecht der Unionsbürger auf die Wahl zur Hamburgischen Bürgerschaft erstrecken will. Unterstützend dazu soll die Bürgerschaft dann feststellen, daß die kommunalpolitischen Rechte in der Freien und Hansestadt Hamburg überwiegend bei der Hamburgischen Bürgerschaft liegen.

Es ist uns allen bekannt, verehrter Herr Kruse, daß in Hamburg staatliche und gemeindliche Tätigkeiten nicht getrennt

(Rolf-Dieter Klooß SPD)

- A werden. So steht es auch – Sie haben es zitiert – in Artikel 4 Absatz 1 der hamburgischen Verfassung. Insofern hat die Bürgerschaft selbstverständlich auch Aufgaben gemeindlicher Prägung. Aber in welchem Verhältnis diese Aufgaben zu Aufgaben staatstätlicher Tätigkeit, auch der Gesetzgebung, stehen, das mag für verfassungsrechtliche Doktorandenseminare interessant sein, ist aber nicht die Aufgabe der Bürgerschaft, wissenschaftliche Streitfragen zu entscheiden. Das machen wir nicht mit. Es würde auch nichts helfen, denn nach Gemeinschaftsrecht, nämlich der erwähnten EU-Richtlinie, sind die Bezirke sogenannte lokale Gebietskörperschaften der Grundstufe, und darauf nimmt das Grundgesetz Bezug in Artikel 28 Absatz 1 Satz 3 Grundgesetz. Diesen Artikel können wir und auch der Senat natürlich nicht ändern.

(Dr. Martin Schmidt GAL: Das hat Hamburg ja herbeigeführt!)

Es gab zwar mal einen Vorstoß des Landes Bremen zugunsten einer Art Stadtstaatenklausel, der aber im Jahr 1992 abgelehnt wurde, und zwar von der CDU/CSU-Regierung. Deshalb nenne ich diesen Antrag scheinheilig. Ich halte ihn für einen Täuschungsversuch, denn es geht in Wahrheit um etwas ganz anderes bei Ihnen. Es geht um eine Verlagerung von Landesaufgaben auf die Bezirke zu Lasten der Bürgerschaft. Dies ist für mich in doppelter Hinsicht nicht akzeptabel.

(Rolf Kruse CDU: Sozialdemokratisch nicht akzeptabel!)

Zum einen ist das Bezirksverwaltungsgesetz gerade unter Ihrer Mitführerschaft am Anfang dieser Legislaturperiode vor drei Jahren verändert worden. Mit dem Ergebnis dieser Veränderung – ich scheue immer das Wort Reform – werden wir uns sicher noch befassen müssen. Vielleicht werden wir auch Korrekturen vornehmen müssen, aber doch nicht jetzt und in diesem Zusammenhang.

Dann steht dieses Petition auch im krassen Widerspruch zu Ihrer ständigen, im übrigen zum Teil auch berechtigten Klage, daß die Bürgerschaft wie auch die übrigen Länderparlamente der Republik in ihren Kompetenzen geschwächt werden. Aber sehen Sie doch bitte ein, daß Sie dies nicht mit diesem Antrag ändern, daß Sie hiermit auf dem Holzweg sind. – Danke schön.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Herr Dr. Schmidt.

Dr. Martin Schmidt GAL: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich habe schon das Gefühl, daß mein Wirken in der Bürgerschaft nicht ganz umsonst ist, obwohl es schwierig ist, die eigenen Erfolge zu bewerten.

Im November 1995 hat die GAL einen Antrag eingebracht mit dem Titel „Wahlrecht für EU-Bürger und -Bürgerinnen, Wahlrecht für andere Ausländer – Schaffung eines Unionsbürgerrechts“. Dieser Antrag ist, um es gleich zu sagen, damals im Rechtsausschuß mit den Stimmen von SPD, CDU und STATT-Partei abgelehnt worden. Die CDU greift heute einen Teil dieses Antrags wieder auf, aber sie greift ihn, wie ich finde, sehr schlecht und falsch auf, denn das Problem des kommunalen Wahlrechts der Hamburgischen Bürgerschaft ist gewissermaßen ausgelutscht.

Zu Herrn Klooß muß man in der Tat dazu sagen, daß die heutige Rechtslage auf einem zwischen der Bundesregie-

runge und dem Senat der Freien und Hansestadt Anfang der neunziger Jahre übereinstimmenden Verfahren beruht. Hamburg hat großen Wert darauf gelegt, daß die Bremer Initiative scheitert, und hat das auch in Bonn durchgesetzt. Deswegen hat sich die Bundesregierung in Brüssel so verhalten. Das nur zur Geschichte.

Was man herbeigeführt hat, könnte man auch wieder ändern. Aber ich finde sowieso, daß das Schnee von gestern ist. Man muß etwas ganz anderes tun. Man muß dafür sorgen, daß bei dem nächsten Reformschritt auf europäischer Ebene in dieser Richtung das eingeführt wird, was bereits im Jahre 1995 von der Generaldirektion Wissenschaft des Europäischen Parlaments vorgeschlagen wurde, nämlich die Ausweitung des Kommunalwahlrechts auf Regionalwahlrecht. Dort wurde formuliert:

„Die gleichen Gründe, Aufenthalt und Integration im Gastland, die zur Schaffung des aktiven und passiven Wahlrechts bei Kommunalwahlen bestehen, können auch bei Wahlen zu regionalen Körperschaften und auch bei Wahlen zu staatlichen Parlamenten geltend gemacht werden.“

Das Europäische Parlament hat damals allerdings selbst darauf verzichtet, die damals fälligen Reformen des Maastrichter Vertrages mit einzubeziehen, und hat gesagt, das muß man später machen, wenn sich das Kommunalwahlrecht allseits durchgesetzt hat. Das ist der einzige Grund, weswegen wir beantragen, die Sache im Europaausschuß zu verhandeln, damit man dort den aktuellen Stand der Debatte in europäischen Gremien erfahren kann und dann vielleicht Hamburg darüber nachdenkt, was es tun könnte, um die Unionsbürgerschaft noch mit mehr Gewicht zu versehen, als sie jetzt schon hat. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Vizepräsident Berndt Röder: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Dann lasse ich über den Überweisungsantrag an den Europaausschuß abstimmen. Wer möchte so befinden? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Dann ist dies einstimmig überwiesen.

Ich rufe die Drucksache 16/4996 auf: Mitteilung des Senats zur Einführung einer Festbetragsfinanzierung und Steueroptimierung bei der Förderung arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen.

**[Senatsmitteilung:
Einführung einer Festbetragsfinanzierung und
Steueroptimierung bei der Förderung
arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen
– Drucksache 16/4996 –]**

Diese Drucksache wurde am 2. November 2000 dem Haushaltsausschuß im Vorwege zur Beratung überwiesen. Die GAL-Fraktion hat die Senatsmitteilung dennoch zur Debatte angemeldet. Darüber hinaus beantragt sie, die Drucksache mitberatend an den Sozialausschuß überweisen zu wollen.

Wird hierzu das Wort gewünscht? – Das scheint nicht der Fall zu sein. Die Drucksache wurde bereits an den Haushaltsausschuß überwiesen. Wer möchte sie dann mitberatend an den Sozialausschuß überweisen? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Dann ist dieses einstimmig beschlossen.

Ich rufe nunmehr den Tagesordnungspunkt 56 auf: Antrag der Gruppe REGENBOGEN zum Beitrag der Hamburger

(Vizepräsident Berndt Röder)

- A öffentlichen Unternehmen zur NS-Zwangsarbeiter- und -Zwangsarbeiterinnenentschädigung.

[Antrag der Gruppe REGENBOGEN – für eine neue Linke:

Beitrag der Hamburger öffentlichen Unternehmen zur NS-Zwangsarbeiter/innenentschädigung – Drucksache 16/5046 –]

Wird hierzu das Wort gewünscht? – Das ist der Fall. Die Abgeordnete Koppe hat es.

Julia Koppe REGENBOGEN – für eine neue Linke: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wie bekannt ist, war die Stadt in Hamburg der größte einzelne Arbeitgeber beim Einsatz von Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern. Der Senat hat dementsprechend für die öffentlichen Unternehmen Zahlungen in Höhe von 10 Millionen DM an die Bundesstiftung zugesagt.

Bedauerlicherweise hat er aber gleichzeitig bekanntgegeben, daß er diese Summe in den Fonds der deutschen Wirtschaft einzuzahlen gedenkt. Die Abmachung im Stiftungsgesetz ist dagegen eindeutig. Die deutsche Privatwirtschaft hat für das Aufbringen von 5 Milliarden DM geradzustehen, und für den Fall, daß dieser Betrag nicht zustande kommt, gibt es die Zusage der Gründungsunternehmen, durch Erhöhung der eigenen Beiträge den fehlenden Betrag zu den vereinbarten 5 Milliarden DM aufzustocken. Ohne diese Zusage wäre das Stiftungsgesetz nicht zustande gekommen. Das heißt, die Auszahlungen an ehemalige NS-Zwangsarbeiterinnen und -Zwangsarbeiter dürften nicht daran scheitern, daß die deutsche Wirtschaft das Geld nicht zusammenbringt.

- B Seit Monaten ist nun das unsägliche Schauspiel zu beobachten, wie sich der Großteil der Unternehmen vor den Zahlungen drückt, und die Gründungsunternehmen haben natürlich auch keine Lust, vorschnell die zugesagten 5 Milliarden DM zu komplettieren. Die deutsche Wirtschaft läßt deswegen nichts unversucht, um den Anteil der öffentlichen Gelder an der Bundesstiftung zu erhöhen und eigene zu vermindern. Hatte der Senat uns noch auf unsere Kleine Anfrage, Drucksache 16/4556, zugesichert, daß – Zitat –:

„... entsprechend dem für unmittelbare Mehrheitsbeteiligungen des Bundes in Paragraph 3 Absatz 2 Nummer 2 des Stiftungsgesetzes vorgesehenen Verfahren“

– die Beiträge der Hamburger öffentlichen Unternehmen – „über die Freie und Hansestadt Hamburg in die Bundesstiftung erbracht werden sollten.“

– das heißt also nichts anderes, als daß diese Anteile den Bundesanteilen zugerechnet werden sollen –, so begründet der Senat seine neuerliche Entscheidung, nämlich nun doch in den Fonds der deutschen Wirtschaft einzuzahlen, in der Antwort auf unsere Kleine Anfrage, Drucksache 16/5021, so – Zitat –:

„Der Senat verknüpft damit die Erwartungen, daß die öffentlichen Unternehmen mit diesem bundesweit vorbildlichen Engagement ein Beispiel für die private Wirtschaft geben, der im Stiftungsgesetz übernommenen Verantwortung gerecht zu werden.“

Der Hamburger Senat geht also der deutschen Wirtschaft mit leuchtendem Beispiel voran, indem er die Wirtschaft der Verpflichtung enthebt, für die zugesagten Beiträge aufzukommen? Das ist seitens des Senats keine glaubwürdige Argumentation, es ist – ehrlich gesagt – unverschämte.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke) C

Man fragt sich, wie es seitens des Senats zu diesem Positionswechsel kommen konnte. Wenn man die Debatte in ihrer Bandbreite und ihrer geschichtlichen Entwicklung verfolgt hat, wird deutlich, daß die Mehrheit der deutschen Unternehmen nicht daran denkt, sich an Entschädigungszahlungen zu beteiligen. Die Stiftungsinitiative selbst hat es in die Diskussion gebracht, daß die öffentlichen Unternehmen auch in den Fonds der Wirtschaft einzahlen sollen.

Der Deutsche Städtetag empfahl daraufhin, dieses Ansinnen abzulehnen. Daraufhin wendete sich die Stiftungsinitiative der Privatwirtschaft am 14. September mit einem Schreiben direkt an die Aufsichtsräte der kommunalen Wirtschaft, in dem sie diese aufforderte, Entschädigungszahlungen in den Wirtschaftstopf einzubringen.

Am 11. Oktober machte schließlich BDI-Chef Henkel den Vorschlag, das Stiftungsgesetz so zu ändern, daß es die Zahlungen öffentlicher Unternehmen in den Fonds der Wirtschaft ermöglicht. Dieses – wie auch die Forderung, die Telekom, Post und Bahn sollen in den Wirtschaftsfonds einzahlen – wurde einhellig von allen im Bundestag vertretenen Parteien, vom Bundesfinanzministerium und vom Bundeskanzler abgelehnt.

Die Ablehnung erfolgte natürlich auch zu Recht, weil überhaupt nicht einzusehen ist, weshalb die öffentliche Hand auch noch den Wirtschaftsanteil tragen und damit die Kalkulationsnähe der Unternehmen, die sich weigern, einzuzahlen, honorieren soll.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Inzwischen wollen bereits einige öffentliche Unternehmen in Hamburg in den Topf der Stiftungsinitiative der deutschen Wirtschaft einzahlen. Ob die zugesagten Summen bereits geflossen sind, weiß ich nicht. Unter diesen öffentlichen Unternehmen befinden sich zum Beispiel die Hamburger Hochbahn, die Hamburger Wasserwerke, der LBK, die Hamburger Friedhöfe und der Hamburger Flughafen.

Wir verlangen vom Senat, dafür zu sorgen, daß weitere Zahlungen von Hamburger öffentlichen Unternehmen nicht mehr auf das Konto der deutschen Wirtschaft gehen, sondern als Zustiftung an die Bundesstiftung gezahlt werden, und zwar deshalb, weil der Bund im Zusammenhang mit der Steuerreform die Länder davon entlastet hat, sich am Bundesanteil zu beteiligen. Insofern sind die Kommunen – auch die Stadt Hamburg – über eine Zustiftung in der Lage, für mehr Verteilungsgerechtigkeit bei den Zahlungen an die Opfer von Zwangsarbeit zu sorgen.

Aus genau diesem Grund tritt übrigens auch der Stellvertretende Fraktionsvorsitzende der CDU im Deutschen Bundestag, Herr Wolfgang Bosbach, dafür ein, daß die kommunalen Unternehmen ihre Beiträge in Form einer Zustiftung an die Bundesstiftung zahlen, um damit die Gesamtsumme der den Opfern zur Verfügung stehenden Gelder zu erhöhen. Auch der Rat der Stadt Köln hat im September einen Beschluß in Richtung Zustiftung gefaßt.

Es kann unserer Meinung nach nicht sein, daß Hamburg die Drückebergerei der deutschen Wirtschaft mit dem Einsatz weiterer öffentlicher Gelder honoriert.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Es gibt auch keinen einzigen Grund, warum Hamburg weiter so verfahren sollte.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

A Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort erhält der Abgeordnete Professor Kopitzsch.

Dr. Franklin Kopitzsch SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Lassen Sie mich am Anfang zwei Worte der Anerkennung sagen, die sowohl an die betroffenen Unternehmen als auch an diejenigen gehen, die erst vor kurzem gegründet wurden und sich in der letzten Zeit an der Initiative beteiligt haben.

(Beifall bei Wolf-Dieter Scheurell SPD)

Ein weiterer Dank gilt den Medien – insbesondere den Hamburger Medien –, die nicht nachlassen, auf die Problematik des Nichtbeitritts hinzuweisen. Es ist sehr wichtig, daß dies weiter geschieht, denn Medien leisten einen wichtigen Beitrag zur Aufklärung und Information der Öffentlichkeit.

Ich möchte darauf hinweisen, daß das angesprochene Stiftungsgesetz in Paragraph 3 Absatz 3 nur für Unternehmen des Bundes gilt und daß die Empfehlung des Deutschen Städtetags vom September den Städten verschiedene Möglichkeiten einer Beteiligung anbietet, ohne daß ein klares Votum – für oder gegen eine dieser Möglichkeiten – abgegeben wird.

(Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt übernimmt den Vorsitz.)

Hamburg ist wegen seiner doppelten Funktion als Stadt und als Land in einer besonderen Situation. Gelegentlich kommt bei Städtetagsempfehlungen auch die Stadtstaatenproblematik zum Zuge. Es ist nicht unwichtig, darauf hinzuweisen, daß Berlin mit seinen öffentlichen Unternehmen wie Hamburg verfährt.

B Die Beweggründe, die den Senat geleitet haben, sich so zu entscheiden, sind durchaus nachvollziehbar. Die Vorbildfunktion der öffentlichen Unternehmen für die Privatwirtschaft ist entscheidend gewesen. Ein weiteres Argument war die zügige Umsetzung des Stiftungszweckes, um die Entschädigungen für die Betroffenen so schnell wie möglich zu erreichen.

In Verbindung mit den Aktivitäten, die das Präsidium der Bürgerschaft und die Handelskammer entwickelt haben, ist diese Entscheidung richtig und nachvollziehbar.

Frau Koppke hat aus der Antwort des Senats auf ihre Anfrage – Drucksache 16/5021 – zitiert, daß der Senat damit die Erwartung verknüpfe, daß die öffentlichen Unternehmen mit diesem bundesweit vorbildlichen Engagement ein Beispiel für die Privatwirtschaft geben, der im Stiftungsgesetz übernommenen Verantwortung gerecht zu werden und eingegangene Verpflichtungen zu erfüllen. Der Erste Bürgermeister hat sich in diesem Sinne an die Hamburger Wirtschaftsorganisationen gewandt. Auch von dieser Stelle – langsam müßten wir es leid sein – muß man immer noch diejenigen auffordern, die beiseite stehen, den zu ihrem eigenen Nutzen überfälligen Beitritt zu vollziehen.

Ich möchte noch zwei Hinweise geben, denn die Drucksache 16/4945 ist hier mehrfach – auch in der Antwort des Senats auf die Anfrage von Frau Koppke – angesprochen worden.

Erstens: Wir können alle dankbar sein, daß das Besuchsprogramm zustande kommt und sich die Zusammenarbeit mit dem Freundeskreis der KZ-Gedenkstätte Neuen-gamme noch einmal bewähren wird. Es ist wichtig, daß dies finanziell abgesichert geschehen kann.

C Zweitens: Aus der Drucksache 16/4945 geht auch hervor, daß die wissenschaftliche Erarbeitung, die wir schon mehrfach thematisiert haben, weiterhin in der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg erfolgt und daß auch daran gedacht wird, eine Auskunftsdienststelle aufgrund des erarbeiteten Materials einzurichten, die für die Betroffenen einen wichtigen Schritt bedeutet.

Der Hamburger Weg der möglichst aktiven und zügigen Unterstützung der Stiftungsinitiative bleibt nach wie vor richtig. Von daher unterstützen wir auch den Senat bei dieser hier zur Debatte stehenden Entscheidung.

(Beifall bei der SPD, der CDU und der GAL)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort hat jetzt Herr Schira.

Frank-Thorsten Schira CDU:* Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Vor fast einem Jahr hat sich die Bürgerschaft zur historischen Verpflichtung unserer Stadt gegenüber den Zwangsarbeitern bekannt.

Nach einigen Diskussionen hat der Senat im September erklärt, daß die öffentlichen Unternehmen Hamburgs der Stiftungsinitiative beitreten und circa 10 Millionen DM einzahlen werden. Alle Fraktionen dieses Hauses haben dies begrüßt.

(Heike Sudmann REGENBOGEN – für eine neue Linke: Die müssen auch mal anfangen!)

Erst Anfang dieses Monats ist die Gruppe REGENBOGEN darauf gekommen, dieses Verfahren zu kritisieren,

(Zuruf von Heike Sudmann REGENBOGEN – für eine neue Linke)

D während Monate zuvor der angebliche Stillstand in Sachen Zahlungsbereitschaft der öffentlichen Unternehmen von ihr massiv kritisiert wurde.

Man bekommt den Eindruck, daß alles, was in Sachen Entschädigung für die ehemaligen Zwangsarbeiter unternommen wird, falsch ist; nur Sie haben die richtigen Antworten.

Lassen Sie mich einige Worte zu Ihrem Antrag sagen. Ich verstehe nicht, warum auf einmal die Beteiligung Hamburger öffentlicher Unternehmen an der Stiftungsinitiative von Ihnen in Frage gestellt wird und warum Sie behaupten, daß die vom Senat angekündigten Zahlungen nicht dem Willen des Bundesgesetzes entsprechen. Weiterhin verstehe ich nicht, warum Sie den Eindruck erwecken, daß die Hamburger Zahlungen den Beschlüssen des Deutschen Städtetages entgegenstehen.

Die Länder und Kommunen sind nicht an der Aufbringung des Bundesanteils beteiligt. Der Deutsche Städtetag hat kein klares Votum für oder gegen eine bestimmte Beteiligungsform beschlossen. Zahlreiche öffentliche Unternehmen sind Mitglieder der Handelskammer Hamburg und der Aufforderung der Kammer zum Beitritt zur Stiftungsinitiative gefolgt. Das ist im besten Sinne hanseatisch und beispielgebend für Teile der Privatwirtschaft.

Durch diesen Schritt wird die Wirtschaft nicht aus der von ihr formulierten Selbstverpflichtung entlassen, im Gegenteil. Dem Präses der Handelskammer, der sich in dieser Angelegenheit sehr engagiert, wird durch den Beitritt der öffentlichen Unternehmen die Möglichkeit gegeben, so manchen zögernden Betrieb für die Initiative zu gewinnen, zumal die bisherige Unterstützung der deutschen Wirtschaft wahrlich kein Ruhmesblatt ist.

(Frank-Thorsten Schira CDU)

A (Heike Sudmann REGENBOGEN – für eine neue Linke: Ach!)

Das Leid der früheren Zwangsarbeiter in unserer Stadt können wir durch Geld nicht gutmachen, aber auf den Beginn der Auszahlungen wird dringend gewartet. Ich bin mir sicher, daß die Stiftungsinitiative trotz aller Probleme die Auszahlung vornehmen und die Wirtschaft sich an ihre Verpflichtung halten wird. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU – Heike Sudmann REGENBOGEN – für eine neue Linke: Wann denn?)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort hat Herr Zamory.

Peter Zamory GAL: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Mir geht es so wie den Vorrednern. Ich verstehe den Antrag der Gruppe REGENBOGEN nicht, weil diese in einer Pressemitteilung vom 20. September den Senatsbeschluß ausdrücklich begrüßt hat,

(Heike Sudmann REGENBOGEN – für eine neue Linke: Ja, richtig!)

daß öffentliche Unternehmen mit 0,1 Prozent ihres Umsatzes wahrscheinlich eine Summe von 9 bis 10 Millionen DM einzahlen. Ich habe so ein bißchen den Eindruck ...

(Glocke)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt (unterbrechend): Herr Zamory, lassen Sie eine Zwischenfrage zu?

Peter Zamory (fortfahrend): Im Moment bitte keine Zwischenfrage.

B Ich habe den Eindruck, daß die Frage der Stiftungsinitiative und des Versagens großer Teile der Wirtschaft, sich angemessen zu beteiligen, der Gruppe REGENBOGEN nützen soll, ihren letzten antikapitalistischen Kampf zu führen. Sehr glaubwürdig ist dies aber nicht. Der Heiligenschein, den Sie sich in dieser Debatte aufsetzen, ist langsam unerträglich.

(Vereinzelter Beifall bei der GAL und der SPD – Zuruf von REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Mit Stand vom 27. November sind 287 Hamburger Unternehmen der Stiftungsinitiative beigetreten; auf Bundesebene sind es per 28. November 4861 Unternehmen. Das ist immer noch zu wenig, um die Summe insgesamt aufzubringen.

Ich glaube nicht, daß Ihre Initiative dazu beiträgt, diesen Anteil zu erhöhen. Für uns ist es wichtig, daß neben der Verpflichtung, sich angemessen an dieser Stiftung zu beteiligen, das Besuchsprogramm für die ehemaligen Zwangsarbeiter umgesetzt wird. Wir möchten herausstellen, daß auch die Bürgerschaft mit 100 000 DM aus der Troncabgabe einen Beitrag dazu leistet. Das ist wichtig und hat Bestand.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD und der CDU)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort hat jetzt Frau Sudmann.

Heike Sudmann REGENBOGEN – für eine neue Linke: Ich frage mich, ehrlich gesagt, warum es allem Anschein nach trotz der vielen Debatten immer noch Menschen gibt, die

C nicht verstehen, daß es zwei Töpfe gibt. Herr Schira und Herr Zamory, es gibt zwei Töpfe.

Der Topf der Wirtschaft ist für diese Stiftung das größte Problem. Sie alle haben hier immer beklagt, daß es nicht angehen kann, daß die Wirtschaft in diesen Topf nicht einzahlt. Diese von Hamburg in den Wirtschaftstopf einfließenden 10 Millionen DM werden die Wirtschaft wiederum entlasten, obwohl niemand sagt, die Wirtschaft hätte keine Verpflichtung.

Das ist kein antikapitalistischer Kampf, Herr Zamory, sondern eine Verpflichtung der Wirtschaft. Ich kann nicht verstehen, daß Sie uns das Aufsetzen eines Heiligenscheins unterstellen. Das ist völlig absurd.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Zu Ihrer Information: Sämtliche der im Bundestag vertretenen Parteien – dazu zählen auch die hier anwesenden –, das Bundesfinanzministerium und sogar der Bundeskanzler haben sich dagegen ausgesprochen, daß Beitragszahlungen von öffentlichen Unternehmen in den Wirtschaftstopf eingezahlt werden. Sie finden das aber in Ordnung. Nach den hier lange geführten Debatten ist dies wirklich beschämend.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Wird weiter das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich jetzt über den Antrag aus der Drucksache 16/5046 abstimmen. Wer möchte diesen annehmen, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dann ist der Antrag mit sehr großer Mehrheit abgelehnt.

Ich rufe auf den Tagesordnungspunkt 68: Gemeinsamer Antrag der SPD- und der GAL-Fraktion zum Thema Auswandererhalle auf der Veddel.

[Antrag der Fraktionen der SPD und der GAL: Auswandererhalle auf der Veddel – Drucksache 16/5074 –]

Diese Drucksache möchte die GAL-Fraktion nachträglich federführend an den Stadtentwicklungsausschuß und mitberatend an den Kulturausschuß überweisen. Wer wünscht das Wort? – Frau Gawron, Sie haben das Wort.

Monika Gawron SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Verehrter Herr Ehlers, ich beglückwünsche Sie zu Ihren hellseherischen Fähigkeiten. Offensichtlich haben Sie göttlichen Beistand gehabt, als Sie schon vor drei Tagen wußten, was aufgrund unseres heutigen Beschlusses auf der Veddel passieren wird.

(Karl-Heinz Ehlers CDU: Aufgrund des Beschlusses von heute leider nicht! Geld muß her!)

– Sie haben aber gesagt, dies wird alles passieren. Aus dem Artikel der „Bild“-Zeitung vom 28. November schließe ich, daß Sie unseren Antrag annehmen wollen. Also: Nur zu!

Die heute zur Debatte stehende Halle ist ein Rest der zwischen 1901 und 1906 von der HAPAG auf der Veddel gebauten Auswandererstadt. Auf diesem Weg haben circa 3,6 Millionen Menschen Europa in Richtung Neue Welt verlassen. Diese Halle ist nicht nur in Hamburg, sondern deutschlandweit der letzte verbliebene Bau seiner Art.

(Monika Gawron SPD)

A (Karl-Heinz Ehlers CDU: Richtig!)

Mit der Instandsetzung der Halle für die zukünftige Nutzung als Erinnerungsstätte wird Hamburg etwas in Europa Einmaliges bieten können, und zwar das Gegenstück zur Einwandererstadt auf Ellis Island vor New York.

Die Instandsetzung der Auswandererhalle ist nicht als einzelnes Faktum zu sehen, sondern muß vielmehr in einem größeren Rahmen betrachtet werden. Hamburg hat in den letzten Jahren viel getan, um die Erinnerung an seine Geschichte als einer der größten Auswandererhäfen nicht in Vergessenheit geraten zu lassen.

Es gibt neben ausgeschilderten Stadtrundgängen und Studienfahrten unter anderem auch die preisgekrönte, täglich von circa 13 000 Menschen besuchte Internetseite „Link To Your Roots“ mit der Möglichkeit, in den Passagierlisten nach den Namen der über Hamburg ausgewanderten Vorfahren zu suchen.

Ein Museum, das in der Auswandererhalle in Zusammenarbeit mit dem Museum für hamburgische Geschichte und dem Museum für Völkerkunde betrieben werden soll, wird eine wichtige und sinnvolle Ergänzung sein.

Heute leben auf der Welt circa 55 Millionen Menschen, deren Vorfahren Europa über Hamburg verlassen haben. Der größte Teil dieser Menschen ist in die Vereinigten Staaten ausgewandert. Nicht von ungefähr findet sich dort häufig der Ortsname Hamburg.

Diese Menschen sprechen wir mit unseren Angeboten an, denn bekanntermaßen haben sie ein großes Interesse an ihrer Geschichte und ihrer Herkunft. Noch ist Hamburg, wie der amerikanische Generalkonsul Mister Lynch sagte, den Menschen in den USA unbekannt. Das soll sich ändern. Hamburg macht sich den Menschen bekannt, indem es ihnen hilft, nach ihren Wurzeln zu suchen.

B Die Einrichtung dieses Museum ist in diesem Zusammenhang eine Einladung an die Menschen, sich ein Bild davon zu machen, wie das Leben damals war und welchen Weg ihre Vorfahren genommen haben.

Die Einrichtung dieses Museum ist in diesem Zusammenhang eine Einladung an die Menschen, sich ein Bild davon zu machen, wie das Leben damals war und welchen Weg ihre Vorfahren genommen haben.

(Beifall bei der SPD)

Dabei werden die Nachfahren der Auswanderer auch ein Bild vom heutigen Hamburg erhalten, das sie mit nach Hause nehmen, um für Hamburg zu werben.

Wir werben heute in der Welt mit dem Slogan „Hamburg – Das Tor zur Welt“. Dieses Tor hat eine Geschichte, es wurde für viele Millionen Menschen zum Tor zur Welt. Die Auswandererhalle soll den Nachfahren der Auswanderer helfen, sich ihrer Vorfahren zu erinnern.

Die antragstellenden Fraktionen – ich hoffe, auch die CDU-Fraktion, nachdem sie sich so vehement dafür einsetzt – stehen nicht allein mit ihrer Ansicht, daß diesem Teil der Geschichte ein bleibendes Denkmal gebührt. Auch die CDU vor Ort macht sich Gedanken darüber, wie den Auswanderern ein bleibendes Denkmal gesetzt werden kann. Gegen ein derartiges Symbol ist nichts einzuwenden. Aber warum wollen wir nicht die letzte verbliebene Örtlichkeit, die einen Eindruck davon vermittelt, wie es damals wirklich war, zu diesem Denkmal werden lassen? Hinzu kommt, daß dadurch die touristische Attraktivität Hamburgs verbessert und somit Arbeitsplätze gesichert werden können.

Wer in den letzten Tagen die „Bild“-Zeitung gelesen hat, könnte meinen, die Veddel sei ein verlorener Stadtteil. Mit mir wohnen gemeinsam immerhin noch rund 6000 Bürge-

rinnen und Bürger auf der Veddel, die – wie man auch in der „Bild“-Zeitung lesen kann – dort gerne wohnen. C

Natürlich besteht auch ein lokales Interesse: Mit der Restaurierung der Auswandererhalle kann viel für den Stadtteil erreicht werden. In den Planungen für die weitere Nutzung der Auswandererhalle ist vorgesehen, daß dort Räumlichkeiten für Stadtteilaktivitäten zur Verfügung gestellt werden, die wir auf der Veddel dringend benötigen. Wir verbinden mit diesem Projekt die Hoffnung, die Infrastruktur und die Lebensqualität des Stadtteils zu verbessern.

Mit einem Ausländeranteil von über 60 Prozent ist die Veddel heute außerdem einer der Stadtteile, die in besonderem Maße Aufmerksamkeit und die Unterstützung der Stadt benötigen, um die heute anstehenden Probleme der Integration zu bewältigen. Auch dazu kann die Wiederherrichtung der Auswandererhalle einen Beitrag leisten.

Angesichts der aktuellen Haushaltslage will ich aber noch einige Worte zu den Kosten verlieren. Dieses Projekt ist mit geschätzten 3,5 Millionen DM natürlich sehr teuer. Von diesen Kosten plant die Stadt, im Rahmen der Revitalisierung der Veddel nur einen Bruchteil von 400 000 DM zu tragen. Eine Beteiligung des Bundes in Höhe von 600 000 DM wurde bereits zugesagt. Die restlichen Kosten müssen aus Spenden finanziert werden.

Damit das kein Wunschdenken bleibt, fordern wir den Senat auf, nach Wegen – eventuell kommt auch eine Verpflichtungsermächtigung in Betracht – zu suchen, die zeitnahe Umsetzung ermöglichen.

Daß es ausreichend interessierte Menschen gibt, hat der Wiederaufbau von „Ellis Island“ gezeigt. Für dieses Projekt sind 50 Millionen Dollar an Spenden- und Sponsorengeldern eingegangen.

Wir fordern den Senat auf, sich für die Umsetzung dieses Projektes einzusetzen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit. D

(Beifall bei der SPD, der GAL und vereinzelt bei der CDU)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort erhält Herr Tants.

Henning Tants CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ein netter Antrag. Ich kann verstehen, daß Sie diesen Antrag stellen, weil Sie – das sagten Sie auch – etwas für diesen Stadtteil tun wollen.

Der obere Teil ist ja richtig beschrieben. Frau Gawron, wir sind nicht auseinander, daß diese Halle eine touristische Attraktion wird und für den Stadtteil wertvoll ist.

(Wolf-Dieter Scheurell SPD: Aber?)

Aber Sie haben selbst dargestellt, daß von den 3,5 Millionen DM bisher maximal 1 Million DM – mit dem Bund wurden die Dinge schon abgeklärt – sichergestellt sind. Auch in den Regierungsfractionen sind schon Prioritäten gesetzt worden, nicht mehr als 400 000 DM auszugeben. Seien Sie doch ehrlich und sagen Sie: Wir haben in den Ausschüssen die Haushaltsberatungen gerade hinter uns, in denen wir darüber debattiert haben, daß Ihnen das Ökozentrum Altona, das auf dem Platz an der Gaußstraße, auf dem die Bauwagen entfernt werden, gebaut werden soll, viele Millionen D-Mark wert ist. Für die Veddel ist aber bei 400 000 DM Schluß.

(Henning Tants CDU)

- A Sie geben zwar ein Lippenbekenntnis ab und sagen, dem Stadtteil muß geholfen werden. Wenn Sie dieses aber wirklich tun wollen, dann haben Sie noch zehn Tage Gelegenheit, einen Haushaltsantrag zu stellen, der genau Ihre Forderungen erfüllt; er muß allerdings in Ihren Fraktionen durchkommen. Sie stellen doch mit Ihren Regierungsfractionen die Mehrheit im Haushaltsausschuß und können dort – meinetwegen in einer Sondersitzung – einen Antrag einbringen. Aber auch Senator Maier kann für die bevorstehenden Haushaltsberatungen noch eine Drucksache auf den Weg bringen, in der geschrieben steht, wovon diese Halle finanziert wird.

(Anja Hajduk GAL: Na, warten Sie mal ab!)

Sie sagen: Wir wollen, aber andere sollen finanzieren. Das ist ein Fensterantrag; damit helfen Sie den Menschen vor Ort nicht und streuen ihnen Sand in die Augen.

(Beifall bei Hartmut Engels CDU)

Ich habe neulich auf der Veddel gesagt, daß der Senat, die Verwaltung, etwas für die Veddel tun und vielleicht mit der Haspa verhandeln sollte, die eventuell im Rahmen einer Kompensation in die Pflicht genommen werden könnte, weil sie vielleicht im Wege irgendeiner Befreiung oder aufgrund von Bauvorhaben von der Stadt auch einmal etwas haben will. Mir wurde daraufhin vorgeworfen, daß ich eine fürchterlich politische Rede gehalten hätte, die dem Stadtteil überhaupt nicht helfen würde.

Stellen Sie sich der tatsächlichen Verantwortung; reden Sie nicht nur im Stadtteil. Wir werden diesem Antrag zustimmen und Sie an den Worten messen, Frau Gawron, die Sie heute gesagt haben.

- B Ich habe mit großem Vergnügen die Worte von der GAL gehört: „Warten Sie mal ab.“ Also warten wir in den Haushaltsberatungen einmal ab, wo das Geld bleibt. Ich biete Ihnen heute schon an: Wenn der Senat nicht findig ist und das Geld nicht kommt, dann werden wir mit einem entsprechenden Antrag die Initiative übernehmen.

Nach Ihren Worten, Frau Gawron, kann ich mir vorstellen, daß die SPD-Fraktion unserem konkreten Haushaltsantrag, der auf die Wischiwaschi-Antwort folgt, daß leider keine Sponsoren gefunden wurden, zustimmen wird. Darauf freue ich mich heute schon. Wir stimmen Ihrem Antrag zu. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Frau Möller, Sie haben das Wort.

(Anja Hajduk GAL: Stell das mal richtig!)

Antje Möller GAL: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Tants, Sie haben bei einem Aspekt recht, nämlich mit der Aussage, wie wir heute nach der vorangegangenen Debatte, die uns scheinbar doch alle sehr mitgenommenen hat, dieses Thema diskutieren. Mit dieser Art und Weise der Diskussion tun wir dem Thema keinen Gefallen; da stimme ich Ihnen zu.

Es geht tatsächlich um Geld, aber es geht vor allem auch darum, die Idee in die Stadt hinein zu verkaufen. Hier muß man nicht die Drohung loswerden: Wenn die Regierungskoalition dafür nicht sofort das Geld aus der Tasche holt, dann werden wir einen ordentlichen Antrag stellen. Dadurch wird das Projekt auch nicht realisiert.

(Henning Tants CDU: Schön, daß Sie Angst vor uns haben!)

– Ne, Angst haben wir nicht.

Ich möchte viel lieber darüber reden, wie die Situation wirklich ist. Manchmal kann man in diesem Parlament sagen: Zum Glück haben wir Herrn Ehlers. Herr Ehlers ist derjenige – ich beschreibe es nicht deutlicher, aber alle wissen, was ich meine –, der die Fäden zieht und die Hebel in der Hand hat, um dieses Projekt, wenn denn Geld da ist, zu realisieren und umzusetzen.

(Karl-Heinz Ehlers CDU: Gewehr bei Fuß, Frau Möller!)

– Das Gewehr lassen wir weg. Ich würde mich freuen, wenn die Sprinkenhof AG dieses Projekt tatsächlich realisieren würde.

Deswegen ist es ein völlig unnötiges Wahlkampfgeplänkel, wenn die CDU sagt: Wenn die Koalition nicht will, dann stehen wir dafür. Die Idee, eine Auswandererhalle zu bauen, ist irgendwo in der Senatskanzlei und in anderen Büros geboren; alle finden sie gut, alle wollen dafür werben, aber wir brauchen Sponsoren. Es kann nicht nur der hamburgische Haushalt dafür aufkommen.

(Beifall bei der GAL)

Wenn aus dem Kulturetat des Bundes 600 000 DM und 400 000 DM von der Stadtentwicklungsbehörde kommen, dann ist das doch richtig klasse. 1 Million DM wurden somit fest zugesagt. Das Projekt soll ungefähr 3,5 Millionen DM kosten, so daß man also richtig um Sponsoren werben muß. Das fällt uns ein wenig schwer, denn wir Parlamentarier können das nicht so richtig, weil es ist nicht unsere Aufgabe ist. Ich bitte einfach nur darum, daß alle, die diesem Antrag zustimmen, dieses Projekt nach außen tragen, wenn wir doch schon die Zusage des Leiters des Völkerkundemuseums haben, daß er die Ausstellung will und dafür eine Konzeption macht.

Frau Gawron hat schon über den Inhalt des Antrages geredet; ich möchte das nicht wiederholen.

Diese Ausstellung und die Halle tut unserer Stadt gut. Also soll sie her, und alle sollen sich dafür einsetzen,

(Beifall bei der GAL)

das Parlament und auch der Bürgermeister – er ist nicht mehr da –, der nach meinem Kenntnisstand auch ein großer Unterstützer dieses Projektes ist. Ich hoffe, daß es in diesem Jahr noch losgehen kann und daß sich der im Antrag formulierte Zeitrahmen, der Bürgerschaft bis zum 31. März 2001 Bericht zu erstatten, wie die Umsetzung erfolgen soll, noch gewaltig verkürzt wird, und daß wir in vierzehn Tagen am gleichen Ort zur gleichen Zeit erfahren, wieviel tatsächlich aus dem Haushaltstopf der Kulturbehörde, des Bürgermeisters, der Stadtentwicklungsbehörde und vielleicht aus anderen Behörden zusammenkommt. Es muß noch mehr zusammenkommen, denn für die fehlenden 2,5 Millionen DM nur an Sponsoren heranzutreten, halte ich nicht für richtig. Aber ich glaube, daß dieses Projekt etwas werden kann.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der CDU)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort hat Frau Sudmann.

Heike Sudmann REGENBOGEN – für eine neue Linke: Es ist klargeworden, daß es keinen Widerspruch gibt. Nur, es

(Heike Sudmann REGENBOGEN – für eine neue Linke)

- A gibt mehrere offene Punkte. Herr Tants hat ein paar angesprochen. Ich weiß nicht, ob Sie in der Presse über das Restaurant gelesen haben, das von Schließung bedroht ist. Deswegen sollten wir diese vierzehn Tage bis zu den Haushaltsberatungen nutzen, um im Kulturausschuß darüber zu sprechen, und nicht heute schon vorab über einen Antrag abstimmen und hinterher zu beraten. Der normale Weg ist andersherum.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen und lasse zunächst über den Antrag aus der Drucksache 16/5074 abstimmen. Wer ihn annehmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Bei wenigen Enthaltungen ist der Antrag somit einstimmig angenommen.

Wer einer nachträglichen Überweisung der Drucksache 16/5074 zur federführenden Beratung an den Stadtentwicklungsausschuß und zur Mitberatung an den Kulturausschuß zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dann ist das einstimmig so geschehen.

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 45 und 50 auf. Es geht um die Drucksachen 16/4924 und 16/4929, die Anträge der CDU-Fraktion zum Sportunterricht an Hamburger Schulen und zur Wiedereinführung des Berufsschulsports.

**[Antrag der Fraktion der CDU:
Sportunterricht an Hamburger Schulen
– Drucksache 16/4924 –]**

- B **[Antrag der Fraktion der CDU:
Wiedereinführung des Berufsschulsports
– Drucksache 16/4929 –]**

Beide Drucksachen möchte die GAL-Fraktion an den Schulausschuß überweisen. Von wem wird das Wort begehrt? – Herr Hesse, Sie haben das Wort.

Klaus-Peter Hesse CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Schulsport ist sinnvoll, und Schulsport ist notwendig. Das sollte uns eigentlich schon länger bekannt sein. Wenn man sich ansieht, daß immer mehr Kinder und Jugendliche aufgrund von Bewegungsmangel an motorischen Störungen leiden, an Haltungsschäden und Übergewicht, dann kommt dem Schulsport dort insbesondere eine große Bedeutung zu. Der Schulsport dient zudem dem Erlernen von Toleranz, Ausdauer, Selbstdisziplin, Fairneß und Einsatzfreude. Er stärkt das Gemeinschaftsempfinden und – was gerade in der heutigen Zeit besonders wichtig ist – hilft, Randgruppen und Außenseiter zu integrieren. Schulsport baut Aggressionen ab, und – was den Kollegen Rolf Harlinghausen und mich immer besonders freut – er dient auch zur Prävention von Jugendkriminalität.

Der Jugend- und Sportausschuß hat sich vor wenigen Monaten mit dem Schulsport beschäftigt und eine Anhörung durchgeführt. All das, was ich ihnen eben gesagt habe, wozu Schulsport sinnvoll und notwendig ist, haben Sachverständige übereinstimmend bestätigt, daß der Schulsport diese wichtige Funktion innehat und daß er auch nicht durch Vereinssport ersetzt werden kann.

Um so weniger ist es für meine Fraktion, für die CDU, nachvollziehbar, daß der Berufsschulsport in Hamburg 1997 durch eine Vereinbarung zwischen dem Hamburger Sportbund und der Behörde für Schule, Jugend und Berufsbil-

dung abgeschafft und durch eine aus unserer Sicht unzulängliche Gutscheinregelung ersetzt wurde.

(Uwe Grund SPD: Auf Drängen der Wirtschaft!)

– Ich komme noch darauf zurück.

Diese Gutscheinregelung, meine Damen und Herren, hat von Anfang an keine Akzeptanz bei den Schülerinnen und Schülern gefunden.

(Uwe Grund SPD: Die Idee war doch gut!)

Ursprünglich ist die Behörde von einem Beteiligungsgrad von circa 80 Prozent ausgegangen, aber selbst nach mehreren Nachbesserungen im Bereich des Berufsschulsports lösten zuletzt nur 20 Prozent der Schülerinnen und Schüler der Berufsschulen die Gutscheine ein und von diesen 20 Prozent über die Hälfte lediglich zur Finanzierung einer bereits schon bestehenden Mitgliedschaft in einem Verein.

Selbst der Hamburger Sportbund, der sich zu Anfang an diesem Projekt beteiligt hat, hat sich frühzeitig von der Vereinbarung distanziert und will dieses mißlungene Projekt auch nicht weiter fortführen. In einem Schreiben an seine Mitgliedsvereine schreibt der Hamburger Sportbund im September 2000:

„Voraussichtlich wird das ‚Sport-Gutscheinverfahren‘ zum Ende dieses Schuljahres – 31. Juli 2001 – beendet. Der Hamburger Sportbund und die Behörde für Schule, Jugend und Berufsbildung führen zur Zeit Gespräche bezüglich einer einvernehmlichen vorzeitigen Beendigung der ‚Sportgutschein-Vereinbarung‘.“

Recht hat der Hamburger Sportbund, und ich bin gespannt, was wir dazu von seiten der Behörde zu hören bekommen.

Ich habe dafür Verständnis, daß viele Unternehmen den Berufsschulsport so, wie er vor der Gutscheinregelung durchgeführt wurde, für verzichtbar hielten. Was an Hamburger Berufsschulen unterrichtet wurde, diente in den seltensten Fällen der Prävention berufsspezifischer Krankheiten. Berufsschulsport diente in vielen Teilen wirklich nur als Alibifunktion, um Zeit totzuschlagen. Aber, meine Damen und Herren, was einmal schlecht war und was auch von der Behörde damals nicht anständig überprüft wurde, muß nicht schlecht bleiben. Bei einer entsprechenden Konzeption ist der Berufsschulsport langfristig auch im Interesse der auszubildenden Unternehmen, da die Folgekosten durch krankheitsbedingte Abwesenheit reduziert werden können.

Wissenschaftlich ist ebenso erwiesen, daß durch Ausgleichssport die Leistungsfähigkeit gesteigert wird. Das kommt auch den Unternehmen zugute.

Die CDU setzt sich immer für die Anliegen der Wirtschaft ein – Frau Ahrons und Herr Mehlfeldt sind dafür ein gutes Beispiel –, insbesondere wenn es darum geht, die Qualität der Ausbildung zu verbessern. Wir sehen aber die Möglichkeit, mit einer vernünftigen Rahmenkonzeption sowohl die gesundheitlichen Interessen der Schüler als auch das betriebliche Interesse der Unternehmen zu berücksichtigen, so wie es übrigens in allen anderen Bundesländern auch gemacht wird. Da gibt es keine Probleme. Die haben weiterhin den Berufsschulsport, und die Wirtschaft sagt dort nicht, daß sie den Berufsschulsport abschaffen will. Ich bezweifle zudem, daß durch die Abschaffung des Berufsschulsports in Hamburg mehr Ausbildungsplätze geschaffen wurden.

(Jürgen Schmidt SPD: War das jetzt gegen die Handelskammer?)

(Klaus-Peter Hesse CDU)

- A Meine Damen und Herren, liebe SPD- und GAL-Fraktion, heute entscheiden Sie, ob Sie weiterhin hinter dieser Schulbehörde stehen, dieses gescheiterte Projekt deckeln oder ob Sie heute die Notbremse ziehen und Ihrer politischen Verantwortung gerecht werden.

Frau Senatorin Pape, es reicht nicht, sich wie beispielsweise gestern neben bekannten Tennisstars ablichten zu lassen und persönliches Engagement für Schulsport zu zeigen. Von Ihrer Seite muß wesentlich mehr kommen, um glaubwürdig in der Öffentlichkeit dazustehen. Deswegen fordern wir Sie eindringlich auf, Frau Senatorin, führen Sie nicht die Fehler Ihrer Vorgängerin fort, die Hamburger Berufsschulen bundesweit in sportpolitische Isolation gebracht hat. Setzen Sie Hamburgs Sportpolitik nicht länger dem Gespött aller anderen Bundesländer aus. Sorgen Sie dafür, daß rechtzeitig entsprechende qualifizierte Sportlehrer ausgebildet und eingestellt werden, damit präventiver Berufsschulsport unterrichtet werden kann. Beenden Sie dieses gescheiterte Projekt vorzeitig, denn lieber ein Ende mit Schrecken als ein Schrecken ohne Ende.

(Beifall bei der CDU – Michael Dose SPD: Was hast du denn gegen Boris Becker?)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort hat Frau Schilling.

Elisabeth Schilling SPD:* Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen. Wenn ich mir das hier so angucke, sollte ich einen Antrag auf Bewegungszeiten im Parlament stellen.

(Beifall bei Thomas Böwer SPD)

- B Die Frage ist nur, ob wir dazu einen gemeinsamen Appell brauchen, Turnzeug anziehen und uns in die Eingangshalle des Foyers begeben müssen, oder ob wir das flexibel handhaben können. Wir haben Schulen, die das flexibel handhaben und die Stundentafel so umgesetzt haben, daß in der Woche nur noch zwei Sportstunden stattfinden. Das bezieht sich allerdings ausschließlich auf die Klassenstufe 2. Insofern ist der aufgeregte Foulruf der CDU leicht übertrieben.

Als Ausgleich finden dafür im Rahmen der VHGS tägliche Bewegungszeiten zwischen 30 Minuten und einer Stunde statt. Sie dienen der Rhythmisierung des Unterrichts, der nun länger geworden ist, und zum Sammeln und zur Wiederherstellung des Konzentrationsvermögens. Neu an dieser Flexibilisierung ist, daß sie die starre Stundentafel im 45-Minuten-Takt durchbricht und die unterschiedlichen Erfordernisse der Schülergruppen besser angepaßt werden. Dies sowohl in bezug auf die Quantität – es ist auch möglich, vier Stunden Sport zu unterrichten – als auch darauf, daß die inhaltliche Ausgestaltung variiert werden kann.

Die CDU tut allerdings immer so, als würde in Bewegungszeiten nur über Bewegung geredet. Wer darin nichts anderes als eine Sparmaßnahme erkennen kann, der bevorzugt – wie bei der Diskussion um mehr Autonomie an Schulen und um die neuen Bildungspläne – ein Maximum an Spielregeln und ein Minimum an Freiraum für Entwicklungen. Das ist nicht gerade ein spielfreudiger Standpunkt.

Wer die zwei klassischen Sportstunden mit Bewegungszeiten zusammenzählt, erkennt, die CDU hat wieder einmal ein Eigentor geschossen, denn zusammen ergibt das mehr. Wir haben es zwar, wie Herr Hesse ausgeführt hat, mit gravierend veränderten gesellschaftlichen Bedingungen zu tun, zum Beispiel mit zunehmender Mobilität bei

gleichzeitiger Bewegungsarmut. Falsche Ernährungsge- C
wohnheiten beeinträchtigen Gesundheit und Leistungsfähigkeit der Kinder. Insofern ist die gestern in Hamburg von Boris Becker angekündigte Stiftung von 3 Millionen DM eine tolle Sache, eine Mülltonne mit Sportgeräten gefüllt für 500 Schulen in zehn deutschen Städten. Da kann ich nur hoffen, daß viele Hamburger Schulen dabei sind.

(Beifall bei der SPD)

Ob aber Kinder in der Schule einen positiven Bezug zu ihrem Körper, zur Entwicklung motorischer Fähigkeiten und zur Reproduktion körperlichen Wohlbefindens entwickeln können, hängt nicht davon ab, ob der Unterricht in der Turnhalle stattfindet oder nicht.

Schule insgesamt und nicht nur der Sportunterricht, der bisweilen von der Drogenprävention – das wurde hier auch angesprochen – bis zur Völkerverständigung als gesellschaftliches Allheilmittel angesehen wird, muß den veränderten Lebensbedingungen gerecht werden. Deshalb arbeiten wir an neuen Schulkonzepten und die Schulen selber an ihren Schulprogrammen. Die Latte, über die Sie springen wollten, war auch schon einmal höher gelegt.

Erstaunlich ist auch, daß die CDU, die sonst immer ganz vorneweg sein will, wenn es um die neue Wissensgesellschaft geht und im Schulunterricht stets die Bedeutung der Kernfächer betont, nun die Fahne für den Sportunterricht hochhält. Und das, wo laut „Morgenpost“ gerade zu lesen war, daß die Eltern Mathe und Deutsch höher als den Sport einstufen. Und nun will die CDU den Eltern sagen, wir brauchen mehr Völkerball und weniger „www.“? Hier spielt die CDU wieder einmal mit wechselnden Mannschaftstrikots und mit Argumenten, die leider zu keiner gemeinsamen Spielstrategie führen. Vielleicht finden wir die aber noch im Ausschuß.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort hat Herr Dr. de Lorent.

Dr. Hans-Peter de Lorent GAL: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die großen Parteien haben das heute so gelöst, daß sie zwar beide Anträge gemeinsam debattieren, aber für jeden Antrag einen jeweils anderen Abgeordneten nominiert haben. Ich versuche, das zusammenzubringen, und muß dabei differenzieren.

Zum ersten Antrag der CDU: Liebe Kolleginnen und Kollegen, seien Sie nicht böse, aber wir haben das schon einmal debattiert.

(Elisabeth Schilling SPD: Mehrfach!)

Wir haben – wahrscheinlich vergeblich – mehrfach versucht, Ihnen klarzumachen, daß die Flexibilisierung ein anderes Problem ist, als Sie denken. Es macht Sinn, wenn man mehr in die Schulen hineinstecken und Schulen stärker an dem beteiligen will, was in Schule stattfindet, ihnen dann auch die Möglichkeit zu geben, selber begrenzt zu entscheiden, wie sie Akzente setzen wollen. Das ist damit gedacht. Das haben wir schon einmal zu erläutern versucht. Es ist nicht der Versuch, den Grundschulbereich zu marginalisieren und zu sagen, Sport ist in der Grundschule nicht so wichtig.

Mehr kann man eigentlich nicht dazu sagen. Darum will ich auch nichts mehr dazu sagen.

(Dr. Hans-Peter de Lorent GAL)

- A Ich sehe es anders, was den Antrag der CDU zum Berufsschulsport betrifft. Aus meiner Sicht gibt es hier großen Handlungsbedarf. Bevor ich meine Argumente nenne, möchte ich sagen, daß ich genervt bin, daß alle Abgeordneten – über alle Parteien hinweg –, die etwas von der Sache verstehen, seit einiger Zeit davon ausgehen, daß bei dem sogenannten Gutscheinvertag etwas im argen liegt. Ich werde gleich noch ein paar Argumente nennen, und die Kollegen Okun und Schmidt werden das wahrscheinlich ergänzen. Wir sehen das weitestgehend ähnlich. Wir haben einige Veranstaltungen durchgeführt, und es wäre mein Ziel, in dieser Frage gemeinsam – und zwar über Streitigkeiten zwischen den einzelnen Parteien hinweg – einen Schritt weiterzukommen.

(Volker Okun CDU: Aber der Senat nicht!)

Lassen Sie mich ein paar Fakten nennen: Der Vertrag wurde 1997 in großer Koalition geschlossen. Die CDU hat den Grundgedanken, der dahintersteht, sehr stark unterstützt. Wenn es möglich wäre, dadurch mehr Ausbildungsplätze zu bekommen, daß in den Berufsschulen komprimierter gearbeitet wird, wäre das ein Ziel, das durchaus zu vertreten wäre. In allen Berichten, die wir gelesen haben, läßt sich das definitiv nicht nachweisen, ob durch diese Aktion mehr Ausbildungsplätze zur Verfügung gestellt worden sind.

Wenn man sich die Akzeptanz dieser ausgegebenen Gutscheine ansieht, dann kann man keine zwei unterschiedlichen Positionen dazu haben. Es kann nur die Position geben, daß diese Geschichte gründlich gescheitert ist.

(Beifall bei Klaus-Peter Hesse CDU)

- B Es ist bedauerlich, daß es soweit kommen mußte, daß ich eine Rede halte, von meiner Fraktion keiner klatscht und mir von der CDU frenetischer Beifall entgegenschlägt.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU – Jürgen Schmidt SPD: Hat das ein Nachspiel?)

– Mal sehen. Vielleicht war es eine persönliche Ermunterung, die Aufmerksamkeit wieder ein bißchen zu bündeln.

Man hat gesagt, wir verändern das System. Sport wird nicht mehr an der Berufsschule angeboten, sondern es werden Gutscheine verteilt, die man in Sportvereinen einlösen kann, in der Hoffnung, daß da spezifische Angebot gemacht und wahrgenommen werden. Dieser Gedanke ist theoretisch durchaus plausibel, hat sich aber in der Praxis nicht bewährt.

Man hat gesagt, wir rechnen damit, daß 80 Prozent der Berufsschüler davon Gebrauch machen. Jetzt liegt die Statistik der drei letzten Jahre vor: 1997/1998 haben 11,3 Prozent der Jugendlichen die Gutscheine eingelöst, 1998/1999 waren es 13,1 Prozent und 1999/2000 17,3 Prozent. Wenn man außerdem weiß, daß unter denjenigen, die die Gutscheine eingelöst haben, 57 Prozent schon vorher Mitglieder in den Vereinen gewesen sind, in denen sie die Gutscheine eingelöst haben – sie haben also nur den Beitrag staatlich finanziert bekommen, den sie sonst privat bezahlt haben –, dann sieht man, daß in drei Jahren nur ungefähr 10 Prozent aller Berufsschüler Sport machen. Das ist ein so eklatanter Unterschied zu den 80 Prozent, die man erwartet hat, daß man gemeinsam zu dem Ergebnis kommen muß, hier ist etwas nicht erfolgreich gewesen. Wir können jetzt nicht so lange warten, bis die Legislaturperiode zu Ende ist und es eine neue Koalition gibt.

(Beifall bei der GAL, der SPD und vereinzelt bei der CDU)

C Der Hamburger Sportbund hat seine leidige Erfahrung gemacht. Jürgen Schmidt, Volker Okun und ich sind immer bei den Mitgliederversammlungen gewesen. Wir haben viermal erlebt, daß es Mehrheiten gegen das Präsidium gegeben hat – das war bitter für das Präsidium, das sieht man ja nicht so gerne –, die gesagt haben, hier habt ihr in Hamburg etwas falsch gemacht. Andere Bundesländer sagen, seid ihr denn bescheuert, und fragen, habt ihr euch das beim Hamburger Sportbund wirklich genau überlegt?

Der letzte Akt war ein Beschluß im Mai 2000 mit dem Ergebnis, daß der Hamburger Sportbund den Vertrag gekündigt hat. Wenn der eine Vertragspartner kündigt und die Behörde die Situation intensiv bearbeitet, indem sie Fakten sammelt und zu diesem Ergebnis kommt, ist es Anlaß genug, die verbleibende Zeit dafür zu nutzen und etwas zu ändern.

(Jürgen Schmidt SPD: Andere Verhandlungspartner! Die Kammern!)

– Auf die Kammern komme ich gleich noch.

In welche Richtung sollte es sich ändern? Darüber werden wir im Ausschuß reden. Aber wir haben im Ausschuß schon eine intensive Expertenanhörung gehabt.

(Barbara Ahrons CDU: Sie haben die Kammern ja gar nicht dabei gehabt!)

– Mit den Kammern sind wir immer im Gespräch. Passen Sie auf, ich sage Ihnen, wo es langgeht oder wo es nach meiner Meinung langgeht. Ich glaube, daß wir da sogar eine große Einigkeit haben.

Es gibt niemanden im Hause – auch nicht unter den Verfechtern des originären Berufsschulsports –, der sagt, es soll alles wieder so gemacht werden, wie es vorher war. Keiner sagt, es muß alles zurückgedreht werden.

(Beifall bei Klaus-Peter Hesse CDU und Elisabeth Schilling SPD)

Aber es müssen drei Konsequenzen gezogen werden:

Erstens: Es müssen die zur Verfügung stehenden Ressourcen auch wieder in den Berufsschulsport hineinsteckt werden. Jetzt sehen Sie sich den Bericht der BSJB an die Deputation an: 1,4 Millionen DM werden gar nicht abgefordert, die bleiben woanders. Das geht nicht.

Zweitens: Der Sport muß dort angeboten und gemacht werden, wo es nach den spezifischen Möglichkeiten praktikabel ist. Das heißt nicht, daß aus allen Betrieben Leute herausgezogen werden. Da, wo die Betriebe auf die Jugendlichen angewiesen sind, muß das erhalten bleiben. Man muß drumherum gucken, welches System möglich ist und sich bewährt hat. Es hat sich beispielsweise bewährt – das hätte ich selber gar nicht gedacht –, daß manche Berufsschulen Sportvereine gegründet und gemeinsam ein zum Teil berufsspezifisches, gesundheitsprophylaktisches Programm entwickelt haben, das sehr stark wahrgenommen wird. Zum Teil sind über 50 Prozent der Jugendlichen der Schule in die Vereine eingetreten, die etwas Gutes machen. Das muß fortgesetzt werden. Da kann man nicht sagen, das soll gestoppt und wieder in staatliche Verantwortung zurückgeholt werden.

(Karl-Heinz Ehlers CDU: Für Lehrer erstaunlich kreativ!)

Jetzt komme ich auf die Kammern zurück, Herr Ehlers. Wir haben bei manchen Podiumsdiskussionen mitbekommen, es gibt Berufe und Bereiche, in denen die Betriebe über-

(Dr. Hans-Peter de Lorent GAL)

- A haupt kein Interesse daran haben, daß die Schüler aus dem Berufsschulsport herausgenommen werden. Ein gutes Beispiel sind die Ärztekammer und die Zahnärzte, die nicht daran interessiert sind. Wenn es nach ihnen geht, ist das in Ordnung, wenn die Schülerinnen und Schüler ein reguläres Sportangebot in der Schule haben. Da muß man nicht dogmatisch sein. Wenn sich das diversifiziert, muß man unterschiedliche Angebote unterbreiten und in den Bereichen soll man in Absprache mit Betrieben und Kammern darüber reden, wie sie das sehen, und ein Angebot machen, wie es das vorher schon gegeben haben.

Der dritte Punkt wäre, den Wahlpflichtbereich zu nutzen und auszubauen.

Ich habe schon einmal zum Thema Berufsschulsport geredet. Ich habe den Einwurf von Herrn Ehlers nicht verstanden, aber ich weiß immer ungefähr, in welche Richtung er als Ex-Lehrer redet. Die größten Kritiker der Elche waren früher selber welche. Ich habe es schon einmal gesagt: Die Berufsschulsportlehrer müssen sich natürlich auch an ihre eigene Nase fassen,

(Beifall bei Karl-Heinz Ehlers CDU)

denn wenn das Angebot zum Teil nicht wahrgenommen wurde, liegt das auch daran, daß das, was wir jetzt immer propagieren – nämlich berufsspezifische Angebote zu unterbreiten –, damals nicht gemacht worden sind. Es ist teilweise ein miserabler Sportunterricht gemacht worden. Die Forderung muß sein, daß hier etwas zur Qualifizierung der Sportlehrerausbildung und zur Qualifizierung des Angebots gemacht wird, daß das, was wir wollen, in den Schulen tatsächlich stattfinden kann.

(Beifall bei Thomas Böwer SPD)

- B Das Problem, das der Hamburger Sportbund hat, sollten wir deutlich benennen. Der Hamburger Sportbund und sein Präsident sind bisher so schwierig von diesem Gutscheinvertrag zu lösen gewesen, weil sie Angst haben, daß das unentgeltliche Nutzen der Sportstätten, was in diesem Vertrag vermachelt worden ist, rückgängig gemacht wird. Hier hat der Senat die Aufgabe, dem Hamburger Sportbund und den Sportvereinen diese Sorge zu nehmen. Das sehen die Haushälter zum Teil anders, aber das ist ein ernsthafter Punkt. Wenn über die Auflösung des Vertrags geredet und überlegt wird, wie es weitergeht, wird das ein wichtiger Punkt sein, der zu regeln ist.

Die Reaktion heute zeigt mir, es gibt in diesem Parlament in dieser Frage offensichtlich ein relativ hohes Maß an Einigung. Das sollten wir nutzen. Wir sollten im Schulausschuß möglichst bald beschließen – der Ausschußvorsitzende kommt gerade herein, ist von anderen Lasten befreit, so daß er jetzt in seiner alten Funktion wieder aufblühen kann –, einen vernünftigen Beschluß fassen, so daß sich in dieser Stadt in dieser Frage wirklich etwas ändern kann.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Wird weiter das Wort gewünscht? – Herr Okun, Sie haben es.

(Elisabeth Schilling SPD: Aber Sie wollen doch dasselbe!)

Volker Okun CDU: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich will, was Herrn de Lorent und den Berufsschulsport betrifft, dasselbe. Deswegen bin ich sehr überrascht, daß er einem Überweisungsantrag zustimmt. Was er hier ausgeführt hat, spricht eher dafür, daß dieser

Antrag angenommen werden kann. Das ist das, was ich politisch unter „schnell“ verstehe.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Wenn Einigkeit demonstriert wird, dann kann man das auch tun.

Man darf eines nicht vergessen, insofern nur einen Satz zu dem Berufsschulsport. Herr de Lorent hat schon das Wichtigste gesagt. Es ist von den Berufsschulen bekannt, daß es mindestens drei gibt, in denen der Antragstext, so wie wir ihn formuliert haben, sofort umgesetzt werden kann. In der G 13, in der G 19 und in der G 20, Frau Senatorin, wäre es ohne eine einzige Stundenkürzung der betrieblichen Verweildauer technisch möglich, durch eine Anweisung der Schulbehörde dort unverzüglich wieder Sportunterricht zu erteilen. Das Geld ist da, die Lehrstellen sind da, es müßte durch den Senat nur verwaltungsmäßig gehandelt werden, dann hätten wir diesen Punkt erreicht.

Natürlich ist es für die Wirtschaft problematisch, von einer solchen Vereinbarung, wie sie geschlossen worden ist, zurückzuweichen, aber auch das ist angesprochen worden. Es gibt nach Kenntnis aus vielen Gesprächen mit den Betroffenen organisatorische Möglichkeiten – auch mit den Kammern, den Innungen und den Verbänden –, daß durch Beibehaltung der Wochenstundenzahl von zwölf, ohne Kürzung der betrieblichen Verweildauer, der Berufsschulsport wieder eingeführt werden kann, und zwar in der Form, wie es im Antrag steht und wie es vom GAL-Sprecher bestätigt worden ist. Das sollten wir tun. Sie sind gut beraten, dem Antrag heute zuzustimmen.

Wir haben den ersten Antrag bereits im April gestellt, debattiert sowie auch die Anhörung beantragt und durchgeführt. Dieses hat auch etwas mit Geschwindigkeit zu tun. Da sieht man, daß manche Dinge auch länger dauern, als sie eigentlich dauern müßten. Der Sportausschuß hat in der Anhörung bei den Sachverständigen helle Empörung entgegennehmen müssen hinsichtlich der sogenannten Flexibilisierungs- und Organisationsrichtlinie. Frau Schilling, das ist in der Tat so gewesen. Die Gründe sind hinreichend diskutiert worden. Es sind vor allem gesundheitserhaltende Gründe. 60 Prozent der Schulanfänger haben Haltungsschäden, 35 Prozent der Schulanfänger haben Übergewicht.

Insofern ist die Forderung nach der dritten Wochenstunde Sport – es geht nicht um Bewegung, sondern um Sport – von den Sachverständigen pädagogisch gerechtfertigt und aus den genannten gesundheitlichen Gründen erforderlich. Der Sport hat dabei auf die besonderen Bedürfnisse der Schülerinnen und Schüler einzugehen. Das erfordert gewisse Pflichtstunden.

Was das Umfeld dieses zweiten Antrags von uns deutlich machen wird, möchte ich noch einmal betonen. Die Anhörung mit zahlreichen Sachverständigen – es sind zwölf gewesen, ich glaube, zehn oder elf sind persönlich da gewesen – hat folgendes deutlich gemacht – das hat auch etwas mit Organisation und mit Statistik zu tun –:

Erstens: Es gibt keine statistische Erfassung von ausgefallenen Sportstunden.

Zweitens: Es gibt keine statistische Erfassung von sogenannten wegflexibilisierten Sportunterrichtsstunden durch Beschluß von Schulkonferenzen, Frau Schilling. Und da unterscheiden wir uns politisch. Wir wollen nicht, daß die Schulkonferenzen darüber entscheiden, sondern es muß eine Vorgabe des Senats sein, daß die dritte Sportstunde eine Pflichtstunde ist.

C

D

(Volker Okun CDU)

- A Dritzens: Es gibt keine Erfassung von Sportunterrichtsausfällen und der Auswirkung auf die geistige und körperliche Entwicklung von Schülern.

Viertens: Es gibt auch keine statistische Erfassung – das hat wieder etwas mit dem hier bekämpften Sparpotential zu tun – der Anzahl fachlich nicht für den Sportunterricht geeigneter Grundschullehrer.

(Unruhe – Glocke)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt (unterbrechend): Herr Okun, darf ich Sie kurz um Unterbrechung bitten? Meine Damen und Herren, es ist zu unruhig im Raum.

Volker Okun (fortfahrend): Das ist wohl wahr.

Die Schätzungen des Deutschen Sportlehrerverbandes bewegen sich mit einer Zahl von 80 Prozent sicherlich in einem richtigen Rahmen. Das macht deutlich, daß wir hier einen Fehlweg beschritten haben.

Im Bundesvergleich übrigens – auch das ist sehr interessant, meine Damen und Herren – hat nur Bremen von Klasse 1 bis 13 durchgängig drei Wochenstunden Schulsport. Hamburg steht nach der Erhebung des Deutschen Sportlehrerverbandes an drittletzter Stelle vor dem Saarland und vor Bayern. Allerdings hat Bayern – das ist hier angeführt, allerdings nicht richtig – nicht Bewegungssport, sondern eine sogenannte Zwei-plus-zwei-Regelung, und zwar zwei Sportstunden und zwei zusätzliche Sportstunden. Sie werden aber nicht von Lehrern gehalten und sind keine Bewegungsstunden, was im Ergebnis zu einem höheren Sportunterricht führt. Es ist darauf hingewiesen, daß schulische Sportwettkämpfe und Meisterschaften mehr und mehr verkümmert sind.

- B Herr Schmidt, Sie haben noch auf der Flurstraße mit mir Schlagballweitwurf gemacht. Es hat früher andere Arten und Formen des sportlichen Angebots und des Unterrichts gegeben. Wir müssen auf diesem Weg einen Schritt zurückgehen, was im Ergebnis ein Schritt mehr ist für den Schulsportunterricht. Wir brauchen zusätzlich schulformübergreifende Leistungsvergleiche, die in den letzten Jahren eingeschlafen sind. Vor allem brauchen die betroffenen Schulkinder dieses.

An Schulen in sozialen Brennpunkten, das wissen wir, meine Damen und Herren, sind besonders negative Entwicklungen festzustellen. Wir haben diesen Antrag vor einem halben Jahr debattiert und fordern deswegen unverändert, daß die durch Anwendung der Umgestaltungs- und Flexibilisierungsrichtlinie erfolgten Kürzungen der Unterrichtsstunden an Grund-, Sonder-, Haupt- und Realschulen zurückzunehmen sind.

Wir denken, daß es auch organisatorisch möglich ist, die bestehende Vereinbarung der Kultusministerkonferenz von drei Wochenstunden Schulsport über geeignete Pilotprojekte konsequent umzusetzen. Wir wissen, daß für den sich ergebenden Bedarf notwendige Sportlehrerausbildung sicherzustellen ist; 70 Prozent der Sportlehrer sind über 50 Jahre. Ich denke, dieses macht deutlich, daß Handlungsbedarf besteht.

Insofern appelliere ich noch einmal an Sie, dem einen Antrag sofort zuzustimmen. Dieses ist aus den Worten des GAL-Vertreters deutlich geworden; ich frage mich, wie er sich tatsächlich verhält. Das andere ist behandelt worden, hier besteht Handlungsbedarf; denken Sie daran, wenn Sie den Antrag überweisen, und spielen Sie nicht wieder auf

Zeit, wir brauchen es im Interesse unserer jungen Menschen. – Danke schön.

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Ich habe keine weiteren Wortmeldungen vorliegen.

Dann kommen wir zu den Abstimmungsgängen. Meine Damen und Herren, anders als ich es vorhin angekündigt hatte, gibt es von der GAL nur einen Überweisungswunsch. Es gibt den Wunsch, die Drucksache 16/4924 zum Sportunterricht an Hamburger Schulen jetzt im Plenum abzustimmen. Wenn es nur einen Überweisungswunsch gibt, wird die erste Drucksache abgestimmt.

Ich komme zunächst zur Abstimmung über die Drucksache 16/4924, Antrag der CDU, Sportunterricht an Hamburger Schulen.

Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Bei wenigen Enthaltungen ist der Antrag mit Mehrheit abgelehnt.

Die GAL beantragt, daß der Antrag aus der Drucksache 16/4929 zur Wiedereinführung des Berufsschulsports an den Schulausschuß überwiesen wird. Wer stimmt dieser Überweisung zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dann ist das einstimmig an den Schulausschuß überwiesen.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 54 auf, Drucksache 16/4993, Antrag der GAL-Fraktion zur Erprobung und Einführung neuer Lehrerarbeitszeitmodelle an Hamburger Schulen.

**[Antrag der Fraktion der GAL:
Erprobung und Einführung neuer
Lehrerarbeitszeitmodelle an Hamburger Schulen
– Drucksache 16/4993 –]**

Hierzu liegt Ihnen als Drucksache 16/5139 ein Antrag der Gruppe REGENBOGEN – für eine neue Linke vor.

**[Antrag der Gruppe REGENBOGEN –
für eine neue Linke:
Erprobung und Einführung neuer
Lehrerarbeitszeitmodelle an Hamburger Schulen
– Drucksache 16/5139 –]**

Wer wünscht das Wort? – Frau Goetsch, Sie haben das Wort.

Christa Goetsch GAL: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wenn zu später Stunde noch Lehrer- und Schuldebatten geführt werden, hebt das sicher die Stimmung, wo doch nach öffentlicher Meinung die Lehrer und Lehrerinnen so schrecklich privilegiert sind.

Warum brauchen wir eigentlich ein neues anderes Arbeitszeitmodell für unsere Lehrerinnen?

(Vizepräsident Berndt Röder übernimmt den Vorsitz.)

Bei unserem Beruf besteht die Problematik, daß er einerseits zu den Selbständigen-Berufen zählen könnte und man andererseits in den Konflikt gerät, wie man eine Kompatibilität zu den Arbeitszeiten des öffentlichen Dienstes herstellt. Die Frage lautet, warum Schule dadurch besser werden soll und was ein neues Lehrerarbeitszeitmodell der Schule bringt.

(Christa Goetsch GAL)

- A Wir haben das Thema an dieser Stelle schon mehrere Male thematisiert, und ich möchte es auch in den Kontext der Autonomieentwicklung von Schule stellen. Denn die Lehrerarbeitszeit ist ein Teil dieser Entwicklung, die von uns Grünen vorangetrieben wird und in dieser Legislatur ein mächtiges Stück weitergekommen ist.

Wir haben im Juli letzten Jahres einen hochinteressanten Kommissionsbericht vorgelegt bekommen, der vor zwei Jahren aufgrund unserer Initiative von der BSJB in Auftrag gegeben und unter der Leitung von Professor Klaus Klemm erstellt wurde. Dieser Kommissionsbericht schmort nun in der Schublade, und da bisher noch nichts umgesetzt wurde, haben wir diesen Antrag gestellt. Ich denke, daß alle Akteure in diesem Bereich deutlich gemacht haben, daß diese Umsetzung dringend nötig ist. Selbst die CDU – zumindest Herr Beuß, der heute nicht anwesend ist – hat gesagt, daß wir Präsenzmodelle brauchen. Nun plötzlich; ich mußte schmunzeln, als ich hörte, daß man auf unser Pferd aufspringt. Selbst die GEW hat in ihrer Gothaer Erklärung, besonders die junge GEW, neue Arbeitszeitmodelle und sogar Präsenzmodelle in der Schule gefordert, um entsprechend mehr Zeit für Schüler, Eltern, Teamarbeit und für Kooperation zu haben. Was spricht dagegen? Wir haben jetzt den Antrag gestellt, damit endlich etwas passiert.

An einem kleinen Beispiel möchte ich denjenigen, die nicht in der Schulmeisterei vertraut sind, erläutern, warum es der GAL so wichtig ist. Nehmen wir einfach die engagierte Kollegin an der Schule Hamburger Straße, die ihre Hausaufgaben macht, das heißt, neben ihrem Unterricht natürlich korrigiert und den Unterricht vorbereitet, die Eltern berät, gleichzeitig aber auch an der Schulprogrammentwicklung teilgenommen hat, den Schulgarten betreut und selbstverständlich auch noch regelmäßig an Fortbildungen im IfL teilnimmt. Diese Kollegin ist engagiert und das auf der Basis der Grundlage ihrer 26 Pflichtunterrichtsstunden. Das Beispiel zeigt aber auch, daß Schule mehr bedeutet als nur Unterricht. Das war auch das Motto dieses Kommissionsberichts, der unter anderem insofern als kleine Revolution bezeichnet wurde, weil diese Reformvorschläge die Lehrerarbeitszeit hier in Hamburg revolutionieren würden.

Wir Grüne wollen, daß die Arbeitszeit als Ganzes beschrieben und bewertet wird, und zwar sichtbar – da kommen wir zum Punkt der Transparenz – für Schülerinnen und Eltern, für die Öffentlichkeit und Politikerinnen, damit man weiß, was Lehrerinnen und Lehrer tatsächlich tun, und wir von allen Klischees wegkommen. Daher ist die Orientierung an dem Pflichtstundenmodell tatsächlich obsolet geworden, denn ein neues Arbeitszeitmodell schaut hin und bewertet das Unterrichten, die Beratungen und die Schulentwicklung; alles das schafft die bereits zitierte Transparenz.

Vor allem schafft es auch Gerechtigkeit nach innen. Wer sich an Schulen engagiert, fällt auf. Wer sich nicht engagiert, auch. Das Arbeitszeitmodell kann auch zeigen, daß die viel zitierten „faulen Säcke“, die tennisspielenden Lehrer eine ganze Menge leisten oder nicht. Manche von ihnen haben das Limit auch schon überschritten. Nur über dieses Arbeitszeitmodell ist auch die Gerechtigkeit nach innen, neben der Transparenz nach außen möglich.

Darum empfiehlt jetzt auch der neue Bericht zur Revision der Lehrerbildung – das ist das Spannende, was sich im letzten Jahr an Entwicklung getan hat –, dringend das beschriebene Arbeitszeitmodell umzusetzen. Der Bericht ist viel zitiert in der letzten Woche, in der Presse sehr intensiv

diskutiert worden. Im Bericht zur Revision der Lehrerbildung wird an mehreren Stellen immer wieder auf den Kommissionsbericht von Klemm verwiesen, in dem gesagt wird, daß ein neues Arbeitszeitmodell sogar Voraussetzung dafür ist, daß die Lehrerbildung revidiert wird, um den Einstieg in ein lebenslanges Lernen bei Lehrerinnen zu ermöglichen.

Gerade gestern haben wir das fünfundsiebzigjährige Jubiläum des Instituts für Lehrerbildung mit einem großen Feuerwerk gefeiert – das man vielleicht auch in Eimsbüttel gehört hat –, und es wurde noch einmal sehr deutlich gemacht, daß man den Herausforderungen in dieser Gesellschaft ohne lebenslanges Lernen nicht mehr gerecht werden kann. Wir kennen es auch von der andauernden Debatte um LuK und Medienkompetenz. Das sind alles gute Gründe, um in Hamburg endlich mit der Umsetzung, dem Einstieg ins lebenslange Lernen, zu beginnen. Es haben sich im letzten Jahr allerdings nur zwei Schulen zur Erprobung gemeldet, die dann aus verschiedenen Gründen leider nicht gestartet sind. Man muß sich fragen, warum viele Interesse gezeigt haben, aber sich keiner an die Umsetzung gewagt hat.

Dabei muß man aber auch die Sorgen der Kolleginnen ernst nehmen, denn bevor so ein Modell Ergebnisse bringt, macht es zunächst zusätzliche Arbeit, und es wird Reibungsverluste bei der Umsetzung geben. Eine Reform von diesem Umfang ist ein größeres Projekt, es sind aber Probleme, die lösbar sind. Die Schulen brauchen dafür Unterstützung und jemanden, der sie berät, der ein Coaching übernimmt, damit dieses Projekt auf den Weg gebracht werden kann.

Ferner gab es Sorgen um die Faktorisierung der Fächer, und gerade auch Sport spielte eine riesige Rolle. Es gibt aber die Möglichkeit, auch ohne die Faktorisierung dieses Modell, auf die Schule zugeschnitten, auszuprobieren und entsprechend umzusetzen.

Wir wollen die Schule nicht so erhalten, wie sie heute ist. Sie muß sich ändern, und das ist nur möglich, wenn andere Rahmen gegeben werden. Es geht nicht darum, nur aufzusatteln, wir wollen nicht, daß mehr gearbeitet wird, sondern daß anders gearbeitet und gelernt wird, so wie es den Anforderungen der heutigen Zeit entspricht. Das geht nur, wenn dieser Rahmen Gesetz wird.

Deshalb noch einmal zurück zu unserem Antrag. Die Ideen und Empfehlungen für neue Arbeitszeiten liegen auf dem Tisch, sie müssen nur umgesetzt werden. Der rechtliche Rahmen zur Einführung ist gegeben. Die Pflichtstundenverordnung ist im Sommer geändert und eine Experimentierklausel eingeführt worden. Der Kommissionsbericht belegt eindrucksvoll, daß der Einstieg in neue Arbeitszeitmodelle die einzige Möglichkeit ist, die Qualitätsentwicklung von Schule voranzutreiben und strukturell zu ermöglichen.

Es reicht nicht nur, sich zu bemühen, Kollegien zu gewinnen, wie manchmal zu lesen ist. Es muß beabsichtigt sein, viele Schulen mit der Erprobung im nächsten Schuljahr durchstarten zu lassen, ob als Jahreszeit- und/oder Präsenzmodell ausgelegt. Es müssen sich mindestens 10 Prozent der Schulen beteiligen und um eine Umsetzung bewerben können. Dazu brauchen die Schulen aber auch Anreize und Unterstützungen. Wir warten daher gespannt darauf, wie innovativ die BSJB die Umsetzung vorbereiten wird. Wir lehnen den Antrag der Gruppe REGENBOGEN ab, weil sich alle dort enthaltenen Punkte unter unseren Punkten subsumieren lassen; er ist deshalb unnötig, und

C

D

(Christa Goetsch GAL)

- A ich bitte Sie um Zustimmung, damit wir in der Schulpolitik wieder ein Stück vorankommen.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Rocksien.

Jens Rocksien SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ähnlich wie Frau Goetsch habe ich das Gefühl, daß die Schulthemen im Plenum immer sehr spät behandelt werden, so daß sich das Auditorium etwa im Zustand einer ermüdeten Lehrerschaft befindet.

(Andrea Franken GAL: Das stimmt aber nicht!)

Im Thema und in der Bewertung stimmen wir mit Ihnen überein, Frau Goetsch. In einem Punkt allerdings nicht so sehr, weil meine Fraktion und auch ich ihn nicht für bedeutend halten, es ist der Punkt der Präsenz in den Schulen selbst. Um das sicherzustellen, ist eine ganze Menge erforderlich. Ob das in der Gesamtheit notwendig ist, halte ich durchaus für fraglich.

Jedenfalls muß sich im System etwas bewegen. Alte Zöpfe müssen abgeschnitten werden, denn seit etwa 180 Jahren wird die Lehrersarbeitszeit über Unterrichtsverpflichtungen definiert, und das ist auch in der Höhe nahezu unverändert geblieben. So galt in Preußen damals für Gymnasiallehrer die gleiche Unterrichtsverpflichtung wie heute, 24 Stunden in der Woche.

Dabei hat sich doch alles sehr verändert. Der Schulmeister hielt damals Stunden, mehr nicht. Seine Tätigkeit war außerdem geprägt: von niedrigem Gehalt, hohem Respekt und Ansehen,

- B (Dr. Martin Schmidt GAL: Das ist heute genau umgekehrt!)

mindestens zwei körperteilgerechten Stöcken, den jahreszeitlichen Erfordernissen der Landwirtschaft und Zuwendungen in Form von Kartoffeln, Mettwürsten und Schinken. So kann ich es jedenfalls der Chronik meiner Schule in Meendorf entnehmen.

(Dr. Holger Christier SPD: Vorsicht, Zuwendungen!)

Das waren noch glückliche Zeiten, jedenfalls hinsichtlich der Arbeitszeit. Inzwischen hat sich viel geändert. Das Gehalt ist gut, Respekt und Ansehen sind aber ebenso weg wie die anderen erwähnten Arbeitserleichterungen und Vergünstigungen.

(Ole von Beust CDU: Mettwurst!)

Hinzugekommen ist jedenfalls eine Vielzahl von Aufgaben. Wenn man den unterschiedlichen Kommissionen – das ist in Hamburg ja nicht die einzige – Glauben schenken darf, und das tue ich, sind 40 Prozent der Arbeitszeit allein für den direkten Unterricht anzurechnen. Die Unterrichtsvorbereitungen, für Tätigkeiten, die außerhalb des direkten Unterrichts liegen, Klassenlehrertätigkeit, Schulentwicklung, Betreuung von Sammlungen und eine ganze Menge mehr, betragen etwa 30 Prozent.

Nach dem Leitbild von Gerechtigkeit, Transparenz und Flexibilität ist es aber notwendig, den veränderten Aufgaben Rechnung zu tragen und Lehrersarbeitszeit so zu definieren und zu bewerten, wie sie de facto vorkommt, und die Anteile in einem Jahresarbeitszeitmodell jeweils festzuschreiben. Das heißt, außerunterrichtliche Tätigkeiten müssen in Rechnung gestellt werden, und Lehrkräfte, die

derartige Aufgaben nicht wahrnehmen, müssen das durch erhöhte Unterrichtsverpflichtungen kompensieren. Das ist die Grundidee des Modells. Das Modell ist auf Hamburger Besonderheiten abgestimmt, und ich finde es besonders mißlich – darin teile ich Ihre Einschätzung –, daß wir es vor eineinhalb Jahren zur Kenntnis genommen haben, es bisher aber nicht erprobt worden ist.

Das ist einerseits unverständlich, denn in den Kollegien herrscht hohes Bewußtsein über die unterschiedlichen Arbeitsbelastungen. Arbeitsfrieden und Motivation sind wegen fehlender Gerechtigkeit erheblich gestört. Es besteht auch die Erwartung, daß freiwillige Mehrarbeit abgegolten wird in Anerkennung, Entlastung oder Geld. Das ist nach dem jetzigen Modell kaum möglich. Es ist deutlich festzustellen, daß sich bei steigender Belastung und zunehmendem Alter immer mehr Lehrkräfte zusätzlichen Aufgaben verschließen. Das ist auch menschlich verständlich und wäre in anderen Berufen auch nicht anders. Warum soll eine Lehrerin oder ein Lehrer eine Klasse führen, am Schulprogramm mitarbeiten, eine Sammlung betreuen und einem schulischen Gremium angehören, wenn Kollegen das alles ablehnen, dabei prima leben und vielleicht damit auch noch renommieren.

Irgendwann reichen Idealismus, Verantwortungsbereitschaft, Pflichtbewußtsein und Arbeitszufriedenheit dann auch nicht mehr aus. Wenn das so ist, warum hat sich dann von den circa 450 Schulen in Hamburg nicht eine bereit gefunden, das Modell wenigstens zu erproben? Aus meiner Sicht gibt es dafür folgende Gründe. Die Behörde hat nicht genug informiert, aufgeklärt und geworben; vor allem nicht auf der Ebene der Schulaufsicht und Schulleitung. Schulleitungen und Kollegien haben sich nicht intensiv mit dem Modell auseinandergesetzt. Schulleiter fürchten bei der Umsetzung Mehrarbeit, ohne zusätzliche Entlastung; das ist aus ihrer Erfahrung heraus eine verständliche Befürchtung. Lehrer sind konservativ,

(Dr. Hans-Peter de Lorent GAL: Ja!)

sie scheuen Neues ebenso wie Konflikte, die es bei einer Umverteilung mit Sicherheit geben wird. Sie haben Angst, dabei auf der Verliererseite zu landen, das heißt mehr unterrichten zu müssen als bisher, weil sie andere Tätigkeiten nicht ausführen. Die Lehrerverbände haben sich auf das Modell gar nicht eingelassen;

(Anja Hajduk REGENBOGEN – für eine neue Linke: Also wundert es uns nicht, daß es nicht passiert!)

das ist ein weiterer wichtiger Punkt. Desinformation, Ablehnung, Stellenforderungen, wie immer, waren die Reaktionen, und Bewertungen wie, es handele sich nur um klein-karierte Rechnerei oder zu einer wirklich gerechteren Verteilung käme man sowieso nie, zeugen sicher nicht von Mitgestaltungswillen.

So hat die GEW 1995 – einer im Saal wird es noch besonders gut wissen – eine Neubewertung der Lehrersarbeitszeit in dem jetzt vorgelegten Sinn gefordert. Die Benennung der Tätigkeiten ist auch sehr begrüßt worden. Daraufhin gab es aber Stellenforderungen, die sich auf die Tatsache begründeten, daß eine Lehrkraft mehr als 100 Stunden pro Jahr mehr als der öffentliche Dienst arbeitet, und es wurde flugs ausgerechnet, daß die Lehrer insgesamt eine eigene Sparleistung von 825 Stellen erbringen, die man jetzt wieder zurück haben möchte.

Wir halten diese Mehrarbeit für zumutbar und gerecht; darin unterscheiden wir uns auch in einem Punkt vom REGEN-

(Jens Rocksien SPD)

- A BOGEN-Antrag. Denn Angehörige des höheren öffentlichen Dienstes können auch in anderen Bereichen nicht unbedingt auf eine 38,5-Stunden-Woche pochen.

(Beifall bei Wolf-Dieter Scheurell SPD)

Zeit, Souveränität und Gestaltungsfreiheit, wesentliche Punkte des Lehrerberufes, haben einen hohen Wert an sich. Es gibt für die Arbeitszeit auch Einsparmöglichkeiten, um die man sich zunächst bemühen sollte. Der Deutsche Lehrerverband ist, glaube ich, auch etwas, auf das man nicht bauen kann. Denn wenn man die Briefvorschläge des Verbandes liest, die an die Senatorin gehen, endet es praktisch in kollektiver Krankschreibung der gesamten Mitgliedschaft,

(Heiterkeit bei der GAL)

wenn sie von totaler Erschöpfung, zu wenig Zeit zur Regeneration und gesundheitlichen Dauerschäden sprechen und davon, daß sie ihren Aufgaben sowieso nicht mehr nachkommen können. Da sind andere Gewerkschaften, die keine Beamten vertreten, weiß Gott, mutiger und realistischer. Arbeits- und Zeiteinheiten und Zeitkontingente sind vielen Menschen aus ihrem Arbeitsleben bekannt. Auch Dienstleistungen sind meßbar, man braucht nur an die Entwicklung auf dem Gesundheitssektor denken, auch wenn manches nicht so gut ist.

Meine Damen und Herren, ich habe es bereits gesagt, wir stimmen dem Antrag der GAL vollinhaltlich zu. Die Arbeit der Kommission bietet gute Ansätze. Auf eine Faktorisierung kann man im ersten Schritt durchaus verzichten; das ist ja der strittigste Punkt. Es können selbstverständlich auch Varianten erprobt werden. Die wertvolle Arbeit der Kommission darf nicht umsonst gewesen sein. Das vorgelegte Modell muß in Schulen erprobt und implementiert werden.

- B

Seit Vorlage des Berichtes sind eineinhalb Jahre vergangen, und auch eine zwischenzeitliche Anhörung im Schulausschuß hat die Notwendigkeit und Machbarkeit des Systemwechsels bestätigt. Die Schulen sind nach erfolgreicher Erarbeitung des Schulprogramms – das war auch ein Argument, es vielleicht zu lassen – jetzt auch dazu in der Lage. Nach der bisherigen langen Vorlaufzeit werden wir sehr darauf achten, daß der Senat den im Antrag genannten Termin einhält. Hier ist auch die Senatorin sehr deutlich gefordert.

Meine Damen und Herren, das neue Modell schafft nicht nur mehr Gerechtigkeit, sondern letztlich auch mehr Qualität. Das kann man nicht nur einseitig bei den Schülern abfordern, sondern das muß auch auf der anderen Seite geschehen. Es gehört in einen Zusammenhang mit dem neuen Personalentwicklungskonzept, wozu schulgenaue Einstellungen gehören, Mobilität und ein anderes Beurteilungswesen. Hinzu kommen wird auch, daß die Schulleiter über einen Stundenpool für besondere Aufgaben verfügen und daß es Leistungsanreize in Form von Prämien, schnellerem Durchlaufen der Dienstaltersstufen und so weiter gegeben wird. Das Prinzip Leistung, und damit Qualitätssteigerung, kann sich in Schulen nur durchsetzen, wenn mit der Gleichmacherei Schluß ist. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Engels.

(Dr. Hans-Peter de Lorent GAL: Ohne Manuskript?)

– Ich muß hier etwas aufklären. Selbstverständlich erscheint der Abgeordnete Engels, wie auch alle anderen, ohne Manuskript, da die Geschäftsordnung vorsieht, nur Stichworte mitzubringen.

C

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Hartmut Engels CDU:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Beim Stichwort Lehrerarbeitszeit möchte ich daran erinnern, daß 75 Prozent der Debattenredner zu diesem Thema Lehrer sind. Ich räume ein, ich gehöre auch dazu.

An alle anderen, die keine Lehrer sind, möchte ich jedoch einen ernsthaften Appell richten. Wir haben in Hamburg circa 13 000 Lehrer und etwa 1,5 Milliarden DM Budget, was einen dicken Brocken im Haushalt ausmacht. Wenn Sie sich diese Zahlen vor Augen führen, muß das ganze Haus, auch die Nicht-Lehrer unter Ihnen, ein eklatantes Interesse daran haben, daß dieses gewaltige Humankapital auch vernünftig und effektiv zugunsten der Bildung unserer heranwachsenden Generation eingesetzt wird. Daher ist es nicht nur ein Lehrertema, sondern ein Thema des ganzen Hauses.

Verbunden mit einem Dank an die Kommission, die das Lehrerarbeitszeitmodell erstellt hat, muß gesagt werden, daß es vernünftig war, einmal aufzuzeigen – und dies ist in sehr differenzierter Weise geschehen – daß die Lehrerarbeitszeit in Hamburg zur Zeit nicht effektiv eingesetzt wird. Hier ist in der Tat eine Änderung dringend notwendig, damit die Arbeitskraft unserer Erzieher, Pädagogen und Unterrichtenden unserer jungen Generation optimal zur Verfügung gestellt wird, insbesondere angesichts des dicken Brockens im Haushalt.

Insofern teile ich das, was meine Vorredner gesagt haben und was die Kommission vorgelegt hat, durchaus als einen vernünftigen Ansatz. Dennoch, Frau Goetsch, meine ich, daß die Arbeit an den Vorschlägen in den letzten zwei Jahren gründlich schiefgegangen ist. Herr Rocksien hat bereits auf die Reaktionen der Lehrerverbände beziehungsweise der Gewerkschaften hingewiesen. Ich selbst habe die Diskussion um diese Vorschläge an diversen Schulen mitbekommen. Vieles, was schiefgelaufen ist, krankt in der Tat an den politischen Vorgaben.

D

Die erste Vorgabe war, daß diese Kommission von vornherein kostenneutral auftreten sollte. Ich vertrete angesichts der Haushaltslage zwar durchaus die Auffassung, daß später bei der Umsetzung möglichst etwas Kostenneutrales herauskommen soll, aber eine Arbeit von solchen Experten von vornherein mit derartigen Vorgaben zu drangsalieren, mußte zu Modellen führen, die vor Ort Streit auslösen und Unlust an der Diskussion verursachen. Denn es kam, wie es kommen mußte, insbesondere bei dem Anteil Funktionsträger und unterschiedliche Fächer, es drohte ein Streit und es führte zur Entsolidarisierung der Kollegen und Lehrer untereinander und damit zu einer totalen Blockade einer vernünftigen effektiven Umorganisation der Lehrerarbeitszeit.

Diese Vorgabe war schädlich. So sehr ich für Mitbestimmung und Demokratie vor Ort bin, muß bei der Festlegung der Pflichtstundenzahlen in den verschiedenen Bereichen, angepaßt an die verschiedenen Schularten, Fächer, Funktionen und so weiter, der Setzungsmut des Dienstherren, des Senats beziehungsweise der Senatorin hinzukommen. Hier ist die politische Verantwortung gefragt. Man kann nicht einer großen Gruppe von 13 000 und mehr Menschen Brocken hinwerfen, um die sie sich dann gefälligst selbst zu

(Hartmut Engels CDU)

- A balgen haben. Hier ist politische Verantwortung auch seitens – wie heißt es in unseren verschiedenen Gesetzen und Bestimmungen – des Dienstherrn geboten. An der hat es mir aber in der Vergangenheit gemangelt.

Ich komme zum zweiten Punkt, der in der Diskussion ebenfalls sehr unglücklich war. Bei den Vorschlägen fehlte es insbesondere – das ist übrigens auch ein Kritikpunkt der Kommission für das Arbeitszeitmodell – an der Berücksichtigung der Lerngruppen- beziehungsweise Klassengrößen. Im Zusammenhang mit einem Mehr an pädagogischer Betreuung ist es natürlich ein Proportionsfaktor, denn je weniger Kinder man unterrichtet, desto weniger hat man an pädagogischer Betreuung und an Korrekturen zu leisten. Genau diesen Bereich hat die Kommission weggelassen. Das ist von der Realbelastung der Lehrer und umgekehrt aus dem Blickwinkel der Kinder und ihren realen Lern- und Betreuungsmöglichkeiten schlicht und ergreifend nicht sachgerecht. So gut die Kommission an verschiedenen anderen Stellen gearbeitet hat, liegt hier nach unserer Auffassung ein eklatanter Beurteilungsfehler vor.

Ich komme zum letzten, ebenso unglücklich gelaufenen Punkt. Die Kommission hat zwar die verschiedenen Bereiche und auch Zeitaufwände sehr differenziert untersucht – das UFAS-Modell –, und die Umsetzungsvorschläge mit den Berechnungsmodellen nehmen auf die differenzierte Betrachtung auch Bezug, scheinen mir aber für die Umsetzung nicht gerade hilfreich zu sein. Ich behaupte nicht, daß überhaupt ein Modell möglich ist, das eine vollkommene Belastungsgerechtigkeit ermöglicht; das wird in keiner Branche, auch nicht in der Schulbranche – so nenne ich sie mal – möglich sein. Eine gewisse Verbesserung ist aber denkbar.

- B Hierzu sind auch schon einige Punkte genannt worden. Es darf aber nicht so kompliziert sein, daß allein daher die Akzeptanz vor Ort nicht gegeben ist. Daran hat es auch in der Diskussion gemangelt. Deswegen ist bisher in Ihrer Behörde auch nichts bewegt worden. Ich kündige hiermit an, daß meine Fraktion Vorschläge zur Vereinfachung der Berechnung macht – allerdings mit dem Hinweis an meine Fraktionskollegen –, und wir versuchen, bei dem Modell Kostenneutralität zu gewährleisten. Insbesondere wird aber eine frequenzabhängige Komponente hinzukommen.

Bezüglich des Antrags der Gruppe REGENBOGEN scheint mir dieser ein bißchen zu stark danach ausgerichtet zu sein, den Kommissionsbericht dazu zu verwenden, populistische Forderungen auf bessere Ausstattung durchzusetzen, insbesondere vor dem Hintergrund der Kommissionszahlen. Dazu muß ich aber noch einmal sagen, daß die 1745 Jahresarbeitsstunden und die 1850 Stunden der Gymnasien, gemessen an den 1700 Stunden im Durchschnitt im höheren Dienst – und das sind nun einmal die Lehrer –, eine Selbstverständlichkeit sind. Ich kann mir beispielsweise während meiner Anfahrt zur Schule oder auf dem Weg nach Hause über pädagogische Gespräche oder Stundenvorbereitungen Gedanken machen. Das kann ein normaler Arbeitnehmer nicht. Deswegen bin ich dafür, in der Bewertung gerecht zu sein, und Sie sollten keinen so populistischen Antrag vorlegen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort erhält die Abgeordnete Koppke.

Julia Koppke REGENBOGEN – für eine neue Linke: Herr Präsident, Herr Engels! Ich kann auf der Hinfahrt zur Arbeit

auch darüber nachdenken, was mich da erwartet, und kann das konstruktiv einsetzen. Ich glaube, das unterscheidet die Lehrer nicht von allen anderen Menschen.

Ich wollte nur noch einmal die Gelegenheit nutzen, für unseren Änderungsantrag zu werben, da wir es für wichtig halten,

– daß unter anderem auch auf Tätigkeiten und Belastungskriterien eingegangen wird, wie Klassenstärken – worauf Herr Engels selber hingewiesen hatte –, Schulform und vor allem aber auch Schulstandort, die von uns allen gemeinsam – Fraktionen, Gruppe – als fehlend im Kommissionsbericht bemängelt wurden, aber bei der Einführung eines neuen Arbeitszeitmodells natürlich von zentraler Bedeutung sind,

– daß zweitens die Frage, wie mit der ganz spezifischen Mehrarbeit von insbesondere Frauen, also Lehrerinnen, auf Teilzeitstellen zukünftig umgegangen werden soll,

– und daß drittens die Frage geklärt wird, nach welchem Arbeitszeitmodell explizit an den sonderpädagogischen Schulen gearbeitet werden soll.

Zumindest diese drei Punkte sind sehr wichtig.

Sie sind, wenn überhaupt, nur auf den ersten Punkt eingegangen. Man kann das ja auch punktweise abstimmen. Das wäre auch kein Problem. Frau Goetsch, wenn Sie meinen, alle unsere Aspekte sind eigentlich in Ihrem Antrag subsumiert, dann freut mich das natürlich. Ich habe da meine Zweifel, aber wenn ich mich darauf verlassen kann, finde ich das auch schick. Ansonsten könnt ihr uns natürlich auch zustimmen.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Vizepräsident Berndt Röder: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Habe ich jetzt gehört, daß Sie Ihren Antrag 16/5139 ziffernweise abgestimmt zu haben wünschen? – Für ja oder nein müssen Sie sich jetzt aber freundlicherweise entscheiden.

(Julia Koppke REGENBOGEN – für eine neue Linke: Ja!)

Wer ist der Meinung, daß wir dieses ziffernweise abstimmen sollten?

(Dr. Martin Schmidt GAL: Oder am besten zurückziehen!)

Wer unterstützt dieses? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das letzte war die Mehrheit. Dann lasse ich den Antrag insgesamt abstimmen.

Wer möchte dem Antrag 16/5139 der Gruppe REGENBOGEN seine Zustimmung geben? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Dann ist dieses mit großer Mehrheit abgelehnt.

Wer möchte nunmehr den GAL-Antrag 16/4993 annehmen? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Dann ist dieses bei einigen Stimmenthaltungen einstimmig angenommen.

Ich rufe nunmehr den Tagesordnungspunkt 69 auf: Drucksache 16/5077 in der Neufassung: Gemeinsamer Antrag der SPD- und der GAL-Fraktion zur Europäischen Charta der Grundrechte.

[Antrag der Fraktionen der SPD und der GAL: Europäische Charta der Grundrechte – Drucksache 16/5077 (Neufassung) –]

C

D

(Vizepräsident Berndt Röder)

- A Hierzu liegt Ihnen als Drucksache 16/5137 ein Antrag der CDU-Fraktion vor.

**[Antrag der Fraktion der CDU:
Europäische Charta der Grundrechte
– Drucksache 16/5137 –]**

Wird das Wort gewünscht? – Das ist der Fall. Der Abgeordnete Dose hat es.

Michael Dose SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Europa ist auf dem besten Wege, den Schritt von der Wirtschafts- und Währungsunion hin zu einer Wertegemeinschaft zu bestreiten, denn in nur neun Monaten hat ein Konvent unter der Leitung des ehemaligen Bundespräsidenten Herzog eine Grundrechte-Charta ausgearbeitet, die den Bürgerinnen und Bürgern in Europa 54 Grundrechte garantiert, und für diese großartige Leistung gebührt den Mitgliedern des Konvents unser Dank.

(Beifall bei der SPD, der GAL und bei Bettina Machaczek CDU)

Es ist halt nicht nur für die Schule spät, aber ich hoffe, für Europa ist es nicht zu spät.

Der Arbeitskreis „Europa“ der SPD-Fraktion in der Hamburger Bürgerschaft hat am 7. September auf der EXPO dann mit den anderen norddeutschen SPD-Fraktionen aus Bremen, Niedersachsen, Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein eine Anhörung zur Grundrechte-Charta veranstaltet. Dort waren Konventsmitglied Professor Meier und der ehemalige Vizepräsident des Bundesverfassungsgerichts Mahrenholz und haben uns Rede und Antwort gestanden.

- B Auf der Grundlage dieser Anhörung hat der Arbeitskreis „Europa“ der SPD-Fraktion zusammen mit den anderen vier Landtagen einen Antrag in vier Punkten erarbeitet und den zur Abstimmung gestellt. Ich denke, in allen fünf Landtagen wird dieser Antrag im November beschlossen werden.

Für uns ist es wichtig, vor der feierlichen Proklamation der Charta auf dem EU-Gipfeltreffen in Nizza den Regierungschefs des Europäischen Rates zwei Wünsche mit auf den Weg zu geben: Die Charta sollte in einen europäischen Grundvertrag übernommen und ihre Rechtsverbindlichkeit gesichert werden. Die Grundrechte dürfen nicht nur auf dem Papier stehen, sie müssen für die Bürgerinnen und Bürger auch einklagbar sein. Da in Nizza über einen solchen europäischen Grundvertrag gesprochen werden soll, der Grundwerte und Rechte, Kompetenzzuordnungen und finanzielle Regelungen der EU umfassen soll, wollen wir daran erinnern, auch die Einbeziehung der Grundrechte-Charta in das Vertragswerk der EU mitzubedenken.

Wir haben unter Punkt 4 unseres Antrages einige Grundrechte speziell erwähnt, die zeigen, daß aktuelle gesellschaftliche Entwicklungen in der Charta berücksichtigt werden. Die Bürgerinnen und Bürger sollen künftig ein Recht auf den Schutz personenbezogener Daten haben, sie können sich gegen die willkürliche Speicherung ihrer Daten mit Hilfe der Grundrechte-Charta zur Wehr setzen, wenn diese Rechtsverbindlichkeit erlangt. Ebenso soll das reproduktive Klonen von Menschen verboten werden. Ein Reflex auf die rasante Entwicklung der Biotechnologie. Kinder und Jugendliche haben in der Charta zwei spezielle Grundrechte erhalten: Neben Schutz und Wohlergehen, freier Meinungsäußerung und einem Mitspracherecht in allen Angelegenheiten, die sie betreffen, sollen sie vor wirtschaftlicher

Ausbeutung geschützt werden und nicht in das Arbeitsleben eintreten dürfen vor Ende der vorgeschriebenen Schulzeit.

Für uns als Landesparlament ist vor allem Artikel 52 von großer Bedeutung. Dieser besagt, daß mit der Grundrechte-Charta keine neuen Aufgaben oder Zuständigkeiten für die EU begründet werden dürfen. Das heißt, eine Verlagerung von Kompetenzen der Landesparlamente an die Europäische Union wollen wir nicht. Auch für EU-Beitrittskandidaten ist die Charta richtungweisend. Sie gibt vor, daß hohe demokratische Standards einzuhalten sind: Verbot der Todesstrafe, Schutz von Minderheiten, Vielfalt der Kulturen, Religionen, Sprachen und vieles mehr.

Die Präsidentin des Bundesverfassungsgerichts, Jutta Limbach, hat 1999 auf dem Bürgerschaftsforum gesagt:

„Soll das vereinte Europa nicht ein Projekt politischer Eliten bleiben, so bedarf das politische Handeln einer breiten Beteiligung der Bürger. Nur über eine aktive Bürgerschaft kann der politische Raum Europas ausgestaltet werden.“

In diesem Sinne bitte ich Sie, die aktive Bürgerschaft im engeren Sinne, unserem Antrag zuzustimmen.

Zum Zusatzantrag der CDU ist zu sagen, daß es in Artikel 51 Absatz 2 heißt, die Charta begründet keine neuen Zuständigkeiten, und deshalb, denke ich, können wir dem Punkt 5, den Sie einbringen wollen, nicht zustimmen. Außerdem ist Subsidiarität kein Grundrecht. Es müßte in einer kommenden Verfassung geregelt werden.

Die Anregung an den Senat, er soll informieren, ist uns ein bißchen zu kategorisch. Da steht ja: „In allen Hamburger Bildungseinrichtungen“. Ich habe da gerade an unsere Vorschulklassen gedacht. Ich glaube, das kann man so nicht formulieren. Außerdem sollten wir das nicht unbedingt wegschieben. Es ist auch die Aufgabe der Bürgerschaft, zu informieren, und von daher sollten wir es dabei belassen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort bekommt die Abgeordnete Machaczek.

Bettina Machaczek CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Den Dank an den Konvent erspare ich mir, den haben Sie schon genannt. Ich denke, das war wirklich eine gute Leistung, innerhalb so kurzer Zeit diese Charta zusammenzustellen.

Ich will auf wenige andere Punkte hinweisen, weil wir uns inhaltlich bei dem Thema nicht unterscheiden. Ich will noch einmal betonen, was die SPD hier fordert: Wir werden diesem Antrag zustimmen. Das ist zum Glück etwas, wo wir in Deutschland auch einig sind. Der Bundeskanzler geht mit diesem Thema auch nicht nur für die SPD und die Grünen, sondern für alle in die Verhandlungen von Nizza. Ich denke, das ist auch ein gutes Zeichen, daß wir bei dem Thema einer Meinung sind.

Um das Werk richtig zu würdigen, muß man aber einigen von uns, die das gute deutsche Grundgesetz gewohnt sind, sagen, welche Widerstände auch zu überwinden waren, denn nicht alle Mitgliedstaaten haben die Tradition einer geschriebenen Verfassung, und daß man einen Grundrechtsteil hat, ist auch nicht überall selbstverständlich. Dabei geht es darum, daß wir Menschenrechte an sich schon immer anerkannt haben und sie nicht neu sind. Neu ist, daß

C

D

(Bettina Machaczek CDU)

- A es für die Europäische Union kodifiziert wird. Was ich daran auch besonders interessant finde, ist, daß es ein Dokument ist, das wir jetzt zumindest feierlich proklamiert bekommen werden und das wir auch den künftigen Beitrittsstaaten zeigen können. Jeder von ihnen weiß dann genau, was die europäischen Werte sind, an die sie sich halten müssen, bevor sie überhaupt an die Tür klopfen.

Die CDU wird dem Antrag zustimmen. Wir werden ihm auch deswegen zustimmen, weil wir natürlich auch der Ansicht sind, daß dem Bürger etwas in die Hand gegeben werden muß. Erinnern Sie sich: Warum sollte diese Charta geschrieben werden? Weil wir alle entsetzt waren, daß die Bürger sich kaum an den letzten Wahlen zum Europaparlament beteiligt haben. Das war aus meiner Erinnerung auch das, warum wir das überhaupt gemacht haben. Daran fehlt es eben doch, Herr Dose, und die Regierungsstellen haben meines Erachtens mehr Geld, mehr Möglichkeiten, Dinge auch zu publizieren.

Deswegen halten wir natürlich unseren letzten Antrag auch aufrecht, daß wir am Ende darum bitten, diese Charta zu veröffentlichen und da, wo es möglich ist, auch an die Öffentlichkeit zu bringen. Sie selber haben von einer aktiven Bürgerschaft gesprochen. Ich denke, daß es unsere Aufgabe ist, nicht nur bei dem appellativen Charakter dieses Antrages zu bleiben, sondern uns beziehungsweise die Regierung auch aufzufordern, etwas zu tun.

Zu dem Thema Subsidiarität. Wir sagen ja nicht Grundrecht, sondern der Grundsatz wird dort noch einmal erwähnt. Ich halte das nur zur Vollständigkeit dieses Antrages für wichtig, weil wir natürlich auch wissen, daß in der öffentlichen Debatte doch auch immer wieder kritisch geguckt wird, ob denn diese Charta nicht mehr Rechte an die EU übertragen will. Ich sage, sie will es nicht, und wir unterstützen die Charta im ganzen. Aber, ich denke, Sie haben einige neue und moderne Rechte hier genannt. Es würde nicht schaden, sondern es würde der Klarheit dienen, weil wir genau auch darauf achten wollen, daß die Bürger in ihrer eigenen Verantwortung weiterhin gefordert bleiben und dann erst die anderen Rechte kommen. Insofern werden wir dem Antrag zustimmen. Vielleicht überlegen Sie sich jetzt noch einmal, unserem Antrag zuzustimmen. – Danke.

(Beifall bei der CDU, der SPD und der GAL)

Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort bekommt die Abgeordnete Simon.

Heide Simon GAL: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte daran erinnern, daß die Grünen schon seit Jahren für die Schaffung einer Grundrechte-Charta plädieren, und Sie alle haben sicher den Vorstoß und die Überlegungen von Joschka Fischer dazu verfolgt. Wir werten den vorliegenden Entwurf als integrationspolitischen Erfolg, obwohl einige Vorschläge dieses Konvents doch weit hinter Bündnis/Grünen-Vorstellungen zurückbleiben. Es betrifft Fragen des Asylrechts und Datenschutzfragen im Bereich des Umweltschutzes und der Biotechnologie.

Aber dennoch: Die Artikel dieser Grundrechte-Charta haben und manifestieren neue menschliche und politische Grundsätze, die bislang nicht überall in Europa selbstverständlich sind und auch auf der Tagesordnung stehen. Ich möchte als Beispiel den Artikel 19 nennen, in dem das Verbot der Folter festgeschrieben wird. Wir hätten uns gewünscht, daß zum Beispiel frauenspezifische Fluchtgründe, das Asylrecht, Schutz vor Abschiebung mit er-

wähnt werden und andere menschenunwürdigen oder erniedrigende Strafen oder Behandlungen.

Aber insgesamt gesehen: Das Verbot der Folter und – in Artikel 4 noch einmal festgeschrieben – die unmenschliche oder erniedrigende Strafe und Behandlung ist doch ein wesentlicher Fortschritt, weil nicht überall in Europa – und ich denke da an die Türkei, unseren Beitrittskandidaten der EU – zum Beispiel die Kurdenfrage geregelt wurde.

Die grüne Bundestagsfraktion hat zusammen mit der SPD einen gemeinsamen Entschließungsantrag eingebracht, in dem sie die frühestmögliche Aufnahme der Charta in die europäischen Verträge fordert, und natürlich wird die Bundesregierung auch aufgefordert, sich für die Schaffung von Klagemöglichkeiten von den in der EU lebenden Menschen einzusetzen. Das ist ein ganz wichtiger Punkt. Das haben die Vorrednerinnen auch angesprochen, weil wir natürlich in der Bundesregierung gemeinsam dafür Sorge tragen müssen, die Rechtsverbindlichkeit zu schaffen.

Es gibt noch viele offene Fragen. Es kann lange darüber diskutiert werden, ob der Grundrechtskatalog vollständig ist oder nicht. Es ist auf jeden Fall – und das bleibt festzuhalten – ein ganz wichtiger Meilenstein auf dem Weg zu einem Europa für alle Bürgerinnen und Bürger, denn hier werden nicht mehr Verträge zwischen Staaten geschlossen, sondern die Rechte von Individuen festgelegt.

Wir wollen dem gemeinsamen Antrag natürlich gerne zustimmen. Wir bitten Sie, den zu unterstützen. Wir halten den Punkt des Antrages der CDU mit dem Subsidiaritätsprinzip insofern für ablehnungsfähig, weil dies bereits in den Maastricht-Verträgen geregelt ist.

(Bettina Machaczek CDU: Lesen Sie doch erst einmal den Antrag genau durch!)

– Ich habe den Antrag gelesen, Frau Machaczek. Das ist in den Maastricht-Verträgen geregelt. Sie können gerne noch einmal etwas dazu sagen, wenn Sie der Meinung sind, daß das nicht der Fall ist.

Was die Verbreitung und Pflicht von uns allen betrifft, die Bürgerinnen und Bürger über die Inhalte der Rechte in der Grundrechte-Charta zu informieren, sind wir der Meinung, daß wir das selbstverständlich auch auf verschiedenen Wegen miteinander tun müssen. – Danke schön.

(Beifall bei der GAL und bei Dr. Holger Christier SPD)

Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort erhält die Abgeordnete Uhl.

(Dr. Roland Salchow CDU: Ihr habt doch gar keine Redezeit mehr!)

Susanne Uhl REGENBOGEN – für eine neue Linke:* Wir haben noch zweieinhalb Minuten.

Ein kurzer Satz, der das, wie ich finde, sehr gut zusammenfaßt. Ich bin enttäuscht und besorgt über den Entwurf der Grundrechte-Charta. Wenn der Text unverändert bleibt, werden wir einmal mehr eine Chance verpaßt haben, eine gute Maßnahme für die Bürger zu ergreifen. Der Entwurf muß abgelehnt werden, weil er Lücken hat, gegenüber bestehenden Dokumenten zurückfällt und zweideutig ist.

(Michael Dose SPD: Das steht doch heute gar nicht zur Debatte!)

Der das gesagt hat, ist Emilio Gabaglio, der Generalsekretär des Europäischen Gewerkschaftsbundes. Der Ge-

(Susanne Uhl REGENBOGEN – für eine neue Linke)

- A werkschaftsbund, aber auch der Euromarsch, also die Bewegung der Arbeitslosen, rufen auf nach Nizza, um gegen diese Form der Grundrechte-Charta, wie sie jetzt zustande gekommen ist, zu demonstrieren, weil diese Grundrechte-Charta hinter vielem zurückfällt, was auf EU-Ebene bereits Recht ist.

Die Sozialcharta, die Charta der Arbeitnehmerinnenrechte oder auch die Menschenrechtskonvention sind alle nicht Bestandteil dieser Grundrechte-Charta, und entsprechend fällt diese zurück.

Aber es gibt noch andere Gründe. Wenn wir uns dieses Haus angucken, fällt doch auf, daß die EU – so scheint es – irgendwie ein politisches Neutrum ist. Es gibt keinen Streit, wohin sich diese EU eigentlich bewegen soll. Für wen ist diese eigentlich da? Darüber gibt es keine Kontroverse, und das ist vielleicht auch einer der Fehler, warum viele Leute damit nichts anfangen können.

Es geht natürlich darum, daß diese EU mehr Zuständigkeiten braucht. Sie braucht mehr Zuständigkeiten, weil sie bereits für einen Teil eine große Zuständigkeit hat. Das heißt, der freie Markt findet statt. Das sind die Maßnahmen, die dort ergriffen werden, aber die soziale Dimension – wie es immer so schön heißt – findet dort nicht statt. Das ist ein Problem des Subsidiaritätsprinzips. Das ist genau das, was nachgeholt werden muß, und zwar schleunigst, weil wir es gegenwärtig schon erleben, daß vieles gar nicht mehr hier geregelt werden kann. Denken Sie an die Maastricht-Kriterien. Hier werden die öffentlichen Haushalte unter Verweis auf den freien Markt und die Maastricht-Kriterien und den Binnenmarkt reduziert. Was passiert? Wo wird gekürzt? Bei der Arbeitslosenhilfe haben wir es erlebt und in vielen anderen sozialen Bereichen. Das wird aber auf EU-Ebene nicht nachgeholt, und genau das ist doch das Problem.

- B (Barbara Duden SPD: Das sind aber lange zweieinhalb Minuten!)

Deswegen sollten wir langsam anfangen, uns hart über diese EU zu streiten, weil wir alle wollen, daß es eine gute EU gibt, aber ich möchte, daß es eine viel bessere gibt als die, die sich gerade andeutet. – Danke.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Vizepräsident Berndt Röder: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Dann lasse ich zunächst über den CDU-Antrag 16/5137 abstimmen.

Wer möchte denselben annehmen? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Dann ist dieses mit Mehrheit bei einigen Stimmenthaltungen abgelehnt.

Wer nunmehr den Antrag 16/5077 annehmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Dann ist dieses bei einigen Stimmenthaltungen einstimmig angenommen.

Bevor ich den Tagesordnungspunkt 23, den letzten des heutigen Tages aufrufe, teile ich mit, daß wir im vorangegangenen Tagesordnungspunkt 54 „Erprobung und Einführung neuer Lehrerarbeitszeitmodelle“ über einen Antrag der Gruppe REGENBOGEN abzustimmen hatten. Dort bestand der Wunsch, einzeln abzustimmen. Wir haben im Plenum abgestimmt, ob wir dieses so durchführen wollen oder nicht. Die Geschäftsordnung schreibt das jedoch bindend vor. Ich habe insofern einen Fehler unternommen. Die Gruppe REGENBOGEN hat aber ihren Antrag auf ziffernweise Abstimmung inzwischen zurückgezogen. Insofern brauchen wir nicht neu abzustimmen.

Ich rufe nunmehr den Tagesordnungspunkt 23 auf: Drucksache 16/5040: Bericht des Haushaltsausschusses zum Thema Controlling in der Hamburger Verwaltung.

[Bericht des Haushaltsausschusses über die Drucksache 16/1573: Controlling in der Hamburger Verwaltung (Senatsvorlage) – Drucksache 16/5040 –]

Wer begehrt hierzu das Wort? – Der Abgeordnete Waldhelm bekommt es.

Michael Waldhelm CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich nehme an, Sie haben die ganze Zeit noch ausgeharrt, um zu erfahren, was sich jetzt alles an Feinheiten im Bereich Controlling in der Hamburger Verwaltung hinter diesem Ausschußbericht verbirgt. Es würde mich wirklich reizen, jetzt noch einmal über die Feinheiten der Implementierung von SAP R/3 und ähnlichem zu referieren. Das ist die eine Möglichkeit. Die andere Möglichkeit ist vielleicht, daß ich mich auf einige wenige Schwerpunkte konzentriere. Ich glaube, das ist auch der Weg, der Ihre Zustimmung dabei finden wird.

(Dr. Martin Schmidt GAL: Es gibt noch eine dritte Möglichkeit! Gar nicht reden!)

– Die wollen wir mal außer acht lassen.

(Glocke)

Vizepräsident Berndt Röder (unterbrechend): Meine Damen und Herren! Der Abgeordnete Waldhelm hat reichlich Zeit. Sie sollten ihm zuhören, dann geht es schneller.

Michael Waldhelm (fortfahrend): Wenn ich Herrn Dr. Schmidt eben richtig verstanden habe, möchte er doch gerne, daß ich ein bißchen mehr auf die Feinheiten eingehe. Das will ich machen und das gleichzeitig mit der Kritik an einigen ausgewählten Punkten verbinden.

Meine Damen und Herren! Es ist leider Gottes jetzt schon eineinhalb Jahre her, daß sich der Haushaltsausschuß in einer wirklich beachtlichen Sachverständigenanhörung mit dem Thema Einführung moderner Controllinginstrumente in der hamburgischen Verwaltung befaßt hat. Deswegen ist es bedauerlich, daß wir jetzt erst dazu kommen. Es ist viel Zeit vergangen, und ich habe nicht das Gefühl, daß der Senat die Zeit genutzt hat, um alles das, was die Sachverständigen an teilweise wirklich hochinteressanten Beiträgen geliefert haben, auch in praktisches Handeln umzusetzen. Um genauer zu sein, ich habe das Gefühl, daß seitdem recht wenig, ich will nicht sagen nichts, aber recht wenig passiert ist, jedenfalls nicht, wie wir uns das vorgestellt haben.

Zu den Schwerpunkten.

Erstens: Eine zentrale Forderung von uns in dem Zusammenhang war auch, wenn man das sinnvoll, effizient einführen will, dann braucht man ein Lenkungsgremium, das mit Kompetenz ausgestattet ist. Als Beispiel nenne ich Berlin. Dort haben sie das gemacht. Chef dieser Lenkungsgruppe war der Regierende Bürgermeister, und es war die damalige Finanzsenatorin, die diese Lenkungsgruppe mit geleitet hat. Es ist auch richtig so. In Hamburg ist es der sehr ehrenwerte Staatsrat der Finanzbehörde, aber es ist eben – in Führungszeichen – nur ein Staatsrat, ansonsten war die Beamtenschaft vertreten. Das reicht aus unserer Sicht nicht aus. Controlling muß Chefsache sein, und das habe ich bisher vermißt.

C

D

(Michael Waldhelm CDU)

A (Rolf Kruse CDU: Sehr wahr!)

Zweitens: Anders als in Berlin erfolgt die gesamte Einführung in Hamburg dezentral. Es gibt hier einen Begriff, den die Finanzsenatorin gerne gewählt hat – andere auch –, und das heißt in Hamburg Maßanzug statt Konfektion. Meine Damen und Herren, das ist leider genau der falsche Weg. So schön es ist, daß wir alle hier unterschiedliche Maßanzüge tragen, aber im Bereich des Controlling brauchen wir zunächst einmal eine einheitliche Uniform, und innerhalb dieses vorgegebenen Rahmens muß dann die Ausfüllung erfolgen und nicht umgekehrt.

Unsere Forderung: Keine dezentralen Ansätze, sondern ganzheitliche Lösungen.

Drittens: Ein Problembereich, der auch von den Sachverständigen angesprochen worden ist, ist der Zeitablauf. Unser Eindruck ist – und das hat sich auch in diesem Jahr in den Haushaltsberatungen wieder bestätigt –, daß alles viel zu lange dauert, es wird halbherzig angefangen, der Druck dahinter fehlt, und die Zeitvorgaben, die wir uns gewünscht haben, sind so, daß das Ganze zwar nicht zum Sankt-Nimmerleins-Tag ausgeweitet wird, aber es dauert zu lange. Es passiert zu wenig, es passiert zu wenig zum richtigen Zeitpunkt.

Insbesondere ist uns bei den diesjährigen Haushaltsberatungen aufgefallen, daß im Bereich der Behörde für Wissenschaft und Forschung der Druck überhaupt nicht da ist. Ich glaube, die Behörde ist diejenige, die am weitesten von allen zurückhängt, und die Ursache – politisch betrachtet – liegt einfach darin, daß wir der Meinung sind, daß die zuständige Senatorin nicht erkannt hat, welche Chancen ...

(Ein quietschendes Geräusch ist zu hören.)

B – was war das denn? –

(Antje Möller GAL: Das kommt, wenn man solche Sachen sagt!)

welche Chancen Controlling bietet, und nicht den Druck dahinter macht. Dann läuft überhaupt nichts, und das, was angeschoben wird, wird auf die Zeitschiene gebracht.

Ein ganz zentraler Punkt – und da stehen wir mit Sicherheit nicht alleine –, der auch in der Sachverständigenanhörung immer wieder herausgearbeitet worden ist, ist die Frage, wo die Kontrollrechte des Parlaments bleiben, wenn das Controlling dann doch, so wie es sich jetzt andeutet, weiter betrieben wird. Die große Sorge ist, daß die Kontrollrechte immer mehr abgebaut werden.

Wir werden zur Zeit schon mit einer solch großen Fülle von Detailinformationen überhäuft, daß die eigentliche Kontrolltätigkeit, die sich bei uns im wesentlichen auf zentrale grundsätzliche Fragen konzentrieren sollte, überhaupt nicht mehr möglich ist. Die Fülle des Materials ist so, daß es ein Feierabendparlament nach unserer Auffassung überhaupt nicht mehr bewältigen kann. Die Folge ist nicht, daß man da sitzt und in die Resignation geht, sondern die Folge ist, daß einfach keine Kontrolle mehr stattfindet. Daß das aus der Sicht der Verwaltung eine unliebsame Entwicklung ist, ist klar. Daß das nicht unser Interesse sein kann, ist auch klar. Wir brauchen einfach die Sicherstellung der parlamentarischen Kontrolle, und so, wie das Ganze sich jetzt entwickelt hat, ist diese Kontrolle nicht gewährleistet.

Alles in allem, meine Damen und Herren, hat die Sachverständigenanhörung im letzten Jahr sehr wertvolle Hinweise, Kritikpunkte und Verbesserungsvorschläge aufge-

zeigt. Wir haben das Gefühl, daß viele gerade der Verbesserungsvorschläge, auch der Kritikpunkte, beim Senat ins eine Ohr rein-, aus dem anderen wieder rausgegangen sind. Wir haben auch in diesen Haushaltsberatungen nicht feststellen können, daß sich hier irgend etwas gezeigt hat, das auf der Kritik der Sachverständigen basiert.

Wir sind der Meinung, daß diese Kritikpunkte hätten aufgegriffen werden müssen. Das ist nicht der Fall. Ich glaube auch, daß der Senat weder den Willen noch die Kraft hat, das alles so umzusetzen. Wir können eigentlich nur die Hoffnung haben, daß es im nächsten Jahr einen neuen Senat gibt, der diese Sache noch einmal richtig anpackt und dann noch effizient, zielgerichtet und zeitnah durchziehen wird. – Danke.

(Beifall bei der CDU – Michael Dose SPD: Einen neuen Senat gibt es, aber mit denselben Leuten!)

Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort erhält der Abgeordnete Riecken.

Jan Peter Riecken SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Das war zum Schluß noch mal ein etwas unsachlicher Beitrag. Ich möchte mich aber, weil Konzentrationsfähigkeit und Leidensfähigkeit der Parlamentarier auch mal ein Ende finden und leider auch das Zeitbudget der SPD-Fraktion ein Ende findet, auf zwei Punkte konzentrieren.

Einmal haben wir uns ausführlich im Haushaltsausschuß damit beschäftigt und mit den Sachverständigen unter anderem herausgearbeitet, daß es keinen Königsweg in der Frage des Controllings gibt, das heißt eben nicht, daß die Sache zentral besser als dezentral ist. Das ist ein eindeutiges Ergebnis gewesen. Insofern, Herr Waldhelm, verstehe ich Ihre Schlußfolgerung nicht.

(Rolf Kruse CDU: Es könnte an Ihnen liegen!)

Der zweite Punkt ist das Fazit meiner Rede; den übrigen Teil meiner Rede lasse ich aus Zeitgründen weg. Der Senat hat im internen Controlling der Behörden wesentliche Fortschritte gemacht und natürlich auch in den vergangenen zwei Jahren im Modernisierungsprozeß wesentliche Fortschritte gemacht. Der Modernisierungsprozeß ist nicht abgeschlossen. Das hat bis jetzt auch keiner behauptet, und in einigen Bereichen müssen sicherlich noch Anstrengungen unternommen werden, aber die Bürgerschaft selber – und das betrifft uns, das haben Sie zum Schluß gesagt – steht in der Debatte um ein politisch-strategisches Controlling – wie auch Frau Dr. Freudenberg bei der PUA-Debatte gesagt hat – erst am Anfang. Wir als Abgeordnete in einem Feierabendparlament müssen uns überlegen, was wir wollen und was wir in diesen Strukturen leisten können, eine Diskussion, die wir glücklicherweise heute Abend nicht zu Ende führen müssen.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Vizepräsident Berndt Röder: Ich gebe das Wort der Abgeordneten Hajduk.

Anja Hajduk GAL: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wenn das mit dem „glücklicherweise“ ernst gemeint ist, Herr Riecken, dann dürfen wir uns vielleicht auch keine strenge Debatte mehr gegenüber dem Senat im Rahmen des PUA leisten. Wenn wir nämlich die Kontrolle nicht ausführen wollen und uns darüber auch nicht mehr richtig unterhalten wollten, dann hätten wir ein großes Legitima-

(Anja Hajduk GAL)

- A tionsproblem. Aber Sie haben das wahrscheinlich scherzhafter gemeint.

Meine Damen und Herren! Ich möchte auf die Punkte eingehen, die Herr Waldhelm angesprochen hat. Er hat zu Recht darauf hingewiesen, daß es eine kritische Diskussion um die Kompetenz der Lenkungsgruppe gab und ob der Prozeß, das Controlling innerhalb der Verwaltung durchzusetzen, ausreichend wahrgenommen wird. Ich möchte dazu sagen, daß es eine differenziertere Betrachtung war zu sagen, ob jetzt von Hamburg aus eine hinreichend zentrale Lenkung vorgenommen wird, weil wir in den Diskussionen geklärt haben, daß es dort sehr wohl um standardisierte Verfahren geht, und mir bislang nicht erkennbar ist, daß die politische Power, die ein Staatsrat in solch einer Gruppe ja auch bringen kann, dazu geführt hat, daß das Controlling nicht stattfindet.

Diesen Punkt der Kritik sehe ich nicht als erwiesen an. Ich teile allerdings das Argument, daß eine zentrale Lenkungsgruppe mit der entsprechenden politischen Autorität eines Mitglieds des Senats dieses durchsetzen soll.

Ich möchte gleich noch einiges zu einem Beispiel aus der Vergangenheit und einem zukünftigen zur Wichtigkeit des Controllings innerhalb der Verwaltung sagen.

Ich würde nicht unbedingt so weit gehen zu sagen – hier kann ich die CDU-Einschätzung nicht ganz nachvollziehen –, es würde nichts passieren. Wir haben eine Systematik über die Einführung des Controlling in Hamburg bekommen, in der die Sachverständigen keinesfalls Verzögerungen oder eine zu geringe Durchsetzung konstatiert haben. Teilweise konnten sie das natürlich auch nicht einschätzen, weil sie nicht in der Praxis sind. Aber beim Konzept und bei den Dingen, die der Senat im Rahmen der Drucksache zur Verwaltungsmodernisierung vorgelegt hat, habe ich von Ihrer Fraktion keinen nennenswerten und kritischen Beitrag zum Thema Controlling im Haushaltsausschuß erlebt. Deshalb bleibt es für mich offen, was Sie meinen.

B

Ich will nicht unterstellen, daß es nichts Kritisches geben würde, aber Sie machen es sich ein wenig leicht, wenn Sie dies so pauschal vorwerfen.

In der Drucksache zur Verwaltungsmodernisierung, die ich gerade nannte, ist für jede Behörde dargelegt, wie sich der Stand der Dinge darstellt.

Ich möchte zwei Beispiele nennen, bei denen wir auch angesichts des finanziellen Hintergrunds einen hohen Anforderungscharakter haben.

Positiv ist hervorzuheben, daß in den Haushaltsberatungen bei der Finanzierung des neuen Polizeipräsidiums – das haben wir dort auch erörtert – durch ein ausgesprochen effizientes Kostenmanagement und ein extremes Controlling erhebliche Minderausgaben im zweistelligen Millionenbereich zustande gekommen sind. Dieses wurde auch beispielhaft diskutiert, wie man mit Anzelelementen ähnliche Erfolge bei großen Bauvorhaben auch in der Zukunft sicherstellen kann.

Von daher möchte ich darauf hinweisen, daß uns mit Sicherheit das Controlling gerade im Kostenbereich auch im nächsten Jahr begleiten wird, wenn wir ein anderes Projekt von immenser Größenordnung – die Bauvorhaben im Mühlenberger Loch – zu bewältigen haben.

Der Wirtschaftssenator hat uns bei der Beratung im Haushaltsausschuß mitgeteilt, daß er von sich aus halbjährlich auf den Haushaltsausschuß zukommen will, um dort über

die Bau- und Kostenentwicklung zu informieren. Das halte ich für wichtig. Wenn wir ein Bauvorhaben haben, das sich im Milliardenbereich bewegt, dann können wir uns vorstellen, daß ein mangelndes Controlling Verluste in einer Größenordnung produzieren kann, die nicht nur für Spezialisten interessant sind, sondern auch in andere Politikbereiche durchschlagen könnte. Diese finanziellen Verluste müßten dann ja getragen werden.

C

Wir haben bei der Diskussion um das Controlling in der Hamburger Verwaltung wahrgenommen, daß das sogenannte operative Controlling, das die Verwaltung intern betrifft, auf einem nicht so schlechten Wege ist. Deswegen haben wir uns sehr lange damit auseinandersetzen müssen, daß die Sachverständigen es nicht verstanden haben, warum die Bürgerschaft im Bereich des Controllings nur eine solche geringe Rolle spielt.

Das ist ein Punkt, der sich nicht nur an den Senat richtet, daß er in seiner Definition über das strategische Controlling auch die Bürgerschaft als Adressat aufnehmen soll, sondern dieser Punkt richtet sich auch an uns selbst.

Ich möchte der CDU und Ihnen, Herr Waldhelm, heftig widersprechen. Wenn ich der CDU widerspreche, dann freue ich mich in diesem Hause über die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und bei Christa Goetsch GAL)

Sie sagen, daß der Senat in den letzten zwei Jahren seine Hausaufgaben nicht gemacht hätte.

(Rolf Kruse CDU: Das weiß man doch!)

Ihre Fraktion hat weder in den Sitzungen des Haushaltsausschusses – ich weiß zwar nicht, was in den nächsten zehn Tagen passiert – noch im Rahmen des PUA-Abschlußberichtes nennenswerte Vorschläge zur Verbesserung des Controllings gemacht. Die Regierungsfractionen – ich will mich nicht auf den Senat berufen – haben Vorschläge zur Verbesserung des Fachcontrollings und der Produktinformationen gemacht, so daß wir die Berichtserstattung hinsichtlich der Zielvereinbarungen bekommen. Ich kann Ihnen die Drucksache noch einmal geben.

D

Ihr Engagement der Auseinandersetzung, wie wir mit der Rolle umgehen, die wir von der Verfassung aufgetragen bekommen haben, nämlich inhaltliche Vorschläge sowohl im Plenum, im Haushaltsausschuß als auch im PUA machen, ist sehr gering.

(Dietrich Wersich CDU: Das stimmt doch gar nicht!)

– Der Bericht steht mir mittlerweile zur Verfügung. Herr Wersich, wenn Sie mir abseits des Zuwendungsberichts, den Sie haben wollen, deutlich machen, wo es Ihnen um das Controlling der Verwaltung und um das politische Controlling des Parlaments geht, dann ist das eine rasende Neuheit für unsere Fraktion.

Sie ruhen sich aus und weisen klagend auf den Senat, daß er uns nicht mit einbezieht. Ich will den Senat nicht unbedingt aus dieser Verantwortung entlassen und selbstverständlich die Bürgerschaft als einen Adressaten des strategischen Controllings ansehen. Dazu gehört aber auch eine eigene Arbeit, die ich bei Ihnen vermisste. Das macht Ihren Stand bei der Verwaltungsmodernisierung, im parlamentarischen Raum auf der Höhe zu sein, so schwächlich. Das ist für eine Opposition sehr bedauerlich.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort bekommt Senatorin Dr. Nümann-Seidewinkel.

(Vizepräsident Berndt Röder)

A (Rolf Kruse CDU: Sieben Seiten, die Sie zu Protokoll geben können!)

Senatorin Dr. Ingrid Nümann-Seidewinkel: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich werde meine Rede nicht zu Protokoll geben, weil ich wegen dieser Diskussion extra nicht nach Berlin gefahren bin, obwohl ich das gern getan hätte. Insofern habe ich mich vorher erkundigt, wieviel Zeit dem Senat noch zur Verfügung steht. Es sind 38 Minuten.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Das Klatschen wird von der Zeit abgezogen.

Vizepräsident Berndt Röder (unterbrechend): Frau Senatorin, das wäre allerdings ein Irrtum. Ihren Beifall ziehe ich Ihnen nicht ab.

Senatorin Dr. Ingrid Nümann-Seidewinkel (fortfahrend): Ich werde versuchen, es kurz zu machen:

Die Verwaltungsmodernisierung ist ein wichtiger Bestandteil der Politik des Senats. Ohne die Verwaltungsmodernisierung wäre es uns mit Sicherheit nicht gelungen, das Konsolidierungsprogramm, das wir bis zum Ende des Jahres 2001 geschafft haben werden, wirklich durchzuführen. Wie hätten wir sonst 2,3 Milliarden DM Konsolidierung, die wir seit 1994 erbracht haben, erbringen können? Dieses war möglich mit Hilfe der Verwaltungsmodernisierung. Unser Ziel ist – es ist mir wichtig, das noch einmal zu sagen –: Wir wollen bessere Leistungen erbringen, wir wollen kostengünstiger sein, und wir wollen gleichzeitig kundennäher – sprich: bürgernäher – sein. Dabei ist das Controlling für eine moderne Steuerung der Verwaltung eines der Schlüsselemente.

B Ich glaube, wir reden in den letzten zwei Jahren das fünfte oder sechste Mal über das Thema Controlling. Das ist auch ein wichtiges Thema, denn Controlling ist nicht Kontrollieren, sondern Steuern, und Steuern bedeutet auch, sich auf das Wesentliche zu konzentrieren. Ein gutes Controlling glänzt nicht durch die Masse, sondern durch die Klasse der Kennzahlen. Auf die Qualität kommt es an. Wir sind mit jedem Haushaltsplan dabei, die Aussagekraft der Kennzahlen durch Produktinformationen, durch Vorworte und durch Kapitel Erläuterungen zu verbessern. Insofern bin ich frustriert, Herr Waldhelm, wenn Sie sagen, an der Aussagekraft unserer Kennzahlen hätte sich nichts geändert.

Sehen Sie sich den aktuellen Haushaltsplan-Entwurf an und vergleichen Sie ihn beispielsweise mit dem von 1996. Dann sehen Sie, welche qualitativen Verbesserungen wir in den fünf Jahren erreicht haben. Wenn Sie sich beklagen, daß es zu viele Informationen gibt, würde ich gern das Beispiel nennen – ich glaube, es war vor zwei Jahren –, als die Hochschulen ihre Produkte erläutert haben. Eine machte es besonders umfangreich, und zwar die Fachhochschule. Auf die Frage, wie die Informationen künftig sein sollen, sagten alle Mitglieder des Haushaltsausschusses: Ganz, ganz umfangreich. Zwischenzeitlich haben wir in der Diskussion einen Wandel durchgemacht. Man ist davon abgekommen, möglichst viele Detailinformationen bekommen zu wollen, sondern versucht, die Informationen outputorientiert zu erheben. Diese Transparenz, um die wir uns bemühen, dient nicht nur dem Senat, sondern auch den Abgeordneten.

Nicht alle Bereiche lassen sich gleich gut mit betrieblichen Instrumenten steuern. Es gibt einen Unterschied zwischen

C Privatwirtschaft und dem Staat. Nicht alle Elemente einer neuen Steuerung können gleichzeitig und flächendeckend eingeführt werden.

Damit bin ich bei dem Beispiel Berlin, Herr Waldhelm. Den Prozeß von Verwaltungsmodernisierung sollte man an den Ergebnissen messen. Hamburg kann sich im Vergleich sehen lassen. So hilft es manchmal, nach Berlin zu fahren, dort die Hamburger Ergebnisse vorzutragen und sich dann der Diskussion mit Kolleginnen und Kollegen zu stellen. Wir kommen gut dabei weg. Dies gilt auch, wenn Sie sich das Hamburger Beteiligungscontrolling ansehen. Darüber ist gerade eine neue wissenschaftliche Studie herausgekommen, die die Modernisierung in den drei Stadtstaaten vergleicht. Hamburg schneidet dort am besten ab.

Sehen Sie sich das Personalcontrolling an. Wenn Sie das auf Länderebene vergleichen, sind wir mit Sicherheit am weitesten. Auch wenn wir uns als Stadt betrachten, sind wir relativ weit. Auch beim IuK- und Fachcontrolling haben wir sehr viele Fortschritte gemacht.

Es ist richtig, der Berliner Senat hat einen anderen Ansatz. Der ist preußisch-zentralistisch. In Berlin gibt es ein hochrangig besetztes politisches Gremium mit unendlich viel Beraterkapazität. Das hat sehr viel gekostet, und die Berater haben sich dann untereinander gestritten. Ich glaube nicht, daß der Berliner Weg der richtige Weg ist. Ich bin überzeugt davon, daß wir weiter sind. Ich kann nur für die Stärke des Hamburger Weges werben: Wir setzen auf eigene Kraft! Wir berücksichtigen die dezentralen Gegebenheiten und die unterschiedlichen Entwicklungen und lassen unterschiedliche Geschwindigkeiten zu.

Damit nehmen wir die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit in unser Boot. Sie sind unser Kapital. Dort schlummern all die Potentiale, die die Veränderungsprozesse voranbringen. Wir haben in dem Bereich viel gemacht und werden das in die Zukunft fortführen. – Ich habe ein paar Sachen überschlagen, ich hoffe, das haben Sie gemerkt, Herr Kruse. –

(Dr. Holger Christier SPD: Ja, haben wir gesehen!)

Mit unserem Weg werden wir unserem Ziel näherkommen, noch kostengünstiger, noch effektiver und noch preisgünstiger zu arbeiten. Im gemeinsamen Dialog sollten wir weiter daran arbeiten. Ich bin sicher, daß wir in den nächsten Haushaltsberatungen weiter in diesen konstruktiven Dialog einsteigen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Vizepräsident Berndt Röder: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Die Bürgerschaft sollte von der Drucksache Kenntnis nehmen. Das hat sie getan.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluß: 21.13 Uhr

Hinweis: Die mit * gekennzeichneten Redebeiträge wurden in der von der Rednerin beziehungsweise dem Redner nicht korrigierten Fassung aufgenommen.

Für diese Sitzung waren entschuldigt: die Abgeordneten Wolfgang Beuß, Dr. Barbara Brüning, Axel Bühler, Sonja Deuter, Wolfgang Drews, Dietrich Ellger, Mahmut Erdem, Helgrit Fischer-Menzel, Rolf-Rüdiger Forst, Wolfgang Franz, Dr. Mathias Petersen, Dr. Roland Salchow.